

# Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde

1926

HERAUSGEBER: THEODOR LEIPART, BERLIN  
REDAKTEUR: LOTHAR ERDMANN, BERLIN

HEFT 3

## WIRTSCHAFTSFÜHRUNG UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE<sup>1)</sup>

Von PAUL HERMBERG

Die Frage der Wirtschaftsdemokratie bewegt heute keineswegs nur den Kreis der Theoretiker, sondern hat das Interesse weiter Schichten der Arbeiterschaft auf sich gezogen. Gilt sie doch manchem, wie besonders Tarnow auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress hervorhob, als das neue Ideal, das die Gewerkschaftsbewegung braucht, nicht als „Sonne am Firmament“, sondern „als ein Ziel, das auf Erden zu verwirklichen ist, dessen Verwirklichung wir uns immer mehr nähern, so dass jeder sehen kann: Es kommt einmal die Zeit, wo es anders wird, wir schreiten immer weiter vorwärts, dem Ziel entgegen<sup>2)</sup>“.

Und doch — auch darauf wies Tarnow hin — ist Wirtschaftsdemokratie „zunächst nur ein Schlagwort“. Und wie so manches andere Schlagwort ist es von einem dichten Nebel unklarer Vorstellungen verschleiert und von einem Wall nicht zu Ende gedachter Gedanken umlagert. Dieser Zustand ist aber ungeheuer gefährlich, wenn das Schlagwort ein Ziel sein soll, dem man zustrebt. Darum scheint es an der Zeit, die Nebel zu zerteilen und die Denker zu zwingen, ihrem Gedankenfaden bis ans Ende nachzugehen.

Die Unklarheit und Verworrenheit der Forderung von Wirtschaftsdemokratie und Beteiligung an der Wirtschaftsführung haben zum guten Teil ihren Grund darin, dass in den Köpfen die Vorstellungen der verschiedenen Formen von Wirtschaft und Wirtschaften, die es heute gibt, durcheinanderwirbeln. Darum ist es notwendig, wenn man sich über Wirtschaftsdemokratie verständigen will, auf diese Vorstellungen zurückzugreifen.

Den Menschen fällt nur wenig von dem, was sie zum Leben brauchen, mühelos in den Schoß. Sie müssen ihre wirtschaftlichen Kräfte sorgsam anwenden, damit

<sup>1)</sup> Die kurzen Ausführungen, die ich in Breslau über Wirtschaftsführung und Wirtschaftsdemokratie gemacht habe, sind von verschiedenen Seiten missverstanden und missdeutet worden. Ich benütze gern die Gelegenheit, meine Ansichten etwas ausführlicher klarzulegen und erneut zur Debatte zu stellen. Dieser Aufsatz gibt im wesentlichen das wieder, was ich auf Einladung der *Bremer Arbeiterkammer* in zwei Vorträgen in Bremen und Bremerhaven am 14. und 15. Januar ausgeführt habe. Er möge zugleich als Antwort dienen auf die Aufsätze in der *Metallarbeiterzeitung* vom 26. September 1925 und in Nr. 19 der *Sozialen Bauwirtschaft*, die beide das von mir in Breslau Gesagte weitgehend umgedeutet haben. Auf die sozialen Bauhütten selbst gehe ich auch in diesem Zusammenhang nicht ein, weil ich der höchst verdienstvollen Bewegung nicht dadurch Abbruch tun möchte, dass ich ihre falsche Theorie bekämpfe, ohne Gelegenheit zu haben, ihre Leistungen in der Praxis ihrer Bedeutung entsprechend zu würdigen.

<sup>2)</sup> Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, Berlin 1925, S. 231.

nichts verschwendet wird, und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel sorgfältig auf die Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse verteilen, damit denkbar gut für alle gesorgt sei. Nur wo Menschen planmässig ihre wirtschaftlichen Kräfte einsetzen und planmässig für Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung und alles andere, was das Leben fordert, Sorge tragen, reden wir vom „Wirtschaften“. Der Wolf, der das Schaf zerreisst, sich satt frisst und davonläuft, befriedigt auch sein Nahrungsbedürfnis, aber er wirtschaftet nicht. Dagegen wirtschaftet jeder Einzelmensch und jede Familie, wenn sie sich planmässig die Mittel zum Leben beschaffen und planmässig das Erworbene auf die einzelnen Bedürfnisse verteilen. Je besser sie das verstehen, um so wirtschaftlicher wird man sie nennen. Dabei steht jede einzelne dieser Familien für sich allein und führt eine eigene Wirtschaft, obgleich sie keineswegs allein lebensfähig wäre, wollte man sie aus dem Zusammenhang der sie umgebenden Wirtschaften herauslösen; denn die Einzelwirtschaften ergänzen sich gegenseitig. Keine stellt alles das, was sie braucht, in der eigenen Wirtschaft her. Trotzdem aber wirtschaftet jede nach ihrem eigenen Plan, und die einzige Beziehung, die zwischen den verschiedenen einander ergänzenden Wirtschaften besteht, und in die diese notwendige Ergänzung gekleidet wird, ist der Tausch. Jeder tauscht mit dem anderen, und all dieser Tausch vollzieht sich nach einem Grundsatz, der dem ganzen Wirtschaftsleben und damit dem ganzen gesellschaftlichen Zusammensein der Menschen seinen Stempel aufdrückt: „Gib nur, wenn du etwas dafür bekommst, und für alles, was du bekommst, suche so wenig zu geben wie möglich.“ So läuft, obwohl alle voneinander abhängig sind, das Interesse aller Wirtschaften gegeneinander. Unser Wirtschaftsleben bietet das Bild zahlreicher durch Tausch miteinander verbundener, in ihrem wirtschaftlichen Interesse gegeneinandergerichteter Einzelwirtschaften, ein Bild, das nicht nur für das kapitalistische, sondern für jedes Tauschwirtschaftssystem bezeichnend ist.

Jede dieser Einzelwirtschaften wird mehr oder weniger gut geführt, und die Art ihrer Führung wird sehr verschieden sein. Bald wird man sie autokratisch, bald demokratisch nennen können. Indessen, es ist zumeist nicht die Führung dieser Einzelwirtschaften, an die man denkt, wenn Wirtschaftsdemokratie gefordert wird. Die Gedanken richten sich vielmehr auf höhere Wirtschaftsgebilde, die man sich als Zusammenfassung dieser Wirtschaftseinheiten vorstellt. Nicht die Einzelwirtschaft, die „Volkswirtschaft“ soll demokratisch geführt werden. *Das bedeutet also zu allererst die Forderung der Unterordnung der Einzelwirtschaft unter einen Gesamtwillen.* Zwischen all den einzelnen gegeneinanderstehenden Wirtschaften gibt es ja doch einen Zusammenhang, sie alle ergänzen einander. Da drängt sich die Erkenntnis auf, dass es schon im Interesse der Wirtschaftlichkeit nicht dem einzelnen überlassen bleiben darf, über wirtschaftliche Kräfte zu verfügen, wie es ihm gutdünkt. „Die Wirtschaft ist nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit“, sagt Leipart in seinem, den neuen Jahrgang der „Arbeit“ einleitenden, dem Andenken Legiens gewidmeten Aufsatz.

Die Tatsache, dass sich die politische Demokratie weitgehend im Kampf um die Freiheit des einzelnen gegen die bestehende autokratische Leitung des Staates

durchsetzen musste, hat allzu stark die Vorstellung überwuchern lassen, als ob Demokratie eben in diesem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen bestehe. Einfache Überlegung muss demgegenüber immer wieder zu der Erkenntnis kommen, dass auch Demokratie zu allererst und vornehmlich bedeutet: Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit. Sie bedeutet allerdings auf der einen Seite insofern grössere Freiheit, ja sogar Freiheit schlechthin, als sie dem einzelnen Mitbestimmung an dem Willen zuerkennt, dem er sich unterordnet, als sie also seinen Willen aufnimmt in den Gesamtwillen. Auf der anderen Seite bedeutet aber gerade die Tatsache, dass der herrschende Wille nunmehr ein Recht hat, als Gesamtwille zu gelten, eine um so schärfere Unterstellung des einzelnen unter diesen Gesamtwillen.

So heisst denn auch Wirtschaftsdemokratie zuerst und vor allem: *Wirtschaft hört auf, Privatsache zu sein, und wird dem Gesamtwillen unterstellt, Wirtschaft wird Volkswirtschaft*. Schon heute taucht, sobald von Volkswirtschaft geredet wird, unwillkürlich eine Vorstellung auf, wie etwa die eines grossen Bauernhofes oder einer grossen Familienhaushaltung. Man denkt sich die Einzelwirtschaften in einem Staat einheitlich zusammengefasst, alle wirtschaftlichen Kräfte auf ein Ziel gerichtet, als das dann nur die denkbar gute Versorgung aller Staatsbürger anerkannt werden kann. Als Führer erscheint die Staatsregierung, und wenn alsdann selbst die einfachste Überprüfung feststellen kann, dass von der Verwendung aller Wirtschaftsmittel zur denkbar besten Versorgung gar keine Rede sei, wird der Regierung vorgeworfen, sie führe die Wirtschaft zum Vorteil bestimmter Schichten. Man fordert „Wirtschaftsdemokratie“ und denkt sich dabei einen Zustand, in dem jeder gleiches Recht auf Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Interessen geltend machen kann. Demgegenüber muss immer wieder nachdrücklichst betont werden, dass es eine „Volkswirtschaft“, in der auch nur der Versuch gemacht würde, die Wirtschaftsmittel planmässig einheitlich in einer bestimmten Richtung einzusetzen, im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt nicht gibt<sup>3)</sup>. „Eine nach Völkern geordnete und nach Völkern arbeitende Wirtschaft gibt es nicht. Gewiss interessieren sich die Regierungen für die Wirtschaft, aber es gibt keine Regierung in der kapitalistischen Welt, die die Wirtschaft eines Volkes einheitlich führt. Die deutsche Volkswirtschaft ist doch nur eine Summe nebeneinanderstehender Einzelwirtschaften, die durch die Zugehörigkeit zu einem Staat gewissen gleichen Einflüssen ausgesetzt sind. Aber diese Wirtschaften bilden doch nicht einmal einen einheitlichen Wirtschaftsverband, geschweige denn *eine* Wirtschaft<sup>4)</sup>.“ Die Einflüsse des Staates auf die Wirtschaft gehen nirgends so weit, dass man sie als „Wirtschaftsführung“ bezeichnen könnte. Jeder Staat treibt Wirtschaftspolitik, kein Staat führt die Wirtschaft. Will man nun die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie dahin einschränken, dass man zwar nicht demokratische Wirtschaftsführung, aber doch gleichberechtigte Teilnahme an der staatlichen Wirtschaftspolitik verlangt, in der man alsdann wenigstens die Ansätze einer

<sup>3)</sup> Russland scheidet in dieser Untersuchung aus.

<sup>4)</sup> Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses a. a. O., S. 186.

Wirtschaftsführung sehen würde? Dann ist diese Forderung im Grunde nichts anderes als das Verlangen nach politischer Demokratie und, von Arbeiterseite gestellt, im parlamentarisch regierten Staat nichts weiter als der Wunsch nach stärkerem Einfluss im Parlament. Einmal würde das eine Aufforderung an die Arbeiter selbst bedeuten, die ihnen in der politischen Demokratie zustehenden Rechte voll auszunützen, und zum anderen die Forderung enthalten, dass allen Bevölkerungsschichten in gleicher Weise die Möglichkeit geboten würde, durch Organe, in denen ihre Interessen vertreten sind, als Sachverständige vom Parlament gehört zu werden oder auch in anderer Weise indirekt Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Dieses Verlangen würde letzten Endes gipfeln in der Forderung nach dem in der Verfassung versprochenen Ausbau und Unterbau des Reichswirtschaftsrates. Die Entscheidung der Frage, ob dem Arbeiterinteresse mehr gedient sei durch die Schaffung reiner Arbeitervertretungen, oder ob paritätische Kammern den Vorzug verdienen, hat zwar sicherlich sowohl grundsätzliche als auch praktische Bedeutung, kann aber in diesem Zusammenhang unterbleiben. Es sei ausdrücklich betont, dass die Wichtigkeit dieser Wirtschaftsparlamente sowohl für die wirtschaftliche Schulung als auch für die praktische Interessenvertretung der Arbeiterschaft nicht unterschätzt werden darf. Indessen wird kaum jemand behaupten wollen, dass dieser Ausbau der politischen Demokratie den *entscheidenden* Schritt zur Wirtschaftsdemokratie bedeuten könnte. Die Wirtschaftspolitik bewegt sich ganz schüchtern am äusseren Rande des Wirtschaftslebens; seinen Kern vermag sie im kapitalistischen System nicht zu fassen. Gerade darum kann auch politische Gleichberechtigung allein nicht jene „wirtschaftliche Gleichberechtigung“ bringen, ohne die nach den Worten Legiens die politische Freiheit „für das Proletariat nur ein leerer Schall ist“\*), es sei denn, man benützte das politische Mitbestimmungsrecht, um durch grundsätzliche Änderung der Wirtschaftsform Wirtschaftsdemokratie zu schaffen.

Aber gerade im Anschluss an die Erwägung, dass im Rahmen unseres Wirtschaftssystems in keinem Staat die Regierung die wirtschaftlichen Kräfte richtunggebend zu beeinflussen vermag, tritt sehr häufig die Vorstellung auf, als ob zwar nicht die Regierung, wohl aber gewisse Interessentengruppen die „Volkswirtschaft“ führten, als ob zwar nicht zur denkbar besten Befriedigung des Lebensbedarfes aller, wohl aber im einseitigen Interesse gewisser Volksschichten alle Wirtschaftskräfte planmässig eingesetzt und einheitlich ausgenützt würden. Man argwöhnt eine Führung der „Volkswirtschaft“ durch das Kapital und verlangt Mitbestimmung durch die Arbeit. Die Vorstellung, als ob die Kapitalisten etwa die in Deutschland vorhandenen Wirtschaftskräfte planmässig und einheitlich so verwendeten, dass wenigstens für das Kapital der denkbar beste Erfolg erzielt würde, und dass man sich an dieser Führung nur zu beteiligen oder auch sich gewissermassen nur an das Steuer des fahrbereiten Automobils zu setzen brauche, um in der richtigen Richtung fahren zu können, gehört ebenso in den Bereich primitivster Demagogie wie etwa die Erklärung, dass eine Anzahl „internationaler Juden“ als geheime Drahtzieher irgendwo sitzen und die Wirtschaften der Welt

\*) Vgl. „Die Arbeit“ 1926, Heft 1, S. 86.

zum Vorteil dieser Auserlesenen in dieser oder jener Richtung führen. Es ist ja gerade einer der Hauptvorwürfe, der vor allem von seiten der Sozialisten gegen die herrschende Wirtschaftsform gerichtet wird, dass in ihr die Kräfte gegeneinanderlaufen, dass sie ohne einheitliche Führung sei, dass die Zersplitterung der Produktionsmittel in der Hand der Privaten den einheitlichen Einsatz aller Produktivkräfte unmöglich mache und damit die Ergiebigkeit auch im Sinne des Kapitals herabsetze. Gewiss drängt die Erkenntnis der nutzlosen Vergeudung bedeutender Werte im Konkurrenzkampf der vielen gegeneinander auch im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems die Unternehmer zu grosszügiger Zusammenfassung weiter Kräftegruppen, gewiss macht sich in der Verwendung der Produktionsmittel im zunehmenden Masse eine Organisation bemerkbar, gewiss sind es schon verhältnismässig grosse Kreise von Unternehmungen, die gleiche wirtschaftliche Interessen gemeinsam unter klarer Führung vertreten, gewiss gibt es auch Interessen, die allen Kapitalisten eines Landes, ja selbst über Landesgrenzen hinaus, gemeinsam sind, vor allem die möglichst weitgehende Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft<sup>5)</sup>, aber daneben gibt es ebensoviel, was die einzelnen Gruppen trennt, und getragen wird das kapitalistische Wirtschaftssystem letzten Endes von *Interessengegensätzen*. — Eine zentrale Leitung der Wirtschaft, die durch Beteiligung aller Betroffenen, insonderheit durch Hinzuziehung der Arbeitnehmer, aus einer autokratischen in eine demokratische verwandelt werden könnte, gibt es heute nicht. Diese Erkenntnis findet auch in der Entschliessung des Breslauer Gewerkschaftskongresses ihren Ausdruck, in der es heisst: „Indem der Kongress diese Forderung erhebt, betont er ausdrücklich, dass die von der Verfassung versprochene gerechte Wirtschaftsordnung und die verheissene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche *Neugestaltung der Wirtschaftsordnung* voraussetzt, welche die in der kapitalistischen Tauschwirtschaft in viele Einzelwirtschaften zersplitterten Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfasst und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne überhaupt erst ermöglicht<sup>6)</sup>.“

Was man als Wirtschaftsführung in der Gegenwart zu erkennen glaubt, ist einmal eine von einzelnen Gruppen ausgehende Beeinflussung der Wirtschaftspolitik. Wenn aber schon der gesamte durch die Politik auf die Wirtschaft ausgeübte Druck auf den Namen einer „Führung“ keinen Anspruch machen darf, so kommt diese Bezeichnung noch viel weniger *den* Kräften zu, die sich lediglich durch das Mittel dieser Politik Wirkung verschaffen, und seien sie noch so ziel-sicher am Werk. Auf der anderen Seite erscheint manchem als Wirtschaftsführung, was nichts weiter ist als die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht der Besitzer der Produktionsmittel, vor allem wenn es gilt, diese Macht gegen die Arbeiter durchzusetzen. Zumeist verschmelzen beide Vorstellungen miteinander. Das ist z. B. der Fall in den Ausführungen Robert Schmidts auf

<sup>5)</sup> Es bleibt indessen zu beachten, dass praktisch auch hierin nicht etwa das Kapital der Welt zusammensteht. So nimmt das Kapital des Auslandes, sonderlich das englische, immer wieder Anstoss an niedrigen deutschen Löhnen, da sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmer auf dem Weltmarkt „unfair“ begünstigen.

<sup>6)</sup> Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses a. a. O., S. 36.

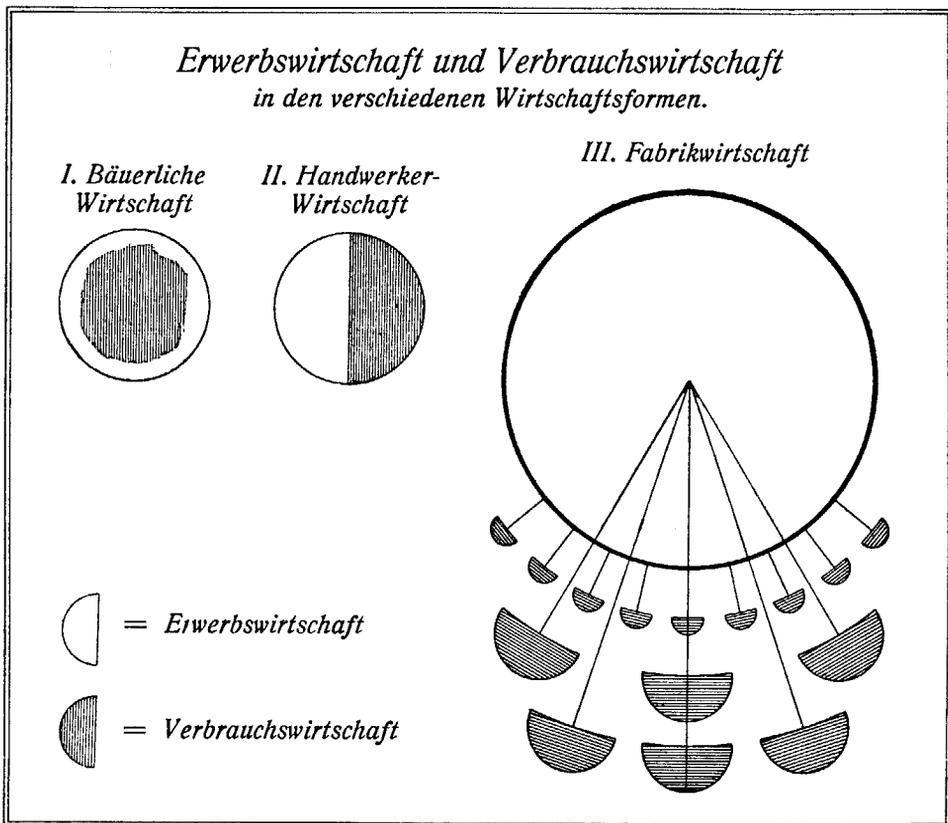
dem Breslauer Gewerkschaftskongress: „Wir haben *eine* Wirtschaftsführung, und es stände schlecht um die Interessenten der kapitalistischen Wirtschaft, wenn sie nicht eine Führung zum Ausdruck brächten. Hier auf dem Gewerkschaftskongress ist es uns immer wieder entgegengetönt, dass der Einfluss der Unternehmerorganisationen auf die Wirtschaft viel zu stark ist und der Einfluss der Gewerkschaften fehlt. Der Einfluss auf die Wirtschaft macht sich geltend durch die grossen Unternehmerverbände, und dieser Einfluss spiegelt sich auch wider in unserer gesamten politischen Konstellation, in der Regierung und im Parlament, denn dort werden die grossen wirtschaftlichen Fragen entschieden. Die Frage der Steuerpolitik ist eine Frage der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung. Die Frage der Zollpolitik und damit im Zusammenhang der Abschluss von Handelsverträgen, das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung — das alles ist in enge Verbindung zu bringen mit den wirtschaftlichen Aufgaben und mit der gesamten Wirtschaftsführung. . . . Eine Einheitlichkeit in der Führung ist vorhanden, aber was wir zu kritisieren haben, und was der Unterton der ganzen Debatte war, ist: *Diese Führung gefällt uns nicht, sie ist einseitig kapitalistisch*“).“ Demgegenüber muss klare Entscheidung gefordert werden. Was ist gemeint, wenn man sagt: Wir *haben* eine Wirtschaftsführung. Entweder man glaubt an das Vorhandensein einer zentralen Wirtschaftsleitung, an der man, wenn einem nur das Gesetz das Recht zuerkennt, teilnehmen, und die man im Rahmen des kapitalistischen Systems alsdann segensreich „führen“ könne — dann bedarf es zum Erfolge nur der richtigen Anwendung des politischen Einflusses, oder aber man sieht eine „Wirtschaftsführung“ in der Tatsache, dass die Verfügung über die wirtschaftlichen Machtmittel den entscheidenden wirtschaftlichen Einfluss den Kapitalisten in die Hand gibt — dann muss man Anteil an diesen wirtschaftlichen Machtmitteln zu erringen suchen. Ob das einfach durch Anteilnahme an der Führung geschehen kann, oder ob eine grundsätzlich andere Organisation der Wirtschaft Voraussetzung einer anderen Machtverteilung ist, soll eine nähere Untersuchung dieser wirtschaftlichen Machtzentren der Unternehmer zeigen. Dabei wird es zunächst vor allem darauf ankommen, zu erkennen, dass diese Machtzentren als reine Erwerbswirtschaften eine vollkommen andere Art von Wirtschaft darstellen als jene Einzelwirtschaften der Familien, die als Vollwirtschaften in der Bedarfsdeckung ihr Ziel sehen und das Vorbild abgeben für eine Volkswirtschaft, die man zur Wirtschaftsdemokratie auszugestalten wünscht.

Jede Einzelwirtschaft, wie die Wirtschaft der Familie, hat ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite erwirbt sie die nötigen Tauschmittel, das nötige Geld, auf der anderen Seite verteilt sie dieses Geld auf den Einkauf der Güter, die sie zur Bedarfsbefriedigung braucht. Diese Einzelwirtschaft setzt sich zusammen aus einem auf Erwerb gerichteten Teil, der Erwerbswirtschaft, und einem anderen Teil, der Verbrauchswirtschaft, in der den einzelnen Bedürfnissen Verbrauchsgüter zugewiesen werden. *Das Ziel einer solchen Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft umfassenden Vollwirtschaft ist stets die Bedarfsbefriedigung.* In dem

7) Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses a. a. O., S. 249 f.

Verhältnis ihrer beiden Teile zueinander kommt die besondere Art einer Wirtschaftsordnung am bezeichnendsten zum Ausdruck.

Der Bauer stellt noch heute weitgehend das, was er im Haushalt verbraucht, in der eigenen Wirtschaft her. Es wird sich sehr oft gar nicht entscheiden lassen, ob er in seiner Erwerbs- oder seiner Verbrauchswirtschaft tätig ist. Wenn er



sein Schwein füttert, so gehört das in die Verbrauchswirtschaft für den Fall, dass er das Schwein später im eigenen Haushalt verzehrt, in die Erwerbswirtschaft für den Fall, dass er es auf den Markt bringt, zu Geld macht und für dieses Geld Kleidung oder andere Bedarfsgegenstände einkauft. Der Bauer hat also noch heute keine sich klar voneinander abhebende Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft (vgl. Figur 1). Denken wir Jahrhunderte zurück bis in die Zeiten geschlossener Hauswirtschaft, so fehlt diese Teilung vollkommen. In *einer* Wirtschaft wird hergestellt, was man in der gleichen Wirtschaft verbraucht. Erst mit der Tauschwirtschaft setzt sich die Trennung in Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft durch.

Der Handwerker ist der typische Vertreter der neuen Wirtschaftsform. Nach bilden Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft eine wirtschaftliche Einheit, aber sie heben sich deutlich voneinander ab. Der Mann als Leiter der Erwerbswirtschaft sitzt in seiner Werkstatt, und unter dem gleichen Dach kocht nebenan in der Küche seine Frau, die den Haushalt, die Verbrauchswirtschaft, führt, das Essen (vgl. Figur 2). In der Erwerbswirtschaft werden Arbeitskraft und andere Wirtschaftsmittel in Ware verwandelt, alsdann auf dem Markt in Geld umgesetzt und als Einkommen der Verbrauchswirtschaft zur Verfügung gestellt. Aufgabe der Erwerbswirtschaft ist eben die Beschaffung der Mittel für die Verbrauchswirtschaft. Bezeichnend ist diese Form für das Mittelalter, für die Zeit der Zünfte, deren ganzes organisatorisches Streben letzten Endes darauf hinausläuft, das richtige Verhältnis zwischen der zu einer Vollwirtschaft gehörenden Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft aufrechtzuerhalten.

Heute tritt diese Wirtschaftsform durchaus zurück. Unser Wirtschaftsleben ist charakterisiert durch die grosse, aus der Vollwirtschaft herausgelöste reine Erwerbswirtschaft, die Unternehmung, wie sie z. B. die Fabrik darstellt (vgl. Figur 3). Diese ist nicht mehr gebunden an eine bestimmte Verbrauchswirtschaft, die von ihr mit Tauschmitteln versehen werden will, sondern *selbständig* geworden. Damit hat sich ihr Zweck grundsätzlich geändert. Wohl verwandelt auch sie Arbeitskräfte und andere wirtschaftliche Güter in Ware und diese Ware in Geld. Aber ihre Aufgabe sieht sie nicht mehr darin, einer Verbrauchswirtschaft dieses Geld als Einkommen zur Verfügung zu stellen, sondern sie wendet Geldmittel ( $= G$ ) auf, um durch Arbeit Güter in nachgefragte Ware ( $= W$ ) verwandeln zu lassen und diese Ware wiederum in eine Geldsumme ( $= G^1$ ) umzusetzen, die grösser ist als die Summe, welche am Anfang in die Unternehmung hineingesteckt wurde ( $G - W - G^1$ ). *Die selbständige Erwerbswirtschaft will einen Tauschwertüberschuss erzielen.* Wohl hängen auch an dieser Unternehmung Verbrauchswirtschaften, ja sogar viele Verbrauchswirtschaften finden in ihr einen Erwerb, ziehen aus ihr ein Einkommen, umlagern sie in dreifachem Ring; einmal die zahlreichen Verbrauchswirtschaften der Arbeiter, die im Unternehmen Gelegenheit finden, ihre Arbeitskraft zu verwerten, dann die Verbrauchswirtschaften der Leitenden und endlich die der Eigentümer des Unternehmens. Aber es ist nicht mehr der Zweck der selbständigen Erwerbswirtschaft, das Einkommen für diese Verbrauchswirtschaften zur Verfügung zu stellen, ihr Zweck ist nur noch: Erzielung von Gewinn. Mit dem veränderten Zweck sind auch die Menschen, die aus dieser Erwerbswirtschaft ihr Einkommen beziehen, zu ihr in ein ganz anderes Verhältnis getreten. Es war die grösste Stärke der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung, dass die in der Familie zu gemeinsamem Verbrauch zusammengeschlossene Menschengruppe ihre eigene Erwerbswirtschaft hatte, an deren Gedeihen und Funktionieren sie lebhaft interessiert war, da von ihnen die Versorgung der Verbrauchswirtschaft abhing. Es ist die grösste Schwäche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dass es den grössten Teil der Menschen in einen Interessengegensatz gegen die Erwerbswirtschaft zwingt, aus der er sein Einkommen zieht. Eine möglichst weitgehende Zurverfügungstellung

dieses Einkommens erscheint nicht mehr als die Aufgabe der Erwerbswirtschaft, sondern läuft im Gegenteil ihrem Zweck direkt zuwider; denn im Interesse des Gewinns gilt es, das Lohnkonto möglichst klein zu halten. Der durch den Lohn mit seiner Verbrauchswirtschaft an das Unternehmen gekettete Arbeiter hat dagegen seinerseits an der Unternehmung nur das eine Interesse, möglichst viel Lohn aus ihr herauszuziehen.

Damit ist die Sonderart der *Unternehmung* genügend charakterisiert. Ihr Unterschied zu jener Bedarfsdeckung erstrebenden Wirtschaftseinheit, die als Vollwirtschaft Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft umspannt, und die das Vorbild für die demokratisch zu führende Volkswirtschaft darbot, tritt klar heraus. Die Unternehmung will nicht Bedarfsdeckung der an ihr beteiligten Menschen, sondern nur Tauschwertüberschuss. Dieses Ziel kann man ihr nicht nehmen, ohne das kapitalistische Wirtschaftssystem aufzuheben; denn es ist sein Kernstück.

Ist nun Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmung denkbar und wünschenswert unter Beibehaltung dieser privatwirtschaftlichen Zielsetzung? Im kapitalistischen System selbst steht der Arbeiter im notwendigen Gegensatz zur Leitung der Unternehmung, weil ihr Zweck zugleich Druck auf das Lohnkonto bedeutet. Solange der Arbeiter Lohnempfänger bleibt, wird sein Vertreter in der Leitung tatsächlich nur ein vorgeschobener Posten im Kampf gegen die Leitung sein. Man wird sich verständigen, solange man es auf Kosten des gemeinsamen Gegners, des Konsumenten, tun kann, und sich in die Früchte teilen. Ist das nicht möglich, *muß* der Arbeitervertreter seiner organischen Stellung nach seinen Einfluss dahin geltend machen, dass er versucht, das Lohnkonto auf Kosten des Gewinns immer mehr zu erweitern, und zwar solange, bis der Gewinn ganz verschwunden ist. Er bleibt in der Leitung Vertreter des Lohninteresses, und seine wesentlichste Aufgabe ist, zu kontrollieren, ob die Lohnhöhe wirklich, wie die Leitung dauernd behaupten wird, bis an die Grenze des Tragbaren geht. Dieser Druck auf den Gewinn kann nicht eher aufhören, als bis die Gesamtheit aller im Unternehmen Arbeitenden Eigentümer des Unternehmens geworden ist. Dann ist die Sonderart des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgehoben. Die Produktionsgenossenschaft steht an Stelle der Unternehmung. Wirtschaftsorganisatorisch und sozial wäre damit weitgehend der Stand des Mittelalters wieder erreicht. Ob das auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie einen Fortschritt bedeuten würde, mag zunächst dahingestellt sein.

Aber wie denkt man sich den Weg bis zur Produktionsgenossenschaft? Wie sollen die Arbeiter den Mitbesitz und weiter den Alleinbesitz der Unternehmung erzwingen? Denn freiwillig werden die Eigentümer kaum zurücktreten. Sollte wirklich das Vorwärtsdrängen der Belegschaft im Einzelunternehmen leichter und sicherer den Erfolg bringen als das einheitliche Drängen der gesamten Arbeiterfront, die nicht für Einzelgruppen, sondern für die *Gesamtheit* das Eigentum an den Produktionsmitteln fordert? Im Einzelunternehmen, im Betrieb, scheint ja der erste Schritt bereits getan. Alle Lobredner der Wirtschaftsdemokratie verweisen auf das Betriebsrätegesetz. Man muss sich zunächst darüber klar sein, dass das Betriebsrätegesetz einen Schritt in ganz anderer Richtung bedeutet, die

allerdings letzten Endes *vielleicht* auch in den Weg zur Produktionsgenossenschaft einmünden kann, es aber keineswegs zu tun braucht, ja vielleicht im Interesse der Arbeiter gar nicht tun sollte<sup>8)</sup>. Betriebsrätegesetz und Betriebsdemokratie sind aus einer anderen Wurzel gewachsen als das Streben nach Eigentum an den Produktionsmitteln um der gerechten Verteilung des Gewinnes willen.

Wenn schon bei der Schilderung der Unternehmung hervorgehoben wurde, dass der Gegensatz zwischen dem Lohninteresse des Arbeiters und dem Zweck des Unternehmens, einen möglichst grossen Gewinn zu erzielen, eine scharfe Spannung in das Wirtschaftsleben hineinbringt, so mag nunmehr hinzugefügt werden, dass diese Spannung bis zur Unerträglichkeit verschärft wird durch die Herabdrückung des Arbeiters von dem selbständig den Gang der Produktion ordnenden Handwerker zur Arbeitskraft, die willenlos auf Anordnung des Vertreters der Eigentümer der Unternehmung die Maschine zu bedienen hat. Mag auch die technische Entwicklung einen grossen Teil der Schuld tragen, und mag auch die berüchtigte Mechanisierung der Produktion die Verwandlung des den gesamten Produktionsvorgang beherrschenden Handwerkers in einen Handlanger der Maschine notwendig machen; eine Einordnung des einzelnen in diesen Produktionsvorgang, die ihm kein Recht und keine Möglichkeit gibt, sich irgendwie an der Bestimmung über das Was und Wie der Produktion zu beteiligen, muss als eine Tyrannei des besonderen Wirtschaftssystems erscheinen, deren unabänderliche Notwendigkeit nicht einzusehen ist und von dem Arbeiter vielleicht nicht verstandesmässig widerlegt, aber niemals gefühlsmässig zugegeben werden kann. In allen modernen Industriestaaten brodelt immer wieder in mannigfachen, oft sinnlos und ziellos erscheinenden Formen der Widerstand des arbeitenden Menschen gegen diese Vergewaltigung durch eine sich als unabänderlich gebende Wirtschaftsnotwendigkeit hervor. Vom Syndikalismus und Unionismus bis zum Rätssystem und Gildensozialismus hat er immer von neuem versucht, eine Form der Organisation zur Sammlung der revolutionierenden Kräfte zu finden<sup>9)</sup>. In Deutschland ist diesem Drängen im Betriebsrätegesetz ein rechtlicher Wirkungskreis abgegrenzt und eine bestimmte Richtung gewiesen worden. Der Angriff, der sich ursprünglich gegen die autokratische Bestimmung über die Organisation des Produktionsprozesses richtete, ist durch das Gesetz trotz scheinbar weiter greifender Bestimmungen praktisch auf ein ganz beschränktes Gebiet eingeeengt. Tatsächlich bleibt dem Betriebsrat als Aufgabe *die Vertretung der in den technischen Betrieb eingeordneten menschlichen Arbeit*. Als ihr Vertreter kann er allerdings nur Erfolg haben, wenn hinter ihm eine straff organisierte, wohl-disziplinierte Arbeiterschaft steht, deren breite Front über die schmale Grundlage des Betriebes hinausragt. Ein Betriebsrat, der seiner Aufgabe gewachsen ist, dem es gelingt, die Mitbestimmung der Arbeiterschaft bei der Einordnung der menschlichen Arbeit in den Gang der Produktion tatsächlich allem Widerstand zum Trotz durchzusetzen, wird allerdings behaupten können, ein Stück Demo-

<sup>8)</sup> Vgl. Richard Seidel: „Das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Verwaltung.“ Die Arbeit, II. Jahrgang, S. 721.

<sup>9)</sup> Vgl. z. B. das Nachwort des Verfassers zu: Hans Böttcher, „Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England“. Jena 1922.

kratie in den Betrieb hineingetragen zu haben. Indessen, seine Auseinandersetzungen mit der wirtschaftlichen Leitung werden sich, abgesehen von Lohn- und Personalfragen, darauf beschränken, ob eine vom Arbeiter gewünschte Änderung in seiner betriebsorganisatorischen Einordnung auch wirtschaftlich vorteilhaft oder umgekehrt eine von der Leitung geforderte wirtschaftlich günstiger erscheinende Ordnung für den Arbeiter tragbar sei. Darüber hinaus werden hin und wieder wohl auch Anregungen zur technischen Verbesserung vom Betriebsrat ausgegangen sein, aber grundsätzlich ist es keineswegs gelungen, den Betrieb, geschweige denn die Unternehmung, zu demokratisieren. Nur da, wo die Leitung bei Einordnung der Arbeit in den Mechanismus des Betriebes mit denen, die die Arbeit leisten, direkt in Konflikt gerät, ist an Stelle des autorokratischen Diktats die Notwendigkeit getreten, mit einem anerkannten Organ der Arbeiterschaft zu verhandeln. Das ist keineswegs wenig, es bedeutet aber kein Eindringen des Arbeiters in die Wirtschaftsführung, sondern nur die Austragung unvermeidlicher Interessengegensätze in einer modernen Form. Der Einfluss, der darüber hinaus den Arbeitern scheinbar auf die Leitung des Unternehmens gewährt wurde, ist doch wohl nur insofern von Bedeutung, als er unter Umständen ihre Vertreter tiefere Einblicke in das wirtschaftliche Funktionieren des Betriebes tun lässt, die sowohl für ihre allgemeine Schulung als auch für ihre praktischen Aufgaben gelegentlich von Wert sein können.

Wie aber von hier, ohne das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln grundsätzlich zu ändern, der Weg zur „Wirtschaftsdemokratie“ weiter gehen soll, bleibt durchaus im Dunkel. Als nächster Schritt käme die volle Mitbestimmung über die technische Verwendung des Produktionsapparates in Frage. Es erscheint im höchsten Grade zweifelhaft, ob diese Übertragung der Betriebsleitung an die Arbeiter möglich ist, ohne dass ihnen auch die wirtschaftliche Verantwortung für das Resultat aufgebürdet wird. Es wäre vorstellbar, dass die demokratische Betriebsführung durch die im Betrieb Arbeitenden, wenn sie sich der rein autorokratischen Leitung durch einen nur dem Eigentümer des Unternehmens verantwortlichen Direktor als betriebsorganisatorisch gleichwertig oder sogar überlegen erweisen sollte, von den Eigentümern bereitwillig zugestanden werden würde. Ihnen liegt ja letzten Endes nur an der Höhe des Gewinnes und nicht daran, ob er als Dividende oder in einer pacht- oder hypothekezinsartigen Form eingeht. Und nur an der Form, nicht an der Höhe wäre etwas geändert; denn diese Mitbestimmung wäre keineswegs gleichbedeutend mit einem Anteil am Ergebnis der Unternehmung. Praktisch würde wahrscheinlich die Stellung der Arbeiter, die ihren Betrieb selbst leiten, ähnlich sein der Stellung des Heimarbeit leistenden „selbständigen“ Handwerkers. Zu einem wirklichen Erfolg für die Arbeiter würde also die Demokratisierung des Betriebes, vorausgesetzt, dass sie überhaupt möglich wäre, erst führen, wenn man einen Schritt weiter ginge und ihnen das ungeschmälerete Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln übertrüge. Damit wäre mit der Produktionsgenossenschaft, wie oben erwähnt, der soziale Stand des Mittelalters weitgehend wieder erreicht. Die gefährliche Spannung in der Wirtschaftsordnung wäre gelöst. Die Produzenten hätten nicht nur das Be-

stimmungsrecht über ihre Produktionsmittel wieder in Händen, sondern auch die Früchte ihrer Arbeit kämen ihnen wieder zugute. Wieweit aber diese Organisation, die auch die Schwäche der Zunftordnung — hartnäckige Verteidigung der Monopolstellung der Zunftmitglieder gegen neuen Zuzug — in vollem Umfang teilen würde, als Wirtschaftsdemokratie anzusprechen ist, hängt davon ab, ob man den Rahmen der Produktionsgenossenschaft als höchste zu erstrebende Wirtschaftseinheit gelten lassen will. Vom Standpunkt höherer Einheiten herrscht nach wie vor, ja vielleicht noch schlimmer als zuvor, Wirtschafts-anarchie, Gruppenindividualismus. Wie von hier der Weg zu einer Einordnung unter einen Gesamtwillen gefunden werden soll, ist schwer zu sehen; denn im Unterschied zum kapitalistischen System fehlt die soziale Klasse, deren Interesse zur Einheit drängt. Heute ist diese Klasse die Arbeiterschaft, und in ihr ist die Idee wirtschaftlichen Gesamtinteresses so fest verwurzelt, dass ihr die Vorstellung sehr schwer fassbar ist, eine Änderung der wirtschaftlichen Gesamtlage könne auch diese Idee verrücken. Und doch muss man sich einmal klar vor Augen stellen, wie stark gegenüber der Idee der denkbar besten Versorgung der Gesamtheit die Idee der denkbar besten Ausnützung der eigenen Monopolstellung an Kraft gewinnen muss, wenn die Arbeiterschaft in Gruppen von Monopolbesitzern zerspalten ist, die nunmehr das wirtschaftliche Gewicht ihrer Monopole gegeneinander abwägen.

Der hier angenommene Weg zur Wirtschaftsdemokratie würde also etwa folgendes Aussehen haben: Die Mitbestimmung an der Einordnung der Arbeit in den Betrieb ist zu erweitern zur Übernahme der Leitung des Betriebes durch die in ihm Arbeitenden, zur Betriebsdemokratie, die alsdann durch Übertragung des Eigentums am Unternehmen zur Unternehmungsdemokratie würde, was eine Zielverschiebung der Unternehmung und seine Verwandlung in eine Produktionsgenossenschaft zur Folge hätte. Endlich wäre die Unterstellung der Produktionsgenossenschaft unter einen Gesamtwillen durchzuführen und damit die Wirtschaftsdemokratie erreicht.

Wir haben die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen, trotz aller Bedenken zunächst einmal annehmen müssen, um überhaupt zu einer Klärung des verschwommenen Begriffs der Wirtschaftsdemokratie zu kommen und vor allem eines herauszustellen: *Wirtschaftsdemokratie erfordert eine einem Gesamtwillen unterstehende Gesamtwirtschaft als eine auf Bedarfsdeckung eingestellte Vollwirtschaft* und geht damit hinaus über die heute das Wirtschaftsleben beherrschende Wirtschaftsart der Unternehmung, da diese eine nur auf Erzielung von Tauschwertüberschuss gerichtete reine Erwerbswirtschaft ist.

Nunmehr mag aber die Frage aufgeworfen werden, ob nicht ein anderer Weg zur Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich leichter gangbar ist und sicherer zum Ziele führt. Der Weg über die Einzelunternehmung hat einmal mit der Schwierigkeit zu rechnen, dass streng genommen auf allen Stufen von einer Beteiligung des Arbeiters an der Leitung, zu der er in notwendigem Interessengegensatz steht, nicht geredet werden kann. Auch ein vorübergehendes Bündnis der Arbeiter und Unternehmer zur gemeinsamen Verteidigung gegen unliebsame Konkurrenz oder —

von der anderen Seite gesehen — zur besseren Ausbeutung der Konsumenten, das zu einer Arbeitsgemeinschaft führt, muss, sobald die Stellung nach aussen gesichert erscheint, wieder zum Kampf zwischen Lohn- und Gewinnkonto werden. Die Leitung vertritt das Gewinnkonto und muss daher notwendig stets ihren Schwerpunkt an einen Ort verlegen, bis zu dem die „Mitbestimmung“ des Arbeiters nicht vorgedrungen ist. Darum wird die „Mitbestimmung“ an der Leitung, solange sie nicht Übernahme der Leitung ist, praktisch höchstens auf dem Papier stehen. Neben den äusseren Schwierigkeiten werden grosse Hemmungen aus dem Gegensatz zwischen der dem herrschenden System entsprechenden seelischen Haltung des Arbeiters und der dieser Haltung vorausseilenden Wirtschaftsform entstehen, die vor allem den letzten Schritt von der Produktionsgenossenschaft zur Wirtschaftsdemokratie ungangbar erscheinen lassen. Schwere Bedenken werden sich dagegen erheben müssen, das einheitlich gerichtete Interesse der Arbeiter durch Einbeziehung in kapitalistische Werkgemeinschaft zu zersplittern, eine Gefahr, die heute nicht sehr gross ist, aber vor allem deshalb Aufmerksamkeit verdienen muss, „weil sie die einzige Gefahr ist, die bei dem Ringen der Arbeiterklasse um die Führung aus der bestehenden Organisation der Wirtschaft organisch herauswachsen könnte“<sup>10)</sup>.

Alle diese Fragen können hier nur ganz kurz angedeutet werden. Wer den wahren Inhalt der Forderung der Wirtschaftsdemokratie in seiner grundsätzlichen Verneinung der Grundrichtung des herrschenden Wirtschaftssystems klar erkannt hat, wird keine Hoffnung darauf setzen, auf dem Wege über die Eroberung und Umstellung des Einzelunternehmens zum Ziel zu kommen. Er wird vielmehr in der Zusammenfassung der Einzelwirtschaften unter einen Gesamtwillen den entscheidenden Schritt zur Wirtschaftsdemokratie sehen<sup>11)</sup>. Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand, Mehrung der Befugnisse des Reichswirtschaftsrates, Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten und Wirtschaftskammern, Unterstellung ganzer Industriezweige unter öffentliche Kontrolle, kurz alle Massnahmen, die die Ansätze zu einer wirklichen Wirtschaftsführung stärken, werden demnach als wichtige Vorbereitungen der Wirtschaftsdemokratie bedeutsam. Das Ziel bleibt stets die Gesamtwirtschaft. Da aber die Arbeiterschaft die einzige soziale Macht ist, die ihrer Stellung nach notwendig zur Bildung einer Gesamtwirtschaft treibt, und den widerstrebenden Privatinteressenten ihren Willen wird aufzwingen müssen, wird Sammlung und Stärkung der Arbeiterschaft die Hauptaufgabe für jeden, der auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie vorwärts will. Wirtschaftliche und politische Organisationen, also Gewerkschaft und Partei, erhalten damit die entscheidende Rolle zugewiesen, aber auch Arbeiterbanken, Bauhütten, Konsumgenossenschaften, Arbeiterturn- und -sportvereine und nicht zuletzt alle Arbeiterbildungseinrichtungen zeigen auf diesem Hintergrund ihre wahre Bedeutung.

Die Gewerkschaften stellt die Aufgabe, im Kampf um die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in der Gegenwart die Kräfte zu sammeln und zu organi-

<sup>10)</sup> Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses a. a. O., S. 200.

<sup>11)</sup> Die „Soziale Bauwirtschaft“ scheint zu meinen, das sei „Staatssozialismus“. Dann müsste letzten Endes aller Sozialismus Staatssozialismus sein.

sieren, vielleicht gerade in nächster Zukunft vor Fragen, die durch das Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ eher verschleiert als geklärt werden. Ihre Mitbestimmung bei der Einordnung der menschlichen Arbeit in den technischen Produktionsprozess wird mit zunehmender Mechanisierung der Produktion immer bedeutungsvoller, da sie „im Kampf für den Menschen gegen die Unterordnung unter die mechanische Ertragswirtschaft“ die einzige wirtschaftliche Macht sind, die den Menschen verteidigt. Bei der notwendig eintretenden Verschärfung des Interessengegensatzes zwischen dem Verkäufer von Arbeitskraft und demjenigen, der sie verwerten will, ist eine Vertretung der Arbeit bis hin an die Stätte ihrer Wirkung, von wachsender Wichtigkeit. Diese Aufgabe der Gewerkschaft, die dem Betriebsrat als ihrem vorgeschobenen Posten zufällt, bedeutet ganz eindeutig: *Vertretung der Arbeit gegen die Ansprüche der wirtschaftlichen Leitung des Unternehmens*, nie und nimmer aber: Beteiligung an der Leitung selbst. Die klare Erkenntnis dieses Tatbestandes würde viel Kraftvergeudung ersparen.

---

## NATION UND KLASSE

Von ROBERT MICHELS

Beifolgende Abhandlung, welche einen Teil eines späteren grossen Werkes bilden soll, soll rein wissenschaftlich aufgefasst werden. Das heisst, sie ist rein objektiv orientiert und folglich weit davon entfernt, in welchem Sinn immer zu der Frage: Klasse oder Nation, oder auch zur Möglichkeit einer Synthese beider\*), Stellung nehmen zu wollen. Sie bietet zum Dilemma nur einiges historisches, dogmengeschichtliches und soziologisches Material. R. M.

### I.

In dem beständigen Kampf der Solidaritätskreise um den Menschen spielen die Begriffe und die konkreten Tatsachen Nation und Klasse eine der bedeutungsvollsten Rollen. Das heisst, da die Rollen gegeneinander gespielt werden: Die Stellung von Nation und Klasse ist ein Problem. Wir wiederholen hier nur, was wir an anderem Orte ausführlich dargelegt haben<sup>1)</sup>. Es ist ein Problem der Wertung im Sinne der Über- und Unterordnung durch ein Kriterium. Wenn wir die mittleren Nuancen nicht beachten, können wir sagen: Der Patriot stellt die klassen-gemischte nationale Einheit (die vertikale Einheit), das völkische Lebensschicksal, der Sozialist hingegen die soziale, klassenmässige und infolgedessen international gerichtete Einheit (die horizontale Einheit), das proletarische Lebensschicksal, höher. Das ist der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, wie sie in ihren Extremen antagonistischer nicht vorgestellt werden können<sup>2)</sup>.

Wenn wir die sozialistischen Lehrmeinungen, aber auch die proletarischen Massenauffassungen, wie sie in Reden, Enqueten, Memoiren usw. zumal der Vor-

\*) *Anmerkung der Redaktion.* Vgl. über diese Möglichkeit: *Lothar Erdmann*, „Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ und „Gewerkschaften und Sozialismus“. „Die Arbeit“, II. Jahrgang, Heft 7, S. 385. und Heft 11, S. 657.

<sup>1)</sup> Zur Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen, im Grundriss der Sozialökonomik, Band IX (1926).

<sup>2)</sup> Der nationalistische Gedanke, dass die Nation Ewigkeitwert beanspruchen dürfe, während die Gesellschaftsklassen vorübergehende Erscheinungen seien, ist, für grosse Zeitaläufe betrachtet, unhistorisch. (*Luigi Valli*: *Scritti e discorsi della grande vigilia*, Bologna 1924, Zanichelli, S. 12.) Eher liesse sich schon die These umkehren; denn im Altertum schon gab es Handwerker und Bauern, Arme und Reiche, die Karthager und Phönizier aber sind verschwunden.

kriegszeit niedergelegt sind, insoweit sie das von uns hier aufgeworfene Problem behandeln, zusammenfassen, kommen wir auf etwa folgende Gedankengänge und Sprachführungen:

Was bietet denn das Vaterland als Staat den ärmeren Klassen? Nichts als Zwang, und wenn nicht materielles, so doch kulturelles Elend. Den Zwang einer Konfession: In Preussen waren bis 1918 selbst die Kinder konfessionsloser Eltern in der Volksschule zur Teilnahme am Religionsunterricht, einem Gewissenszwang, verpflichtet. Den Zwang eines Heeresdienstes, der, die Unterschiede unter den Klassen im bürgerlichen Leben in Regeln sperrnd und bis zur Karikatur verzerrend, die Kinder der Armen, unter denen auch Intelligente und Begabte sind, zwei oder drei Jahre, die Kinder der Reichen hingegen, unter denen auch geistig Minderwertige und Schwerfällige, bloss ein Jahr unter den Waffen hält, diese in den Stand der Gemeinen und der niederen Chargen, jene in den durch chinesische Mauern abgesperrten Offizierstand verweist. — Jeder objektiv Urteilende wird zugeben müssen: Die arbeitenden Klassen können in den heutigen Vaterländern nicht viel Liebenswertes erblicken, ja, sie können nicht einmal grosse Unterschiede zwischen ihnen wahrnehmen. Ohne Recht auf Arbeit — dieses elementare Menschenrecht — sehen sie sich hier wie dort gezwungen, stets mit einem Fuss auf dem Pflaster, einer ungewissen Zukunft entgegenzudämmern. Die Bildung, die ihnen das Vaterland gibt, ist rudimentär und nach dem Massstab bemessen: Gerade soviel, wie genügt, damit sie ihre Funktion als Rädchen in der gigantischen Maschinerie der modernen Produktion erfüllen können, eine auf die Lohnsklaverei abgepasste, bewusstermassen nicht über deren Zwecke hinausgehende Bildung, zu gross immerhin, um diese Massen in der hungernden Zufriedenheit ihrer verdammten Bedürfnislosigkeit zu belassen, aber anderseits viel zu gering, um ihnen die aufgehäuften Schätze unserer Höhenkultur und die unsagbaren Herrlichkeiten unserer Kunst zu erschliessen, ganz dazu angetan, ihre Genussfähigkeit möglichst auf dem niederen Niveau grobsinnlicher Vergnügungen zu erhalten. Eine Fürsorge für das weibliche Geschlecht endlich, die Hunderttausende kulturell und physisch hungernde Frauen auf die Strasse hinaus- oder in die Bordelle hineinwirft.

Das Vaterland ist eine Stiefmutter. Für den Arbeiter hat es nichts als Druck, als Lasten übrig: im Frieden Mühen, Elend und Entbehrungen ohne Zahl, im Kriege Tod und Verstümmelung. Das Vaterland schützt den Millionenbesitz seiner Reichen, die Arbeit aber ist schutzlos.

Überall, in Paris und London genau so wie in Berlin und Frankfurt, entspricht die Lohnhöhe ungefähr der Summe von Familienunterhaltungsmöglichkeit und Erhaltung der Sexualekraft des Lohnarbeiters zwecks Erzeugung der Lohnarbeiterschaft der Zukunft. Wo soll da eine patriotische Gesinnung herkommen? Daraus, dass der Lohn hier in Franken, dort in Mark, dort in Schilling ausgezahlt wird? Dadurch, dass er hier in Kartoffeln, dort in Polenta verausgabt wird? Der Patriotismus, den der Besitz verleiht, muss diesen Schichten notwendigerweise mangeln. Was für einen Besitz hat der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Brauereiarbeiter gegen den Feind zu verteidigen? Seine Sparkasseneinlage?

Niemand will sie ihm nehmen! Seine Werkzeuge, seine Fabrik? Aber sie gehören ja nicht ihm! Der Besitzer dieser seiner Berufsnotwendigkeiten kann ihn jederzeit vor die Tür setzen. Seine Existenz ist schlecht in diesem Vaterland. Und die ist ihm nicht einmal gesichert.

So wird es erklärt, dass die sogenannten unteren Klassen dem Problem des Patriotismus kälter, sachlicher, ungescheuter, ohne viele Vorurteile ins Gesicht sehen können, sobald sie sich einmal von den ihnen auf Geheiß des Staates in den Schulen beigebrachten Ideologien befreit haben. Es ist begreiflich, dass sie geneigt sind, sich mit Gustav Hervé auf den Standpunkt zu stellen, dass jede Kriegserklärung im sogenannten patriotischen Interesse seitens der Herrschenden in Wirklichkeit eine revolutionäre Tat sei, die alle Banden löse und nunmehr auch eine revolutionäre Tat des Proletariats seinerseits rechtfertige. Auf Kriegserklärung an ein Nachbarvolk aus sogenanntem Patriotismus—Generalstreik und Revolution aus internationalem Menschentum; so ihre Parole. Und mit der offenen Aussprache dieser Absicht glauben sie eine sittliche Friedenstat zu erfüllen, denn, sehen sich die heute so leichtfertig „superpatriotischen“ Regierungen vor die Alternative gestellt: Entweder Krieg und Revolution oder Friede, sie werden es sich zweimal überlegen, ob sie den Rubikon überschreiten sollen, und werden den Weg nach dem Haag (oder Genf) immer leichter finden.

Der Proletarier hat kein vaterländisches Erinnerungsleben. Ihm fehlt ein festes Heim. In Breslau wechseln etwa 200 000 Personen alljährlich ihre Wohnung. Da ist von Wurzelfassen, Heimischwerden keine Rede. Indes nicht nur ob ihres schnellen Wechsels, auch ob der geringen Qualität der Wohnung vermögen die Beziehungen des Arbeiterkindes zu ihr nicht seelische zu werden. Sombart<sup>3)</sup> sagt einmal: Der Proletarier hat keine Heimat, oder soll er sich „heimisch“ fühlen in der öden Vorstadtstrasse, vier Treppen hoch, im Hof? Oder in einer rauchigen, stickigen Industriestadt, in der ihn der Kapitalismus mit einem ganzen Haufen seinesgleichen wahllos zusammengepfercht hat?

\*

Patriotismus kann freilich auch nicht entstehen, wo kein Eigentum ist<sup>4)</sup>. Die schärfste Formel für solche Zusammenhänge haben bekanntlich Marx und Engels in ihrem Kommunistischen Manifest gefunden, in welchem sie unter der Begründung, die Arbeiter hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten, die Arbeiter aller Länder zur Vereinigung gegen das internationale Kapital aufriefen.

Die französischen Revolutionäre der Nachkriegszeit trugen (und tragen) kein Bedenken, ihr Heil von der Invasion einer roten Armee zu erhoffen, und richten mithin ihren Blick auf Russland. Wer sie dafür der Vaterlandslosigkeit zeilt, den verweisen sie auf die Solidarität der Klassen: Die rote Armee ist keine fremde Armee, sondern... Blut von unserem Blut, sowie auf die bekannten analogen Ereignisse aus der französischen Geschichte<sup>5)</sup>.

<sup>3)</sup> Werner Sombart: Das Proletariat. Frankfurt a. M., S. 10.

<sup>4)</sup> Henry George: Social Problems. London 1884. Kegan and Trench, S. 15.

<sup>5)</sup> Edouard Berth: Guerre des Etats ou Guerre des classes, Paris 1924, Rivière, S. 232. Schon Coeurderoy hat in seinem Briefwechsel mit Alexander Herzen (1854), freilich unter anderen Voraussetzungen, den westeuropäischen Demokratien die russischen Kosaken auf den Hals gewünscht. (O. Steklow: J. Herzen, Berlin 1920, Seehof, S. 33.)

Die Unbotmässigkeit dem nationalen Gedanken gegenüber und die stolze Übertreibung des Klassen- oder Weltanschauungsgedankens ist zumal in Frankreich zu Hause. Die Ligue Catholique zu Zeiten der Guisen und Mayenne's riefen die Spanier, die Hugenotten des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts riefen die Engländer, Condé und die Prinzen von Geblüt in den Frondekriegen die Truppen Philipps IV., die Emigranten von 1792 alle Fürsten Europas gegen ihre Landsleute, mit denen sie in Konflikt lagen, zu Hilfe. Später war es die Pariser Confédération du Travail, von der der stärkste, unerbittlichste Hass der Arbeiter gegen die einheimische Bourgeoisie, der energischste Gedanke des Generalstreiks im Kriegsfall, der leidenschaftlichste Appell an die Solidarität der deutschen Arbeiter ausging. Eine im Jahre 1905 veranstaltete Enquete unter den französischen Arbeiterführern über den Vaterlandsbegriff und die Arbeiterklasse ergab fast einstimmig die Negierung des Vaterlandes und die Variierung der Auffassung: lieber Aufstand als Krieg<sup>6)</sup>.

Die Internationale Arbeiterassoziation betrachtete das Proletariat als absolut unteilbaren Begriff. Insofern war auch eine staatliche Begrenzung desselben für sie nicht gegeben. Der Paragraph 10 der Statuten bestimmte, dass bei Veränderung seines Wohnsitzes von einem Land in ein anderes jedes Mitglied der Internationale die brüderliche Unterstützung der mitverbündeten Arbeiter erhalte. Dazu gehörte auch ohne weiteres das aktive und passive Wahlrecht in den ausländischen Sektionen, in die es eintrat.

Überall steht das Proletariat bei den patriotischen Festen schmollend abseits. An den Sedanfeiern nahm die deutsche Sozialdemokratie ostentativ keinen Anteil. Als die Belgier 1905 das 75. Jubiläum ihrer politischen Unabhängigkeit feierten, erklärten die Wortführer der belgischen Arbeiterpartei, das Proletariat warte noch auf seine Unabhängigkeit: Diese Befreiung bereiten wir vor durch unser Wirken; wir werden sie später feiern, wenn das Proletariat seinen vollen Anteil am gemeinsamen Vaterlandsgefühl wiedererlangt hat<sup>7)</sup>.

Die Pariser Kommune, welche den ersten, vorübergehend geglückten Versuch der Eroberung der Staatsmacht durch das revolutionäre Proletariat darstellt, räumte den Ausländern einen sehr grossen Platz ein. Ein deutschsprachlicher Jude, Fränkel, erhielt eine der ersten Stellen in der Regierung zugewiesen<sup>8)</sup>. Das Heer war, insbesondere nach dem Ableben Rossels, ganz in den Händen von Ausländern, wie der Polen Gebrüder Dombrowski, Wroblewski, Okolowicz und des

<sup>6)</sup> Mouvement socialiste, VII. Heft, 160 bis 164.

<sup>7)</sup> *Louis de Brouckère*: La Misère Intellectuelle en Belgique de 1830 à 1905; in 75 Années de Domination Bourgeoise 1830 à 1905. Gand 1905, Volksdrukkerij, S. 253.

<sup>8)</sup> Marx belogigte die Kommune, dass sie, während die französischen Bürgerheere mit Deutschland in einem Kampfe bis aufs Messer lagen, den sozialistischen Arbeitern das schöne Beispiel internationalistischer Solidarität dadurch gegeben hätte, dass sie einen Deutschen zu ihrem Arbeitsminister gemacht habe. (*Karl Marx*: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der internationalen Arbeiter-Assoziation. 3. Auflage, Berlin 1891. Verlag Vorwärts, S. 73). In der Tat wurde Leo Fränkel am 26. März 1871 zum Mitglied der Kommune gewählt und von dieser sogleich in die Arbeitskommission delegiert. Ein Deutscher war Fränkel freilich nicht, sondern ein Jude aus Ungarn (*Stegmann* und *Hugo*: Handbuch des Sozialismus, Zürich 1897, Schabelitz, S. 201). Immerhin war er, wie erwähnt, deutscher Sprache und hatte in Paris eine deutsche Sektion der Internationale gegründet. (*Benolt Malon*: La Troisième Défaite du Proletariat français. Italien. Ausgabe Firenze 1902, Nerbini, S. 88.) Er galt deshalb als Deutscher (vergl. auch *Jules Clère*: Les Hommes de la Commune, 4. édition, Paris 1871, Dentu, p. 99 ff.). Es war insofern also tatsächlich der Beweis eines gewissen Mutes, wenn ihn die Pariser Arbeiterschaft zu ihrem Vertreter wählte.

Italieners Napoleone La Cecilia. Das geschah zum Teil sicher aus Mangel an geeigneten einheimischen Kräften, andererseits aber dürften wir auch den Gewährsmännern Glauben schenken, welche der Kommune zwar eine durchaus waschrechte Pariser Grundstimmung vindizieren, aber dem erklärend hinzufügen, dass die damaligen Pariser Arbeiter alle Männer von Herz, ohne jeden Unterschied der Sprache und Nationalität, an ihre Brust gedrückt hätten<sup>9)</sup>. Das Vaterlandsgefühl der Kommunisten war, wenigstens insoweit die Mehrzahl ihrer verantwortlichen Männer in Betracht kam, ganz klassenmässig gestaltet. Bei einem ihrer hervorragendsten Autobiographen findet man ausser der üblichen Verherrlichung der internationalen Pariser Sozialisten sogar die auf einer Gleichsetzung der französischen Bourgeoisie mit den auswärtigen Feinden beruhende Bemerkung: Die beiden feindlichen Armeen, die preussischen und die Versailler Truppen<sup>10)</sup>.

In der späteren deutschen Sozialdemokratie machte sich in der Führerschaft zuerst ostjüdisch-polnischer Einfluss, gegen den sich schon gleich nach der Jahrhundertwende Widerspruch regen sollte<sup>11)</sup>, später österreichisch-mährisch-jüdischer Einfluss geltend. Um die Führerschaft bei den italienischen Sozialisten haben in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren hinter- und durcheinander russische, deutsche und französische Führergestalten (Bakunin und der Sekretär der italienischen Sektion der Allgemeinen Internationalen Arbeiterassoziation, Friedrich Engels, später Benoît Malon und Anna Kulischoff) gerungen<sup>12)</sup>. Die französische Sozialistenpartei schien bald nach Kriegsende eine Zeitlang unter die Leitung von Charles Rappoport kommen zu sollen. Auch auf die Rolle, die der dreimal landesfremde (womit keinerlei Werturteil ausgedrückt werden soll) Kurt Eisner im für das Bajuverentum geretteten Bayern gespielt hat, muss verwiesen werden<sup>13)</sup>. Staatsbürgertum und Herkunft des russischen Sowjetgesandten in Paris, Rakowski, scheinen heute noch ungeklärt. Diese Beispiele liessen sich bis ins Endlose mehren.

Die modernen Parteien des Sozialismus sind dieser strengen Auffassung vom Internationalismus ihrer Bestände treu geblieben. Unter den Führern dieser Parteien sind, zumal, aber keineswegs nur im Osten, Ausländer keine Seltenheit. Mehr noch. Während in allen Staaten die Ausländer, solange sie nicht die Staatsangehörigkeit erlangt haben, kein Recht besitzen, bei der Wahl der Behörden mitzuwirken, befolgen die meisten sozialistischen Parteien den Grundsatz, dass die Zugehörigkeit zur Partei Zutritt zur aktiven, bisweilen auch passiven Wahl für alle Ehrenstellen und absolutes Mitbestimmungsrecht bei bindenden Beschlüssen verleiht. Die schweizerische Sozialdemokratie z. B. erteilt in ihren entscheidenden Versammlungen auch den Ausländern Stimmrecht. So kommt es, dass, wie eine

<sup>9)</sup> Malon, l. c., p. 138.

<sup>10)</sup> Arthur Arnould: Histoire Populaire et Parlementaire de la Commune de Paris, Tome II, Bruxelles 1878, Kistemaeckers, p. 105.

<sup>11)</sup> Vergl. die Rede *Wolfgang Heines* auf dem Parteitag in Lübeck 1901 (Protokoll der Verhandlungen usw., Berlin 1902, Verlag Vorwärts, S. 195).

<sup>12)</sup> Vergl. *meine* Abhandlung: Historisch-kritische Einführung in die Geschichte des Marxismus in Italien. Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. XXIV, Heft 1 (1907), S. 225—229.

<sup>13)</sup> Vergl. *meine* Abhandlung: Curt Eisner, presidente della Repubblica Bavarese, in der römischen Zeitschrift *Nuova Antologia* (v. 16. Dezember 1919).

bürgerliche Schweizer Zeitung klagt, „tatsächlich bei der Bestellung z.B. der eidgenössischen Räte die Ausländer einen ausschlaggebenden Einfluss nicht auf die Vertretung der Parteien, wohl aber auf die Auswahl der zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten und auf die denselben vorgeschriebenen Marschrouen ausüben können, auch wenn sie bei der Wahl selbst nicht mehr mitwirken können und vielleicht nur einen kleinen Bruchteil der Einwohnerschaft ausmachen. Solche Ausländer, die gewöhnlich die von ihrem Heimatland verschiedenen Existenzbedingungen der Schweiz gar nicht kennen, sind gewöhnlich eifrige Versammlungsbesucher, im Gegensatz zu den Einheimischen, und deshalb kann schon ein kleiner Bruchteil den Schweizern die ihnen genehmen Kandidaten aufzwingen. Nehmen wir z. B. an, in Basel wohnen 6000 Schweizer Bürger, die Sozialdemokraten wählen wollen, und 200 sozialdemokratisch gesinnte Ausländer. Die entscheidende Wahlversammlung, die für die 6000 Parteifreunde die massgebenden Vorschläge aufstellt, sei von 300 Mitgliedern, darunter 100 Ausländer, besucht. Die Ausländer und die Jungburschen verfügen zusammen über 160, die anderen Schweizer nur über 140 Stimmen, dann gelingt es den 160, unter denen wiederum die 100 die entscheidende Rolle spielen, eine Liste nach ihrem Herzen aufzustellen, und sämtliche 6000 müssen dann nach ihrer Pfeife tanzen“<sup>14)</sup>).

Der Internationalismus der Arbeiterparteien stützt sich auf die These vom Internationalismus des Kapitals. Diese zu vertreten, sind die Arbeiter und ihre Vertreter nicht müde geworden.

Der internationale, ja antinationale Charakter des Kapitalismus und der diesen vertretenden Klassen wurde indes nicht nur von den Sozialisten betont. Auch die Konservativen wurden, insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach dem Auftreten der jungen Industrie, nicht müde, auf denselben Punkt hinzuweisen. Der Freiherr von Vogelsang meinte spöttisch, das Kapital sei vorurteilslos, es kenne weder Patriotismus noch Nationalität. Er bekämpfte selbst das System der Schutzzölle, das man nur zu Unrecht ein System des Schutzes der nationalen Arbeit nenne, da ihm dazu doch die Hauptsache fehle, und es im Grunde nichts als ein Schutz der nationalen Spekulation und Arbeitsausbeutung an Stelle der internationalen sei; denn auch die Arbeiterklasse gehöre zur Nation, und eine wahrhaft nationale Wirtschaftspolitik müsse also auch ihr zu Nutzen ausschlagen<sup>15)</sup>. Noch nach dem Deutsch-französischen Kriege nagelte der konservative Abgeordnete Diest-Daber<sup>16)</sup> die Tatsache fest, dass sich gerade die Söhne der reichen Industrie- und Handelsherren durch Bestechung und allerhand andere unerlaubte Mittel in hohem Umfange der vaterländischen Dienstpflicht im Heere zu entziehen wüssten. Das ginge so weit, dass ein industrieller Kreis, der ungefähr 140 000 Einwohner zählte, jährlich insgesamt nur fünf Einjährig-Freiwillige stelle. Bei der angesagten Untersuchung über diese Fälle versuchten die Industriellen, den Landrat des Kreises zu Fall zu bringen. Auch sonst gelangte der antikapitalistische Charakter der Konservativen häufig zur Geltung: in ihrer mit aus nationalen

<sup>14)</sup> *Basler Nachrichten* vom 23. Oktober 1917, Nr. 534.

<sup>15)</sup> *Wiard Klapp*: Die sozialen Lehren des Freiherrn Carl von Vogelsang. St. Pölten 1894, Chamra, S. 542 u. 549.

<sup>16)</sup> *Otto von Diest-Daber*: Geldmarkt und Sozialismus. Einzelne Schlaglichter auf die innere Politik des Fürsten Bismarck. Berlin 1875, Puttkamer, S. 75 ff.

Gründen geborenen Gegnerschaft zur Börse, ja ursprünglich selbst zu den Aktiengesellschaften<sup>17)</sup>. Auch der Hass gegen das Judentum entspringt aus der Annahme, dass dieses als die vollendetste Synthese von internationalem, mobilem Kapital und fremder Rasse angesehen werden könne.

Der Satz, dass, wer in der Heimat kein gutes Auskommen habe, auch nicht zu Vaterlandsliebe verpflichtet werden könne, war so zwingend, dass er selbst in linksbürgerlichen Kreisen anerkannt wurde. Ein Hungernder kann sich am Ruhme der vaterländischen Geschichte nicht sättigen<sup>18)</sup>. „Will man Vaterlandsliebe wecken und reichstreue, zufriedene Bürger erziehen, so Sorge man vorerst für eine Mündigkeitserklärung des Volkes, bekämpfe das Trennende der Stände und Klassen, pflege die Gaben des Herzens und Gemütes, lasse Wohlwollen walten gegen die Unterstellten, vermeide jede geistige Überbürdung der Beamten, befreie vor allem die Herzen von Menschenfurcht<sup>19)</sup>.“ Die Schlussfolgerung für die Gegenwartzeit zog der Wiener Denker Lynkeus mit seiner Negierung des Staates als Selbstzweck. Unter allen Selbstbestimmungsrechten sei das über Leib und Leben das wichtigste. Im Kriegsfall solle deshalb jeder Wehrpflichtige durch seine Unterschrift anerkennen, ob er den Staat, dem er angehört, als wichtig und den Anlass zum Kriege, den er mitmachen soll, als ernst genug betrachte, sein Leben daranzusetzen, widrigenfalls er des Kriegsdienstes entoben sei<sup>20)</sup>.

## II.

Die Theorie von der Vaterlandslosigkeit des Proletariats ist älter als das moderne Proletariat selber. In seinem, 1780 erschienenen, bedeutenden rechtsphilosophischen Werk über die Wissenschaft der Gesetzgebung hatte der einer alten herzoglichen Familie entstammende Neapolitaner Gaetano Filangieri schon den Satz aufgestellt, dass, wer weder Grundbesitz (fondo) noch Familie besäße, auch kein Vaterland habe. Seine Theorie gipfelte geradezu in der Notwendigkeit, im Staatsleben durch eingreifende Reformen auf dem Gebiet des Eigentumsrechtes und des öffentlichen Erziehungswesens die Basis zur Entstehung einer Vaterlandsidee vorzubereiten. Wenn er dem Gesetzgeber den Rat gab, die natürliche Ungleichheit der Menschen in ihren Wirkungen auf das äusserste Mass zu beschränken, wenn er für die Abschaffung der Söldnerheere eintrat, wenn er sich für allgemeine Schulpflicht einsetzte, so geschah das eben zu dem ausgesprochenen Zweck, das Volk zu befähigen, den Vorteil der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Land, seinem Vaterland, zu begreifen<sup>21)</sup>.

Die Nationalökonomien selbst erblickten schon zu Beginn der industrialistischen Ära kräftige Ansätze einer Entwicklung, welche das Fabrikproletariat zu einem höchst unsicheren Wächter des Vaterlandsgedankens und der vaterländischen Wohlfahrt werden lassen sollte. Und zwar lagen die Ursachen dafür in der

<sup>17)</sup> Oskar Stille: Die politischen Parteien. Bd. I: Die Konservativen. Leipzig 1908, Klinkhardt. S. 150 ff.

<sup>18)</sup> Erdmann Schäfer: Die Erziehung der deutschen Jugend im Auslande. Leipzig 1900, Gerhard. S. 9/10.

<sup>19)</sup> Ludwig Gurliitt: Der Deutsche und sein Vaterland. 6. Auflage, Berlin 1903, Wiegandt und Grieben. S. 17 u. 131. Georg von Gizycki: Vorlesungen über soziale Ethik. Berlin 1895, Dümmler.

<sup>20)</sup> Josef Popper (Lynkeus): Fundament eines neuen Staatsrechts. Dresden 1905, Riessner. S. 56. (Auch schon in Popper: Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben, 3. Auflage, Dresden 1903. S. 238 ff.)

<sup>21)</sup> Gaetano Filangieri: La Scienza della Legislazione. Livorno 1827. Vol. V, p. 31-34.

Rückwirkung der neuen Arbeitsmethoden auf die geistige Verfassung der Arbeiter. Die durch die übertrieben arbeitsteilige Funktion des modernen Proletariats in der Wirtschaftstechnik erzeugte Monotonie und Überanstrengung machten es bereits Adam Smith zufolge zu jedem rationellen Denken und zur Empfindung edleren Gefühls unfähig. Das gelte nicht nur für die pflichtgemässe Führung seines Lebens, sondern zumal auch für seine Beziehungen zu den Interessen seines Landes. Auf diese Weise gelangte Smith selbst dazu, Zweifel daran zu äussern, ob der Proletarier noch zur militärischen Verteidigung des Vaterlandes fähig sei<sup>22)</sup>. Ähnliche Bedenken machte auch ein italienischer zeitgenössischer Nationalökonom von Fach, Pietro Verri, geltend, der mächtig seine warnende Stimme erhob, um die Staatslenker vor der Überschätzung der Grossstädte und vor der Vernachlässigung des flachen Landes zu warnen. Denn besser als das städtische Proletariat seien die Bauern zur Landesverteidigung geeignet. Einmal wegen der Art ihrer Lebensführung, dann aber auch aus militärischen Gründen, da eine dünne Bevölkerung der Fremdherrschaft grössere Hindernisse in den Weg stelle als die militärisch mühelos zu beherrschenden volkreichen Zentren<sup>23)</sup>. Das gelte besonders für Italien, während sich das vom Meer umgürtete und verteidigte England den Luxus der Bildung gewaltiger Arbeiterstädte eher zu leisten vermöchte<sup>24)</sup>.

Freilich blieb die Kontroverse offen. Industrialistische Nationalökonomien hielten umgekehrt mit guten Gründen die ackerbaureibenden Völker a priori für schwach und unpatriotisch, für wohlfeile und willenslose Beute stärkerer Nachbarn, die gewerbetreibenden Völker dagegen für fähig, einen starken Staatshaushalt zu schaffen, und somit Stolz und Energie in der Verteidigung ihrer aufgestapelten Güter aufzuweisen<sup>25)</sup>. Für die Gültigkeit dieser Erkenntnis spricht massenpsychologische Beobachtung. In grösseren Verbänden bedarf der moderne Patriotismus vor allem der grossen Massen; er setzt den leichten Kontakt und die psychologische Feinfühligkeit der Bevölkerungen grosser Städte voraus. Zur schnellen Gefühlsüberleitung, zur psychischen Kontagion ist enges Zusammenleben erforderlich. Daher die wiederholte Erfahrung von der Lässigkeit in allen das Vaterland betreffenden Dingen seitens der Bauernschaft. In der italienischen Befreiungsgeschichte z. B. hat diese so gut wie nicht mitgemacht. Auch im siebenziger Krieg wurde das Verhalten der Bauern in Frankreich ganz allgemein, von Bakunin bis zu George Sand und zu Alphonse Daudet, als unpatriotisch bezeichnet.

Das Phänomen der Auswanderung, die Gleichgültigkeit, mit welcher der Bauer sich des Vaterlandes entledigt und die von den Vätern ererbte Scholle im Stich lässt, ist bisweilen ebenfalls als Beweis dafür angesehen worden<sup>26)</sup>, dass es stärkere Interessen gäbe als das politisch organisierte Zusammenleben in einem bestimmten Raum<sup>27)</sup>. Pessimisten verneinen sogar, die Berechtigung des

<sup>22)</sup> Adam Smith: *Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 3. Auflage. London 1826, Dove Seite 732, 733.

<sup>23)</sup> Pietro Verri: *Meditazioni sull' Economia politica*. Torino 1852, Tipografia economica, p. 82.

<sup>24)</sup> Giuseppe Pecciolio: *Storia della Economia pubblica in Italia*. Torino 1852, Tipografia economica, p. 131.

<sup>25)</sup> M. Ch. Qaüth: *La Théorie de l'Économie Politique fondée sur les faits résultants des statistiques de la France et de l'Angleterre*. Paris 1815, Deterville. Vol. I, p. 322.

<sup>26)</sup> Steffen: *Demokratie in England*. Jena 1911. Diederichs, S. 87.

<sup>27)</sup> Franz von Holtzendorff: *Eroberungen und Eroberungsrecht*. Berlin 1872, Lüderitz. S. 23.

Patriotismus solange leugnen zu dürfen, als nicht bewiesen werden könne, dass die dem Vaterland den Rücken kehrenden Auswanderer niedrig denkende Menschen seien<sup>28)</sup>.

Im Widerspruch zu den Ansichten, welche das Proletariat als dem Internationalismus verfallen erachteten, steht Goethes Meinung, der Nationalhass sei in den untersten Stufen der Kultur am stärksten und heftigsten ausgeprägt, während es eine weitere Stufe gäbe, wo er ganz verschwinde, und wo man gewissermassen über den Nationen stehe und ein Glück oder ein Wehe des Nachbarvolkes, als wäre es dem eigenen begegnet, empfinde<sup>29)</sup>.

Ähnliche Gesichtspunkte brachte in den Begriff des Patriotismus bereits der orthodoxe Nationalökonom Pellegrino Rossi hinein, der, obgleich Italiener von Geburt, als Professor in Genf Schweizer Bundesrat wurde (1832). In seinem Entwurf der Schweizerischen Bundesurkunde führte er zur Begründung seines Antrages auf gleichzählige Vertretung aller Kantone in der Tagsatzung an, der Arme verteidige seine Hütte vielleicht mit grösserer Standhaftigkeit als der Reiche seinen Palast<sup>30)</sup>. Der kriegerische Mut und die Bereitwilligkeit zur Vaterlandsverteidigung richteten sich ausserdem nicht nach der Grösse und nach der Einwohnerzahl noch nach dem Reichtum der einzelnen Kantone, sondern nach ihrer besonderen geographischen Lage. Viele, den verschiedensten Weltanschauungen angehörige Männer der vierziger Jahre waren von der gleichen Überzeugung durchdrungen. Auch Michelet zufolge sind die Armen bessere Patrioten als die Reichen. Sie lieben ihr Vaterland nur aus Leidenschaft und aus Pflichtgefühl. Die Nationalität ist wie die Geologie; je tiefer gegraben wird, desto heisser ist das Erdinnere<sup>31)</sup>. Ein Anhänger des Louis Blanc'schen Sozialismus, François Vidal, begegnete dem gegen das Proletariat seinerzeit erhobenen Vorwurf der Vaterlandslosigkeit mit dem Hinweis darauf, dass eben das Proletariat von einer geradezu rührenden Vaterlandsliebe ergriffen sei: niemand empfände mehr Sehnsucht nach dem Ort, dem Haus, dem Walde, trotzdem es an ihnen keinen Besitzanteil habe. Um dieses fremde Gut zu verteidigen, gäbe es selbst sein Leben hin. Der armseligste Araber schläge alle Reichtümer der Kultur aus, um nur seine vaterländische Sandwüste nicht verlassen zu müssen<sup>32)</sup>. (Schluss folgt.)

<sup>28)</sup> Carl Gustav Jochmann: Reliquien. Aus seinen nachgelassenen Papieren. Hechingen 1836—1838, Ribler. Bd. III, S. 187.

<sup>29)</sup> Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. Leipzig 1884, Reclam. Vol. II (1828—32), p. 223; vergl. auch Wilhelm Bode: Meine Religion und mein politischer Glaube. Zwei vertrauliche Reden von J. W. v. Goethe. Berlin 1899, Mittler, S. 48/49; ähnlich auch bei einem modernen Nationalökonomenv. Alfredo Pareto: Manuel d'économie politique. Paris 1909, Giard, p. 90.

<sup>30)</sup> Pellegrino Rossi: Bericht über den Entwurf einer Bundesurkunde, erstattet an die eidgenössischen Stände von der Kommission der Tagsatzung, beraten und beschlossen den 15. Christmonat 1832. Zürich 1833, Orell Füssli. S. 94/95.

<sup>31)</sup> Jules Michelet: Le Peuple. Genève 1846, Fallot, p. 98.

<sup>32)</sup> François Vidal: Economie Sociale: De la Justice Distributive. La Revue Indépendante. Vol. XIX, 10 Mars 1845, p. 79.

# DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHE SINN DER GEWERKSCHAFTEN

Von ERIK NÖLTING (Frankfurt a. M.)

Alles wirtschaftliche Geschehen kann grundsätzlich unter zwei Gesichtspunkten angeschaut werden, wodurch sich abweichende Forderungen und Stellungnahmen ohne weiteres ergeben. Nennen wir den einen Gesichtspunkt den produktivistisch-profitwirtschaftlichen, so ist die zugrunde liegende Auffassung die, dass alle Wirtschaft den Zweck hat, zu möglichst grossen Produktionsresultaten auf der einen, zu möglichst profitlichen Rentabilitätsergebnissen auf der anderen Seite zu führen. Weil ein breiter Kapitalfonds allein den gedeihlichen Ablauf des Wirtschaftsprozesses ermöglicht, weil zur notwendigen Ausweitung der Wirtschaft neben der Reproduktion der Kapitalbasis eine ständige Neubildung von Kapital (kapitalistische Akkumulation) hergehen muss, gipfelt diese Betrachtung stets in der Forderung des „Kapitalschutzes“. Dieser erstrangigen Forderung gegenüber sind alle anderen sozialen und humanitären Interessen zurückzustellen. Seefahrttreiben tut not, Leben ist nicht notwendig — diese Devise steht als prägnanter Ausdruck kapitalistischer Empfindungsweise über einem Lübecker Reederhaus. Die wirtschaftlichen Belange gehen den sozial-ethischen voran. Es hat keinen Zweck, das „Wie“ der Wirtschaft zu ordnen, ohne dass vorher das „Was“ und das „Ob“ der Wirtschaft ihre Regelung gefunden haben. Wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot, sagt ein altes Sprichwort. Übersetzt in die Sprache der Ökonomie, will dieses Wort bedeuten, dass es nutzloses Tun wäre, auf dem Scherbenhaufen einer zerborstenen Wirtschaft über soziale Gerechtigkeit zu philosophieren. Das Proletariat, sagt Marx, existiert nur als Mittel der Reichtumsvermehrung der Bourgeoisie. „Nur mit ihrer Erlaubnis können sie (d. h. die Proletarier) arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.“ Da aber jede Neubildung von Kapital nur auf der Grundlage erzielten Profits erfolgen kann, so liegt es im wohlverstandenen Interesse aller Wirtschaftsbeteiligten, dass zwischen produktiven Gestehekosten und Marktpreisen in der Hand des Unternehmers eine genügende Gewinnspanne bleibt, die zu Akkumulationszwecken verwandt werden kann. Diese Spanne wird um so grösser sein, je mehr es gelingt, die Gestehekosten herabzusenken. Ein wesentlicher Kostenfaktor der Produktion aber ist der *Lohn*. Der Unternehmer als Vertreter der gesamtwirtschaftlichen Interessen ist also angehalten, dieses Kostenelement zu senken, d. h. durch Lohndruck den Kaufpreis der Ware Arbeitskraft niedrigzuhalten. Gewerkschaftliche Proteste sind blutige Ignoranz oder engstirnige Sabotage, verübt gegen die Idee der allgemeinen ökonomischen Wohlfahrt. Der Druck auf die Löhne ist ein Mittel des Kapitalschutzes. So argumentiert die bürgerliche Nationalökonomie, seit die klassische Schule die *Lohnfondstheorie* in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Betrachtung rückte, und die harten Schmiedemeister des Kapitalismus haben diese Lehre aus gedanklicher Theorie in rauhe Wirklichkeit zu übersetzen verstanden.

Demgegenüber haben gewerkschafts- und arbeiterfreundlich eingestellte Volkswirte seit je eine andere Auffassung der Wirtschaft zu entwickeln und zu begründen versucht, die man als „Menschenökonomie“ einer einseitigen Waren- und Unternehmerökonomie entgegenstellte. Das Mass aller Dinge, so lehrt diese sozialreformerisch und sozialethisch eingestellte Schule, ist der Mensch. Nicht Profitrücksichten und Kapitalinteressen sind die Leitziele, ausschlaggebend sind der Mensch und seine Bedürfnisse. Sein Glücksverlangen, sein Drang nach Lebenserfüllung und Lebenswürde, seine Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sind die Oberwerte, denen sich die wirtschaftlichen Wertungen zu beugen haben. Nicht Reichtumserzeugung, sondern menschliche Wohlfahrt ist das Ziel, dem die Wirtschaft in freiwilliger Unterordnung als Mittel zu dienen hat. Gegenüber kapitalistischem Zahlenfieber und Ziffernrekord verwies man auf die kulturellen und seelischen Verwüstungen dieser Wirtschaftsweise, liess die Zahlen der kriminellen Statistik und der sozialen Verelendung als erdrückende Schuldbelege aufmarschieren. Gegen das nüchterne Wirtschaftskalkül stellte man das Pathos der Ethik. Einem unausgesetzten Drängen nach Wirtschaftsmehrung und kapitalistischer Expansion gegenüber verwies man auf die Notwendigkeit, die Seele und die Menschenwürde des Arbeiters zu retten im rasenden Produktionsprozess. Letzten Endes ist es die alte, bohrende Gewissensfrage, die an alle blossen Zivilisationswerte immer wieder herantritt, was es hilft, eine Welt zu gewinnen, wenn die Seele dabei Schaden nimmt.

So stehen Warenökonomie und Menschenökonomie, die produktionsistische und die ethische Auffassung des Wirtschaftslebens feindselig gegeneinander. Zahlentabellen drüben, ethische Deklamationen auf der andern Seite: Ist es ein Wunder, dass man trotz endloser Debatten nicht vom Fleck kam? Ist es möglich, einen Kampf zu Ende zu bringen dadurch, dass man ihn auf ein anderes Feld verlegt? Für die öffentliche Meinung aber wurden die Gewerkschaften mit einem odösen Vorurteil belastet. Brave Menschen, aber schlechte Musikanten, könnte man in kurzer Formel sagen, reine Toren, aber ungeschickte Kinder im wilden Wald der Welt, wo niemals ethische Schwärmerei als Kompass dienen kann. In die Sprache des Herrn Stresemann übersetzt: Mit solchen Leuten kann man keine praktische Volkswirtschaftspolitik treiben, weil sie noch nicht einmal das Abc aller Wirtschaftspolitik begriffen haben, dass die Fabrikschlote rauchen müssen, bevor wir uns über die Verteilung des Arbeitsertrages nach ethischen Gesichtspunkten unterhalten können. Die menschliche Arbeitskraft sei keine Ware, ihr eignet eine höhere Würde als den toten Dingen! Ja, hebt man die Gesetze der Wirtschaft auf durch moralische Proteste?

Es ist ein Beweis für die Erstarkung und Vertiefung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, dass sie dem Gegner in sein Operationsfeld nachzufolgen und eine Auseinandersetzung vom Standpunkt der gegnerischen Prämissen anzubieten wagte. Die bloss gesinnungsmässige Haltung gegenüber der Welt ist schliesslich, zumal in ökonomischen und politischen Dingen, doch noch ein Rest von Utopie, ebenso wie die bloss ethische Betrachtung der Volkswirtschaft und des Staates doch nur ein Vorstadium ist. Die ganze Fluchwürdigkeit der kapitalistischen

Ordnung von einem ethischen Zentrum ausserhalb der Welt mit grosser und anklagender Geste darzulegen, ist unendlich viel leichter, als die Konflikthaftigkeit und widersprechende Logik dieser Ordnung innerhalb ihres eigenen Bereiches nachzuweisen. Niemals aber haben Erlösungen von aussen her, immer nur haben Überwindungen von innen her missliebige Tatsachen und Zustände aus der Welt geschafft. Nicht ethische, nur volkswirtschaftliche Kritik, die das produktivistische Wirtschaftsergebnis als entscheidendes Kriterium gelten lässt, trifft an den Lebensnerv dieser Ordnung, die nicht stürzt, wenn sie als ethisch anrühlich, sondern wenn sie als wirtschaftlich unpraktikabel und widerspruchsvoll nachgewiesen ist.

Der Kernsatz der oben dargelegten Unternehmerökonomie ist, dass die Arbeit für den Unternehmer, der sie wie die andern Produktionselemente auf dem Markt nachfragt, ein Kostenelement bedeute, das aus Gründen privatwirtschaftlicher Rentabilität zu einem möglichst niedrigen Einkaufssatz erworben werden müsse. Diese Auffassung ist zunächst durchaus einleuchtend, denn vom Standpunkt der Betriebswirtschaft muss die Arbeit zunächst als Betriebsstoff erscheinen, genau wie sie vom verrechnungsmässig-buchhalterischen Gesichtspunkt als Kostenfaktor auftritt. Die Frage ist nur die, ob eine Analyse, die die Arbeit vom betriebstechnischen Standpunkt als Produktionsfaktor, vom erfolgswirtschaftlichen Verrechnungsstandpunkt als Kostenfaktor wertet, als vollständig angesehen werden kann, oder ob nicht vielleicht eine dritte ebenfalls mögliche und sogar sehr wesentliche Betrachtungsweise ausser acht geblieben ist. Sehen wir von jenen Zusammenhängen ab, auf die die sozialpolitische Schule der Nationalökonomie oftmals verwiesen hat, dass eine bessere Entlohnung zu grösseren Leistungen gewillt und befähigt mache, womit die Mehrausgabe im Lohn im vergrösserten Produktionsresultat wieder erscheine und sich hierdurch aufhebe, ja in vielen Fällen bis zu einer für die einzelnen Produktionsrichtungen näher zu bestimmenden Optimalgrenze sich überkompensiere; sehen wir ferner von jenen andern Zusammenhängen ab, dass hohe Löhne ein Anreiz zur Beschaffung und Vervollkommnung einer technisch leistungsfähigen, arbeitssparenden Maschinerie sind, deren Verwendung erst dann vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus rentabel wird, wenn die ersparte menschliche Arbeitskraft zugleich eine Ersparung so erheblicher Lohnsummen bedeutet, dass Anschaffungskosten und Amortisationsquoten der maschinellen Apparatur aus ihr gedeckt werden können. In gleicher Linie liegt, dass hohe Löhne zu rationellerer Betriebsorganisation in mancherlei Hinsicht zwangsläufig drängen, wodurch ebenfalls eine Kostenersparung eintritt, so dass der höhere Lohn die Akkumulationsquote nicht gefährdet. Sicherlich wird durch diese höchst bedeutsamen Gegenargumente bereits eine böse Lücke in die Logik der Unternehmerökonomie gerissen, die die Arbeit nur als Kostenfaktor, nicht aber zugleich auch als entwicklungsfähige Leistungsquelle gelten lassen will, deren Ertragsfähigkeit vom Lohnanreiz sehr bestimmend abhängt.

Wesentlicher als alle diese Gegengründe erscheint aber für die hier bezweckten Betrachtungen, dass eine *dritte* Seite der Arbeitskraft und des Arbeiters von der geschilderten ökonomischen Auffassungsweise völlig übersehen wird, eine Eigen-

schaft, die neben die kostenverursachende und leistungsherstellende Seite der Arbeit tritt: ihre *Verbraucherseite*. Es ist ebenso bezeichnend, dass die Verbraucherkfunktion des Arbeiters bei den um das Lohnproblem geführten Debatten solange im Hintergrund bleiben konnte, wie es bezeichnend ist, dass die aus eben dieser Verbraucherrolle sich ergebenden Konsequenzen jetzt überall in die Vorderlinie des Interesses einrücken. Während die Arbeiterschaft stark auf die Distributions- und Konsumtionssphäre des volkswirtschaftlichen Prozesses eingestellt war, hatte das Unternehmertum lange Zeit eine ausschliesslich produktivistische Orientierung. Solange der europäische Kapitalismus sein Überschussprodukt mühelos an den Nigger verschleissen, solange er es mit mehr oder minder imperialistischem Nachdruck abhängigen Völkern aufdrängeln konnte, bot der Absatz kein sonderliches Problem. Erst mit der Versteifung der ausländischen Märkte, mit der zunehmenden Industrialisierung der aussereuropäischen Welt, die sich immer hartnäckiger weigert, noch fernerhin zu den alten Bedingungen unser Rohstoff- und Lebensmittellieferant auf der einen, der Abnehmer der auf den europäischen Märkten nicht absetzbaren Ramschware auf der andern Seite zu sein, tritt das Absatzproblem für unsere Industriewirtschaft in seiner schreckhaften und atemraubenden Gefährlichkeit heraus. Erst jetzt kommt uns eine Ahnung, was es bedeutet, dass wir unsere weltwirtschaftliche Expansion mit der Zerstörung der Kaufkraft unseres inländischen Marktes bezahlt haben. Um billiger vor dem Nigger zu sein, und um uns den nachbarlichen Konkurrenten vom Halse zu halten, setzten wir unsere einheimische Arbeiterschaft unter Lohndruck und drosselten ihre Kaufkraft, ohne zunächst zu bemerken, dass wir damit das natürliche Hinterland für unsere hochgetriebene Industrieproduktion verloren. Solange wir durch ständige Extensivierung und Hinausschiebung unserer Fernmärkte die mit der industriellen Entfaltung nicht Schritt haltende Intensivierung unseres Inlandmarktes verdecken konnten, mochte es angehen. Jetzt aber stehen wir vor einer ökonomisch zusammengeschrumpften Welt, auf die sich der plötzlich zu gross gewordene Produktionsapparat durch Stilllegungen, Arbeiterentlassungen, Kurzarbeit und Konkurse einrichten muss. Dennoch drückt auf dem geschwächten Markt, den die Raubprozesse der Inflation noch besonders verheerten, das Überangebot von Waren auf den Preis, so dass einmal trotz aller Widerstände und gegenseitigen Vereinbarungen die Marktpreise herab müssen. Damit aber sinkt alsdann die Differenz zwischen Gestehungs- und Absatzkosten, und der auf Grundlage des Lohndrucks künstlich betriebene „Kapitalschutz“ bricht in sich zusammen. Die unzerstörbaren Gesetze der Marktwirtschaft richten sich gegen die, die glaubten, sie zu ihren Gunsten ausser Kurs setzen zu können. Man kann nicht den Lohnempfänger im Arbeiter treffen, ohne auch zugleich den Konsumenten in ihm zu schädigen. *Als Konsument aber gibt der Arbeiter durch Reduzierung seiner Kaufkraft den erlittenen Schlag an die Gesamtwirtschaft zurück.*

Noch in einer anderen Weise wird das Einfrieren des Inlandmarktes für die Kapitalbildung verhängnisvoll. Die Akkumulationsquote wird abgezweigt vom Unternehmergewinn. Dieser aber setzt sich aus zwei Faktoren zusammen: Rein-

gewinn pro Stückerinheit multipliziert mit der Stückzahl des Gesamtabsatzes. Von diesen beiden Faktoren ist der erste umgekehrt und der zweite direkt proportional der Grösse der ausbezahlten Lohnsumme. Nun kann das Produkt sich in seiner Gesamthöhe behaupten, auch wenn einer der beiden Faktoren zurückgeht, wenn nur der andere in entsprechender Weise anwächst, d. h. auch wenn die Gewinnspanne bezüglich der Stückerinheit fällt, kann dennoch der Gesamtgewinn gehalten werden bei entsprechender Ausweitung des Absatzes. „Grosser Umsatz — kleiner Nutzen“ bringt diesen Zusammenhang in der Kaufmannsprache des Alltags zum Ausdruck. Wird das Unternehmertum vom Absatz abgedrängt, so wird es zwangsläufig versuchen, durch Druck auf das personale Kostenelement Lohn den Erlös für die Stückerinheit gewinnbringend zu gestalten. Dabei bleibt aber zu beachten, dass die *sachlichen* Gestehungskosten in enger Verbindung mit dem Gesamtumfang der Produktion stehen. Jeder Betrieb ist auf eine bestimmte Vollnutzung eingestellt, jenseits deren sich die Gewinne nach beiden Seiten senken, d. h. sowohl wenn das Produktionsoptimum nicht erreicht, als auch wenn es überschritten wird. Das aber ist die gegenwärtige Situation der deutschen Industriewirtschaft, dass sie durchweg nur mit Unternutzung zu arbeiten vermag, weil der durch Überpreise und Unterlöhne geschwächte Markt die Aufnahme grösserer Produktionsmassen verweigert. Damit aber hebt sich der Preis der andern sachlichen Kostenfaktoren des Produktionsprozesses, und auch der stärkste Druck auf den einen Kostenfaktor Lohn vermag die Tendenz der wachsenden Gestehungskosten nicht in eine rückläufige Bewegung zu verwandeln, ganz abgesehen davon, dass der Lohndruck die Chancen für jede kommende Produktionsreihe immer ungünstiger gestaltet.

Somit ist eine der entscheidenden Antinomien des kapitalistischen Produktionsprozesses blossgelegt worden. Das diese Ordnung tragende Erwerbsprinzip, der ausschliessliche Antriebsmotor dieser ganzen Wirtschaftsorganisation, drängt zwangsläufig danach, durch Lohndruck die Gewinnresultate zu vergrössern. Was für jeden einzelnen Unternehmerproduzenten rentabel ist, bedeutet aber für die gesamte Klasse eine unentrinnbare Sackgasse, weil die Proportionalität zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft innerhalb des volkswirtschaftlichen Prozesses (Goetz Briefs) damit verlorenght. Wie man Stützgebälk in die Stollen eines Bergwerks einfügt, um den Zusammenbruch zu vermeiden, so stemmen sich die gewerkschaftlichen Lohnschutzmassnahmen diesem verhängnisvollen Abrutsch entgegen. Der Kapitalismus gleicht einem raubgierigen Bergherrn, der wohl den Reichtum aus der Erde brechen kann, der aber die fortlaufenden Stützungsarbeiten als zeitraubend und kostspielig solange unterlässt, bis ihn die Katastrophe erreicht. Der Kapitalismus vermochte den Produktionsprozess zu organisieren, er war jedoch nicht in der Lage, den *Verteilungsprozess* in einer für die Gesamtwohlfahrt dienlichen Weise zu steuern. So ist die Gewerkschaft der notwendige Gegenspieler des Unternehmertums, nicht im Sinne der Sabotage, sondern im Sinne einer notwendigen volkswirtschaftlichen Funktionserfüllung, die von der andern Seite nicht geleistet werden kann. *Die Stützung und Aufrechterhaltung des inneren Marktes, der ohne diesen Schutz unter den kapitalistischen Manövrier-*

*methoden zusammenbrechen müsste, das ist der volkswirtschaftliche Sinn der Gewerkschaften.* Erst ihr Gegendruck gewährleistet die kontinuierliche Reproduktion des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses. Dabei ist ihr überzeitlicher Sinn der, durch Einsetzung dieses Gegendrucks nicht nur die ständige Reproduktion dieser Wirtschaftsform zu ermöglichen, sondern zugleich die allmählichen Bedingungen für ihre Überwindung und Auflösung in einem höheren Organisationssystem herbeizuführen.

Es versteht sich von selbst, dass mit der Ausübung dieser volkswirtschaftlichen Funktion der Sinn der Gewerkschaften nicht erfüllt ist. Neben der volkswirtschaftlichen, die hier mit Absicht ausschliesslich hervorgehoben wurde, bleibt ihre alte sozialpolitische und sozialetische Funktion auch künftig fortbestehen. Als dritte aber tritt ihre soziologisch-kulturelle Funktion hervor, dem in der kapitalistischen Wirtschaft in jeder Hinsicht heimatlos gewordenen Arbeitervolk eine neue Heimat zu bieten, indem das entwurzelte und für immer zerstörte *Berufsbewusstsein* in ein neues *gesellschaftliches Organisationsbewusstsein* übergeht. Durch die gewerkschaftliche Organisation wird für den Proletarier in der weiteren Sphäre des gesellschaftlichen Seins ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl begründet und damit ein Komplex neuer Lebenswerte aufgebaut, der ihm in der Sphäre des Berufs verlorenging.

---

## DER SYNDIKALISTISCHE ABWEG

Von CARL MENNICKE

Wenn (wie in den Aufsätzen des Verfassers zum Thema „Arbeitsolidarität“ in den Heften 2 und 8 des vorigen Jahrgangs dieser Zeitschrift<sup>1)</sup> die gegenwärtige Lage so gefasst wird, dass die Arbeiterschaft im Interesse einer Hebung ihrer Kampf- und Gestaltungskraft darauf angewiesen ist, in dem Betrieb selbst zu grösserem Einfluss zu kommen, so legt sich die Auseinandersetzung mit der syndikalistischen Bewegung von selbst nahe. Gewisse Formulierungen in den früheren Aufsätzen könnten geradezu syndikalistisch gedeutet werden. Vergewegen wir uns einen Augenblick die Grundzüge der syndikalistischen Anschauung.

Es ist der Generaleinwand des Syndikalismus gegen die bestehende gewerkschaftliche Organisation, dass sie zentralistisch und gleichsam dem Vorbilde der staatlichen Organisation nachgebildet sei. Diese zentralistische Organisation von oben nach unten lähme allenthalben die eigene Initiative, breche das Verantwortungsbewusstsein der einzelnen und der Gruppen, die immer weniger selbst für ihre Handlungen einstehen, sondern auf die Anweisungen und Parolen der Vorstände und Zentralen warteten, so dass die Tendenz allgemein sei, die Verantwortung gegeneinander bzw. aufeinander abzuschieben. Demgegenüber soll das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben liegen und durchaus auf die innere Aneignung des Arbeitsprozesses gerichtet sein, der be-

<sup>1)</sup> „Die Arbeit“, II. Jahrgang, S. 76 ff. und S. 467 ff.

kanntlich einmal durch die Arbeiterschaft in ganzer Ausdehnung zu übernehmen ist. Und diese innere Aneignung ist ausdrücklich so gedacht, dass die Fähigkeit der Selbstverwaltung in bezug auf alle Arbeitsangelegenheiten immer voller entwickelt wird, so dass die Tatsache, dass der Betrieb der Arbeiterschaft gehört, immer deutlicher in Erscheinung tritt. So ist alle gewerkschaftliche Arbeit Vorbereitung auf die verantwortliche Übernahme und Leitung der Produktion. Damit nicht wieder eine Bureaucratisierung des gewerkschaftlichen Apparats einreißt, damit die Selbständigkeit und eigene Verantwortung der Betriebs- bzw. Berufsgruppen gewahrt bleibt, soll der Zusammenschluss sehr lose sein und das Minimum an Beamtenschaft beweglich. Der Gewerkschaftsbeamte auf Lebenszeit soll nach Möglichkeit verschwinden. Ebenso ist eine Beteiligung der gewerkschaftlichen Führer, überhaupt der gesamten Gewerkschafts- (Arbeiter-) Bewegung an der politischen staatlichen Arbeit abzulehnen. Die entscheidenden Entwicklungen vollziehen sich auf wirtschaftlichem Gebiet. Hier ist alles einzusetzen, was an Aufmerksamkeit und Energie aufgebracht werden kann.

Es scheint mir keines besonderen Nachweises zu bedürfen, dass die syndikalistische Bewegung, nachdem sie in den Jahren nach der Revolution bis etwa Anfang 1924 einen beträchtlichen Aufschwung genommen hatte, der namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu respektablen Bildungen führte, in den letzten Jahren wieder zu vollkommener Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Das heisst nicht, dass in der Arbeiterschaft nicht immer wieder syndikalistische Tendenzen auftauchen und syndikalistische Propaganda Anklang findet, wenn auch das Gefühl, dass die Dinge sich durch eine energische „direkte Aktion“ von heute auf morgen entscheiden könnten, fast allenthalben geschwunden ist, so dass also der psychologische Ansatzpunkt an dieser Stelle fehlt. Dagegen ist in einer Lage wie der gegenwärtigen das Gefühl sehr stark entwickelt, dass der Partei- und Gewerkschaftsapparat nicht recht arbeitet, dass von der Führung keine Energie entfaltet wird usw. Und wie man weiss, sucht das allgemeine Bewusstsein die Gründe immer zuletzt in der Lage (hier also der wirtschaftlichen Lage), sondern zunächst immer in persönlichen und organisatorischen Mängeln. Daher findet die syndikalistische *Kritik* zweifellos vielfach williges Gehör. Aber gleichwohl kann keine Rede davon sein, dass solche kritischen Unzufriedenheiten wesentliche organisatorische Konsequenzen hätten. Eine lebendige syndikalistische Gruppe ist der Natur ihrer Voraussetzungen nach immer eine Ausnahmeerscheinung. Zu einer allgemeineren Entfaltung kann eine echte syndikalistische Bewegung immer nur vorübergehend in Zeiten wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Erschütterungen kommen. Es ist interessant, festzustellen, dass in der Zeit der achtundvierziger Revolution „syndikalistische“ Gedanken ebenfalls zu Einfluss und Bedeutung gekommen sind, wenn sie auch dem damaligen Stande der Produktionsverhältnisse entsprechend ganz andere Akzente und ganz andere Namen hatten.

Nach alledem ist der syndikalistische Abweg eigentlich ebensowenig eine wirklich *ernste* Gefahr wie der romantische. Und doch ist natürlich die Aufgabe gestellt, ihn gleichsam grundsätzlich zu überwinden. Nicht nur, weil Störungen

von daher jedenfalls immer wieder zu erwarten sind, sondern vor allem, weil es gilt, die aktiven Kräfte, die sich in solchen Äusserungen verzetteln, für positive Arbeit zu sammeln und fruchtbar zu machen.

Um dem Fragenkomplex, der mit diesen Ausführungen aufgerollt ist, in seiner ganzen Breite gerecht zu werden, soll folgende allgemeine soziologische Erwägung eingeschaltet sein. Der Mensch der früheren Jahrhunderte (man kann ruhig sagen: bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts hinein) lebte im allgemeinen in übersehbaren Kreisen und Gruppenverbänden. Durch diese Kreise und Gruppen, in denen er sich vorfand, waren im allgemeinen Gang und Art seines Lebens vorgezeichnet. Er hatte nicht nur seelischen Halt an diesen Verbänden, sondern empfing von ihnen auch alle entscheidenden Impulse und Bestimmungen für sein gesellschaftliches Verhalten. Sein Leben hatte nicht nur Nähe und Wärme und Gegenwart von daher, sondern auch innere Bestimmtheit und Formcharakter.

Mit der rapiden Vermehrung der Bevölkerung ist dieses (man kann sagen früher allenthalben normale) Lebensverhältnis weithin geschwunden. Namentlich der moderne Grosstädter lebt schlechthin anders. Er gehört keinen solchen Verbänden an, denn weder die Hausgemeinde noch die Arbeitskollegenschaft stellen etwas Ähnliches dar. Der Mensch ist durchweg auf sich selbst gestellt und hält nur deshalb eine gewisse Linie im Leben ein, weil ihm durch seine materiellen Einkünfte die allerbestimmtesten Schranken gezogen sind. Wie oft, namentlich durch jüngere Grosstädtermenschen, diese durch die Verhältnisse vorgezeichnete Linie nicht eingehalten wird, ist allgemein bekannt. Die Ausbrüche aus den engen Schranken haben sich zudem in den letzten Jahren ausserordentlich gehäuft.

Es ist vollkommen natürlich, dass alle Versuche des also gestellten modernen Grosstadtmassemenschen, seine Lage zu ändern, zunächst darauf gingen, die ihm gezogenen engen Schranken zu erweitern. Der moderne Arbeiter will sich zunächst einmal Spielraum erkämpfen. Dazu hat er sich sozusagen seine Organisationen geschaffen. Und es verdient, immer wieder einmal zum Bewusstsein gebracht zu werden, dass dieser Kampf, die Enge der Schranken in der Anfangszeit der Industrie angesehen, keineswegs vergeblich gewesen ist.

Aber der Mensch lebt nicht vom Spielraum allein, er muss ihn auch füllen können. Und deshalb muss an einer bestimmten Stelle in der Entwicklung das innere Ungenügen an der Organisation durchbrechen und der Wille zur verantwortlichen Beteiligung in Erscheinung treten. Sicher ist es unsinnig, die Vorstellung zu hegen, als könne man zu den übersehbaren, direkt erlebbaren, von Nähe und Wärme erfüllten Arbeitsgruppen der alten Zeit zurück. Der romantische Abweg ist ein Irrweg. Und ebenso unsinnig ist die Vorstellung, als könne die für die moderne Industrie charakteristische unübersehbare Arbeitsgruppe, der persönliche Füllung und verantwortliche Bindung ihrer Natur nach fehlen, sich diese Eigenschaften durch eine energische Willensanstrengung aneignen. Auch der syndikalistische Abweg ist ein Irrweg. Ganz abgesehen davon, dass von beiden Anschauungen die Notwendigkeiten der übergreifenden Organisation, die das

moderne Massenleben und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse mit sich bringen, verleugnet oder mindestens viel zu leicht genommen werden. Jede auf die unausweichliche Realität der Gegenwart gehende Betrachtung muss beginnen mit der Anerkennung dieser Notwendigkeiten. Die durchgreifende Änderung unserer gesellschaftlichen Lage gegenüber derjenigen bis ins 18. Jahrhundert hinein muss entschlossen zugestanden werden. Und es hat sich ja gezeigt, dass sich die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten gegen noch so bestechliche Parolen und Ideologien auch immer wieder durchsetzen. Aber gerade dabei darf doch das eine unter keinen Umständen übersehen werden: dass nämlich die reine Sorge für die Erhaltung der Existenzbasis bzw. für die Erweiterung der äusseren Lebensschranken in keiner Weise der Lage des heutigen Industriearbeiters gerecht wird. Wenn die Katastrophe nicht schon eingetreten ist, so ist das nur darauf zurückzuführen, dass immer neue Elemente vom Lande her einströmen, die noch gewisse Reserven mitbringen, die sie ihre Lage nicht so klar empfinden lassen. Überall aber, wo das Bewusstsein von der Lage erwacht, bricht das Gefühl des Ungenügens an der Situation durch und findet entweder in Passivität und Resignation oder in „Radikalismus“ und Wühlerei Ausdruck. Die Aufgabe, neben der Wahrnehmung der modernen massenmässigen Wirtschaftsnotwendigkeiten wieder Lebenskreise zu schaffen, in denen der Mensch mit innerer Anteilnahme und Bejahung sich bewegen kann, ist dringend und unabweisbar gestellt, und, wie ich die Dinge sehe, fällt ein gut Teil dieser Aufgabe auf die Gewerkschaften.

Man wird mir einwenden wollen, dass solche neuen Lebenskreise und Lebensformen sich doch eigentlich bilden müssten auf dem Felde der Kulturbewegung, also herauswachsen müssten aus dem Kulturwillen und den pädagogischen Bestrebungen, mit denen die Arbeiterschaft weithin ihre Freizeit ausfüllt. Und ganz unleugbar vollziehen sich auf diesem Gebiete Entwicklungen, die unmittelbar in solche Richtung gehen. Auch ausserhalb des Betriebes hat der moderne Arbeiter ja zunächst keinen Lebenskreis, der seine Lebensleidenschaft wirklich zu fassen und sein innerstes Interesse zu beteiligen vermöchte, da der einzige Restbestand, der von den alten gesellschaftlichen Formen geblieben ist, die Familie, für das Proletariat rein von der wirtschaftlichen Seite her auch bereits tief angefressen ist. Aber namentlich die proletarische Jugend reagiert gegen diese Not aufs kräftigste und hat sich in beruflicher wie in politischer Jugendbewegung eine ganze Reihe Formen und Möglichkeiten geschaffen, die für die verlorengegangenen Formen eine Art Ersatz bieten. Und es wäre nur wünschenswert, dass Partei- und Gewerkschaftsinstanzen diesen Erscheinungen erhöhte Aufmerksamkeit zuwendeten und weitest gehende Förderung zuteil werden liessen.

Aber die Freizeit ist eben durchaus nur die eine Hälfte des Lebens. Und für das Proletariat heute immer noch weithin die kleinere. Und es ist überraschend augenfällig, wie von dem aus, was sich hier im Leben der jungen Menschen ereignet, vielfach ein direkter Einfluss ausgeht auf das beruflich-betriebliche Leben. Es tritt eine Unruhe ein, die sich nach zwei Seiten äussern kann. Bei den einen, die von lebendiger Beziehung und Bewegung erfasst werden, tritt ein Streben in

Erscheinung, aus dem wirtschaftlichen und beruflichen Erwerbsleben herauszukommen und an irgendeiner öffentlichen pädagogischen oder sozialpolitisch-verwaltungsmässigen Arbeit teilzugewinnen. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei vorwiegend um besondere Typen handelt, die bei wirklich freien, rein nach Massgabe der Eignung eröffneten gesellschaftlichen Möglichkeiten denselben Weg gegangen wären. Es ist aber unverkennbar, dass auch eine ganze Reihe Elemente darunter sind, die nur auszubrechen versuchen, weil ihnen das Leben in Beruf und Betrieb keinerlei Entfaltungsmöglichkeiten gibt.

Die andere Form, in der sich die innere Unruhe auswirkt, ist die, dass die jungen Menschen sich in Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit stürzen. Solange dieses Bemühen einen vorwiegend bildungsmässigen Ausdruck findet, d. h. sich äussert in der Teilnahme an Betriebsrätekursen, an Gewerkschafts- oder Wirtschaftsschulen, ist von daher eine gewisse Befriedigung gegeben. Sobald aber die Energie sich dann wirklich rein auf den Betrieb richtet und hier der Einsatz der Kräfte versucht wird, beginnt ein dornenvoller Pfad, auf dem nur allzu viele sich bald wundreissen und erschöpft niedersinken. Diese jungen Menschen fühlen die Notwendigkeit, die lebendige Beteiligung, die sie in ihrer Jugend- oder Kulturgruppe erfahren, auch in den Betrieb hineinzutragen. Sie hören und sehen ja täglich aus den Lebensäusserungen ihrer Arbeitskollegen, dass eine direkte und unmittelbare Beteiligung an der Kulturgruppe auf absehbare Zeit nur für wenige in Frage kommen kann, dass für die meisten ihrer Arbeitsgenossen eben die Arbeit der entscheidende Einflussfaktor in ihrem Leben ist, und dass sie nur soweit bildungsmässig erfasst werden können, als dieses Arbeitsleben selbst bildungskräftig wird. Und eben damit sind wir wieder bei unserem Problem.

Inzwischen ist mir aus allen Erfahrungen und Beobachtungen noch deutlicher geworden als bisher, dass diese Ansätze nur dann zur Ausgestaltung und Auswirkung kommen können, wenn die Gewerkschaften als solche hier aufmerksam werden und ersten pädagogischen Willen zusammen mit angemessener pädagogischer Formkraft entfalten. Wer die entsprechende Arbeit in den Betrieben recht tut, findet sich ganz von selbst auf eine Anlehnung an die gewerkschaftliche Organisation und eine lebendige Fühlung mit ihr angewiesen. Er muss dann aber nur zu oft erfahren, dass die gewerkschaftliche Organisation auf ein solches Bestreben nicht wirklich *lebendig* reagiert, weil sie nicht darauf eingestellt ist<sup>2)</sup>. Dass sie nicht darauf eingestellt ist, ist von Schicksal und Tradition her selbstverständlich. Es wäre für den historischen und soziologischen Betrachter unsinnig, sich darüber aufzuhalten, da die Dinge zunächst gar nicht anders liegen

<sup>2)</sup> Das ist im grossen wie im kleinen so, im grossen insofern, als bisher alle Arbeit der Betriebsräteschulen doch ganz wesentlich das Technisch-Juristische im Auge hat und die sozialpädagogischen Aufgaben der betrieblichen Arbeit kaum berücksichtigt. Es würde sich hier also in erster Linie um eine grosszügige Revision des Lehrprogramms für die Betriebsräteschule handeln. Im kleinen wird die lebendige Reaktion insofern vermisst, als die betreffenden jungen Leute bei den Gewerkschaftsbeamten, an die sie sich in ihren Nöten und Schwierigkeiten wenden, nur selten das volle Verständnis finden. Das wird zum Teil daran liegen, dass es für die meist überlasteten Kollegen unmöglich ist, den Dingen so bis ins einzelne nachzugehen. Es hängt aber doch auch ganz naturgemäss damit zusammen, dass diese Dinge in der bisherigen Praxis der Gewerkschaften kaum vorgesehen waren, und dass weder Blick noch Fähigkeiten dafür ausdrücklich entwickelt wurden. Hier würde es sich also um die Frage handeln, wieweit diese Dinge in dem Bildungsgang des Gewerkschaftsbeamten berücksichtigt werden könnten.

können. Der in der Betriebsarbeit stehende Genosse oder Kollege reagiert aber naturgemäss unmittelbarer, d. h. er *erfährt* einfach die Hemmungen, denen er begegnet, und Energie und Freudigkeit müssen auf die Dauer erlahmen. Mir ist keinen Augenblick bange darum, dass, wenn die Gewerkschaften nur klar und bewusst diese Aufgabe ergreifen wollten, sie bald aus den Reihen der hier geschilderten jungen Menschen Hilfs- und Unterstützungskräfte erhalten würden. Es muss noch einmal betont werden, dass man die Formen, die sich hier entwickeln sollen, nicht konstruktiv vorwegnehmen kann. Von der Organisation her kann zunächst nur der Spielraum geboten werden, natürlich so, dass unter Berücksichtigung aller bisherigen gewerkschaftlichen Erfahrungen bestimmte Richtlinien aufzustellen sind, und dass die gewerkschaftlichen Führer lebendige innere Mitarbeit leisten.

Wenn ich jetzt noch eine besondere Schwierigkeit heraushebe, die mir im Laufe der letzten Zeit immer deutlicher vor Augen getreten ist, so geschieht es, um einmal die Notwendigkeit intensiver und grosszügiger gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit auf diesem Gebiete noch zu unterstreichen, und um anderseits den Nachweis zu führen, dass die hier beredeten Dinge mit den allerwirklichsten wirtschaftlichen Zuständen unserer Gegenwart zusammenhängen. Es ist die Schwierigkeit, die gegeben ist mit der Lage der Arbeiterschaft in den grossen und ganz grossen Industriebetrieben. Die Organisation dieser Betriebe ist auch in der spezifisch volkswirtschaftlichen Literatur in der letzten Zeit Gegenstand kritischer Betrachtung. Und die Tatsache, dass eine Reihe dieser grossen Betriebe zusammengebrochen ist, steht deutlich vor aller Augen, wenn die Erschütterung in den beteiligten Kreisen auch entfernt nicht so tief gegangen ist, wie sie hätte gehen müssen.

Um das Organisationsprinzip, das hier waltet, zunächst einmal allgemein zu kennzeichnen, erzähle ich eine Geschichte, die sich jüngst in der Generalversammlung eines grösseren Werkes zugetragen hat. Das Werk ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der Berichterstatter teilt mit, dass die Firma ausserordentlich hohe Verluste durch folgenden Vorgang erlitten habe. Die alte Stammarbeiterschaft des Werkes, die zum Teil 15 bis 20 Jahre in ihm tätig war, habe Forderungen gestellt, die man (principiis obsta!) nicht habe erfüllen können. Es sei über den Verhandlungen zum Bruch und zur Entlassung des grössten Teils der Belegschaft gekommen. Man habe nun mit neuen, nicht eingearbeiteten Kräften den Betrieb weiterführen müssen und habe dabei eine ganze Zeitlang zugesetzt, da der produktive Erfolg der Arbeit entfernt in keinem Verhältnis zu Umfang und Qualität des Arbeitsapparates stand. Auf diese Weise habe man an soundso viel Stellen den Anschluss an den Konsum versäumt und sei so in die prekäre Lage geraten, in der man sich augenblicklich befinde. — Mein Gewährsmann, der selbst nicht Geschäftsmann ist und diese Dinge mit wachsendem Erstaunen angehört hatte, berichtet mir, dass sein Erstaunen aber erst dann recht eingesetzt habe, als sich erwies, dass kein einziger der Aktionäre auf diese Dinge sachlich eingegangen sei, sondern dass die Debatte einzig und allein um die Frage gekreist habe, wie man durch finanztechnische oder was für Mittel auch

immer den Aktienbesitz retten könne. So selbstverständlich ist die organisatorische Gewissenlosigkeit in unserer Grossindustrie allmählich geworden.

Natürlich kann man diese Entwicklung gut verstehen, wenn man sich die betriebliche Auswirkung dieses organisatorischen Prinzips, das eben durchaus herrschaftlich gefasst ist, vergegenwärtigt. Vom Direktor bis zum letzten Arbeiter herunter geht alles auf ein unbedingt autoritäres Funktionieren. Die Auswirkungen dieses Systems, die an den Arbeiter kommen, zeigen geradezu schmerzhaft deutlich, wie alles darauf eingestellt ist, Rechenschaft legen zu können über die Intaktheit dieses autoritären Verhältnisses, dass dagegen von einem lebendigen Verantwortungsbewusstsein für den Gang der Produktion keine Rede sein kann.

Einige Beispiele aus der unteren Sphäre. In einem Arbeitssaal, in dem ein qualifizierter Apparat nacheinander durch die Hände von etwa 20 Arbeitern geht, ist ein Vorarbeiter oder Zurichter tätig, dessen Arbeit derart ist, dass sie eine lange, auf diesen Apparat eingestellte Übung erfordert. Kein Wunder, dass dieser Vorarbeiter, nachdem er eine volle Fertigkeit in seiner Funktion erlangt hat, die Forderung auf Zulage erhebt, die sich übrigens, wie ich genau festgestellt habe, in den Grenzen des derzeit Üblichen hielt, wenn natürlich auch hart an die obere Grenze herangegangen war. Es fällt dem für den Arbeitssaal Verantwortlichen aber nicht ein, mit dem betreffenden Arbeiter auch nur zu verhandeln. Er entlässt ihn kurzerhand und verurteilt damit den Produktionsprozess, der übrigens für ausländischen Absatz lief, zum Stocken, ja zwingt die gesamte Arbeiterschaft des Saales dazu, immer wieder stundenlang zu feiern, da der neue Vorarbeiter naturgemäss nicht schnell genug nachkommt. Noch toller folgendes: Einem Arbeiter ist ein Abzug auf den Lohnzettel geschrieben worden, den gar nicht er, sondern ein Arbeitskollege zu tragen hat. Er geht zum Meister, um ihn über seinen Irrtum aufzuklären. Der Meister hebt abwehrend beide Hände und sagt: „Wenn Sie noch ein Wort sagen, sind Sie entlassen.“

Wenn man viel mit Arbeitern verkehrt, braucht man sich gar keine Mühe zu geben, entsprechendes Material zu sammeln. Es wird einem ununterbrochen ganz von selbst zugetragen. Das Bild, das sich einem dabei allmählich von den organisatorischen Verhältnissen in den Grossbetrieben entrollt, ist wahrhaft niederschmetternd. Und man kann sich auf die Dauer der Einsicht einfach nicht verschliessen, dass ein gut Teil der Gründe für die schlechte Lage, in die unsere Wirtschaft geraten ist, eben in diesem unsinnigen organisatorischen Prinzip liegt. Denn es kann keinen Zweifel leiden, dass in England oder gar in Amerika die in jener Generalversammlung beteiligten Aktionäre sich anders betragen hätten. Dass mindestens von einigen auf eine sorgfältige Untersuchung des Problems des Arbeiterwechsels in den Betrieben gedrungen worden wäre, und zwar mit der Frage im Hintergrunde: Wie wirken sich solche organisatorischen Massnahmen auf die Produktion aus?

Jedenfalls scheint es mir unzweifelhaft, dass hier die produktionshemmenden Wirkungen der Organisation offen zutage liegen, und dass die Arbeiterschaft von daher rein durch die wirtschaftliche Lage aufgerufen ist, ihre Verantwortung

für die Produktion zu bewähren oder, anders ausgedrückt, die grössere Produktivität einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Organisationsverhältnisse zu erweisen. Die Schwierigkeiten, die mit der geschilderten Lage gegeben sind, sind so gross, dass nur ihre bewusste Erfassung und ein damit verbundenes bewusstes und grosszügig geführtes Streben etwas ausrichten können. Und es dürfte mit alledem auch wohl noch einmal restlos deutlich geworden sein, dass das Prinzip der Arbeitssolidarität das einzig mögliche ist, von dem aus diese ganzen Fragen anzufassen sind. Nur wenn betriebliche Solidarität und Fähigkeit zur Selbstverwaltung wirklich wachsen, kann diese verantwortliche Beteiligung an der Organisation der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsmethoden Schritt für Schritt erkämpft werden. Und ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass von daher auch eine Stärkung und grössere innere Solidität der politischen Kampffront zu erwarten ist. Übrigens nicht nur insofern, als die lebendigere Solidarität in den Betrieben sich ganz von selbst auch auf die politische Organisation übertragen muss. Sondern vor allem auch insofern, als dann erst der Ansatz gegeben ist, von dem aus auch der letzte Arbeiter den politischen Tagesfragen mit Verständnis folgen kann. Denn dann erst erfährt er ja, wie die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung ihn angeht. Dann erlebt er, dass auch die kleinen Schritte auf dem Wege der Gesetzesbildung Bedeutung haben, dass sie ihm Spielraum oder Angriffsfläche bieten oder entziehen, und dass er durch seine Situation darauf angewiesen ist, nicht nur an den „grossen“ politischen Aktionen teilzunehmen, sondern dass seine Leidenschaft ebenso in die Schranken gefordert ist durch das scheinbar kleinliche politische Geschäft des Tages. Wer nur halb mit den handarbeitenden Genossen lebt, weiss, dass hier alle noch so gutgemeinten intellektuellen Belehrungen wenig fruchten können. Die Dinge müssen im unmittelbar nahen Erleben und Erfahren verankert werden. Nur von da können die Bedürfnisse nach verantwortlicher und persönlicher Füllung des unmittelbar gegenwärtigen Lebens und gleichzeitig die nach verantwortlicher Teilnahme an der Gestaltung von Gesellschaft und Welt erfüllt werden.

---

## DAS PROGRAMM DER SPD. UND DIE GEGENWÄRTIGE WIRTSCHAFTSKRISE

Von R. v. UNGERN-STERNBERG

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise nötigt zum Nachdenken über die Ursachen ihrer Entstehung und die Mittel zu ihrer Behebung. Sehr wahrscheinlich, dass ein längeres Anhalten der Krise — und ich bin der Ansicht, dass sie sich nicht so bald wird beseitigen lassen — die deutsche Wirtschaft auf den Weg drängen wird, der, nach Überwindung zahlreicher Übergangsschwierigkeiten, zu einem wirtschaftlichen Aufstieg führen kann. Vergewenwärtigen wir uns, welches die Ursachen der Krise sind. Kapitalnot, Mangel an Betriebsmitteln? — keineswegs kann das als Ursache des Daniederliegens der Industrie bezeichnet werden. Was

helfen Kredite, wenn der Absatz stockt<sup>1)</sup>). Gewiss könnten auch langfristige und billige Kredite unter Umständen dazu beitragen, den Warenabsatz zu beleben, aber doch nur dann, wenn hiermit zugleich eine *Senkung der Preise* erzielt wird. Die Ursache der gegenwärtigen Misere liegt in der Preisgestaltung, die der Kaufkraft des In- und Auslandes nicht entspricht, weil das durchschnittliche Preisniveau der Industrierzeugnisse 40 bis 50 Prozent über dem Stand der Vorkriegszeit liegt, bei verringerter Aufnahmefähigkeit der verarmten deutschen Kundschaft und einer stark fortgeschrittenen Eigenproduktion der ausländischen Absatzgebiete. Unter diesen Umständen kann nur eine radikale Senkung der Produktionskosten Abhilfe schaffen, denn nur sie ermöglicht eine wesentliche Herabsetzung der Preise, die fast automatisch eine Belebung des Absatzes nach sich ziehen muss. In puncto Senkung der Produktionskosten ergibt sich aber schon eine grundlegende Differenz in den Interessen und Ansichten der gegenwärtigen „Wirtschaftsführer“ einerseits und den *volkswirtschaftlichen* Forderungen andererseits. Die privatkapitalistisch eingestellten „Männer der Wirtschaft“ beginnen die Senkung der Produktionskosten damit, dass sie die Arbeiter und Angestellten an die Luft setzen, dass sie „abbauen“. Ich bin überzeugt, dass eine spätere Zeit diese Art von „Wirtschaftsführung“, diese Methode der Lösung von Wirtschaftskrisen bestaunen wird! Aber *eins* dürfte doch wohl auch heute schon klar sein, dass das Problem nicht darin besteht, wie man die Menschen „abbaut“, sondern wie man sie „anbaut“ — und zu diesem Anbau ist die gegenwärtige Wirtschaftsführung nicht befähigt —, ja, mit den bisherigen Methoden kann man überhaupt nicht zu einer wesentlichen und dauernden Verminderung der Arbeitslosigkeit gelangen. Ich bin der Ansicht, dass wir auch in Deutschland in einen Zustand geraten sind, wie er in England bereits seit vielen Jahren besteht, nämlich zu einer chronischen Arbeitslosigkeit. Eine Überwindung dieser Krankheit ist nur möglich, wenn es gelingt, den Warenabsatz in einem Umfang zu steigern, der die Wiedereinstellung der Entlassenen ermöglicht.

Eine volkswirtschaftliche Betrachtung kann demnach eine Lösung nur in einer Ordnung der Dinge sehen, die durch wirtschaftsorganisatorische Massnahmen, auf dem Wege technischer und betriebswissenschaftlicher Rationalisierung die Produktionskosten pro Wareneinheit so stark senkt, dass — um ein konkretes Beispiel zu geben — ein Paar Schuhe nicht 15 Mk., sondern etwa 8 Mk. kosten. Eine solche Forderung ist durchaus keine Utopie. Berechnet man die Produktionskosten, die ein technisch hochstehender Betrieb haben würde, wenn er in die Lage käme, jahrein, jahraus nur *einen* oder einige wenige Typen herzustellen, so ergebe sich, dass eine Senkung der Produktionskosten auf die Hälfte mit Leichtigkeit zu erzielen wäre. Wie man zu solch einem Zustand der Industriewirtschaft gelangen kann, ist u. a. auch an dieser Stelle von mir geschildert worden, ich erlaube mir, auf die entsprechenden Aufsätze zu verweisen. (Heft 6 und 10, 1925.) Im folgenden möchte ich aber über die Widerstände und die Hemmungen sprechen, welche das Proletariat, dem selbstverständlich eine Beseitigung der Notlage, in der es sich gegenwärtig befindet, alles bedeuten muss, in sich zu überwinden hat

<sup>1)</sup> Siehe hierzu auch R. Wissell: „Deutsche Wirtschaftsnot“, Sozialistische Monatshefte, Januar 1926.

Es kann nicht aus ihr herausgelangen, solange die Krisen durch „Abbau“ gelöst werden sollen.

Eine der wesentlichsten Ursachen, warum die Arbeiterschaft bisher kein klares einheitliches wirtschaftsorganisatorisches Ziel hat, scheint mir darin zu bestehen, dass in den marxistischen Schriften keine Belehrung darüber zu finden ist, wie *praktische* sozialistische und wirtschaftsorganisatorische Aufgaben gelöst werden sollen. Der Marxismus bildet die erste grosszügige und tiefgründige theoretische Durchleuchtung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wir verdanken ihm viel. Man verlange von ihm aber nicht Aufklärung über Fragen, die von ihm gar nicht aufgeworfen, geschweige denn geistig verarbeitet und praktisch gelöst werden konnten, einfach weil sie der Zeit nach gar nicht in seinen Gesichtskreis getreten waren. Unsere Pflicht ist es aber, nicht von Marx los, wohl aber über Marx hinaus zu gelangen. In dieser Beziehung mangelt es an Zielklarheit. Ich habe den Eindruck, dass der Sozialismus, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, nicht recht wisse, was er auf *wirtschaftsorganisatorischem* Gebiet anzustreben habe. Mir scheint die Bewegung zu sehr unter dem Einfluss der Losung zu stehen: „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts.“ Meiner Meinung nach muss es heissen: „Die Bewegung zum Endziel ist alles“, und zwar zu einem klar erkannten Ziel, das aber nicht durch irgendein Schlagwort angegeben werden darf, sondern, der gegenwärtigen Zeitepoche entsprechend, sehr konkret und praktisch formuliert werden muss.

Wenn im folgenden zu dem Thema „Wirtschaftspolitik — Parteiprogramm“ einige kritische Bemerkungen gemacht werden sollen, so erscheinen einige Vorbemerkungen angebracht. Jeder, der in der Öffentlichkeit das Parteiprogramm kritisiert, läuft Gefahr, dem Vorwurf zu begegnen, er wisse das Geleistete nicht zu würdigen, rechne nicht mit den zahllosen Widerständen, die eine Massenbewegung zu überwinden hat, und trete zu sehr von aussen an diese Fragen heran. So berechtigt diese Vorwürfe in vielen Fällen sein mögen, sie dürfen niemand, der meint, nach ehrlicher Überzeugung etwas zur Kritik des Programms sagen zu sollen, davon abhalten, seine Ansicht auszusprechen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die zu betonen jedoch notwendig erscheint. Des weiteren muss vorweg bemerkt werden, dass alle wirtschaftspolitischen Pläne das Primat der Politik, der Notwendigkeit, die politische Macht zu erkämpfen, nicht beseitigen, sondern die Voraussetzung ihrer Verwirklichung sind. Aber man muss sich auch dessen bewusst sein, dass Macht allein nichts nützt, wenn nicht feststeht, für welche Zwecke, für welche konkreten Ziele sie gebraucht werden soll. In dieser Beziehung, scheint mir, bieten die Jahre 1919/20 gerade auf wirtschaftsorganisatorischem Gebiet (Sozialisierung!) Beispiele programmatischer Uneinigkeit und praktischer Unerfahrenheit. Wo sich damals Ansätze zu einer gemeinwirtschaftlichen Regelung der Industrie zeigten, waren die Kritik und die Ablehnung wohl viel zu sehr von theoretischen Erwägungen oder von parteipolitischen Zeitströmungen beeinflusst, als dass sie diesen Plänen hätte gerecht werden können. Ein zweites Mal darf so ein Zustand nicht eintreten, wenn der Partei grosser Schaden erspart bleiben soll.

Die Partei hat die Pflicht, die Macht anzustreben. Der Machtwille der Partei wird aber um so grösser und gesünder sein, je bestimmter ihre Ziele sind, je mehr sie vom Verlangen erfüllt und getrieben wird, eine ganz bestimmte Gestaltung der wirtschaftlichen Organisation zu erreichen, nötigenfalls zu erzwingen.

Betrachten wir nun auf Grund dieser Erwägungen und Vorbehalte das Heidelberger Parteiprogramm. Der grundsätzliche Teil des Programms bestätigt, dass die ideologische Basis der Sozialdemokratischen Partei von der materialistischen Geschichtsauffassung ausgeht. Und es liegt wahrhaftig keine Veranlassung vor, von dieser Grundlage abzurücken! Ohne jeden Zweifel sind Persönlichkeiten und Ideen wirksame Faktoren in der Menschheitsgeschichte. Trotzdem bleiben der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, der jeweilige Zustand der wirtschaftlichen Machtverhältnisse von bestimmender Bedeutung für die Gestaltung der Verhältnisse auf kulturellem und geistigem Gebiet.

Um so überraschender erscheint es, dass der Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ im Programm so überaus stiefmütterlich behandelt wird. Schon in der Reihenfolge der einzelnen Abschnitte, die doch keine willkürliche ist, steht die Wirtschaftspolitik an einer so entrückten Stelle — hinter Verwaltung, Justiz, Schulpolitik usw. —, dass der Leser unwillkürlich den Eindruck empfängt, wenn er endlich bis zur Wirtschaftspolitik gelangt ist, mit Dingen zu tun zu haben, die eine aktuelle Bedeutung kaum beanspruchen. Bei aufmerksamer Lektüre wirkt es doch in höchstem Masse befremdend, wenn man gewahr wird, dass eine Forderung, wie z. B.: „Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen“ (Verwaltung), weit wichtiger in der Programmordnung erscheint als sämtliche Forderungen, die von der SPD. im Kampf gegen das kapitalistische System auf wirtschaftlichem Gebiet erhoben werden! Allein schon aus dieser Anordnung der Materie können ausserdem Schlussfolgerungen gezogen werden, die für die Partei nachteilig sind und ihren Absichten sicherlich nicht entsprechen.

Aber ganz abgesehen von dieser äusserlichen Gliederung und Anordnung des Stoffes, weist der Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ m. E. sehr schwerwiegende Mängel auf. Vor allem scheinen mir die einzelnen Absätze ganz *unsystematisch* aneinandergereiht zu sein. So gehören doch wohl die Absätze über: „Grund und Boden“, „Das Siedlungswesen und der gemeinnützige Wohnungsbau“, „Bodenschätze und natürliche Kraftquellen“ logischerweise zusammen und an den Anfang des ganzen Abschnittes, denn die Verwirklichung all dieser Forderungen hängt samt und sonders von der Befolgung einer sozialistischen oder zum mindesten bodenreformerischen Bodenpolitik ab, eine Tatsache, die leider gar nicht genügend zum Ausdruck gebracht wird.

Aber auch diese Unzulänglichkeiten sind nicht die Hauptsache. Bei der grossen Bedeutung, die der Industrie in Deutschland zukommt, sind es vor allem die industriewirtschaftlichen Programmpunkte, auf die ganz besondere Sorgfalt in der Formulierung verwandt werden muss. Da fordert nun ein Satz kurz und bündig: „Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Truste.“ Gewiss ist es richtig und zweckmässig, ein Programm nicht mit theoretischen Erörterungen zu belasten. Die Sätze des Programms müssen

aber richtungweisend und zielsetzend sein und sollten nicht Bezeichnungen enthalten, unter denen man sich die verschiedensten Dinge vorstellen kann. Ist nun „Kontrolle“ überhaupt ein Ziel — müsste nicht zum mindesten deutlich gesagt sein, welchen *Zweck* die Kontrolle verfolgen soll? Ich komme darauf noch zurück. Vorerst ist aber noch zu bemerken, dass bei der Aufzählung der *Kontrollobjekte* (Interessengemeinschaft, Kartell, Trust) mit Begriffen operiert wird, mit denen man *praktisch* gar nichts oder nur sehr wenig anfangen kann. Gar nichts anzufangen ist mit einer Kontrolle von kapitalistischen Interessengemeinschaften, weil sie grösstenteils eine viel zu lockere, ungreifbare, formlose Verbindung von Einzel firmen darstellen, die unmöglich Gegenstand irgendeiner Kontrolle sein können. Ebensovienig lässt sich eine Kontrolle der Truste erfolgreich durchführen, ganz abgesehen davon, dass dieser amerikanische Ausdruck überhaupt nicht auf die deutschen *industriellen* Vereinigungen passt, weil ihnen der betont finanzpolitische Zug der amerikanischen Truste meistens ganz fehlt. Aber auch eine Kontrolle unserer industriellen *Konzerne* ist ein ganz platonisches Verlangen, über das die zu Kontrollierenden kaltlächelnd die Achsel zucken werden, weil auch ein Konzern in der weit überwiegenden Zahl juristisch nicht erfassbar und folglich nicht kontrollierbar ist.

Was die Kartelle anbelangt, so beweist die Praxis, dass eine Kontrolle sehr schwierig, wenn auch nicht ganz unmöglich ist, gerade weil die Kartelle eine mehr oder weniger greifbare Gestalt haben. Nun wird aber wohl niemand behaupten wollen, dass mit der Kontrolle der Kartelle allein ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden kann. Die Kartellverordnung vom 23. November 1923 besteht schon über zwei Jahre mit dem Ergebnis, dass die Preise der *industriellen* Erzeugnisse fortgesetzt gestiegen sind.

Ich sagte bereits, dass vor allem das Ziel der Kontrolle festgestellt werden muss. Erst wenn wir das getan haben, werden wir beurteilen können, ob und inwiefern eine Kontrolle ausreichend und zweckmässig ist, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Ziel und Aufgabe einer industriellen sozialistischen Wirtschaftspolitik muss aber die Steigerung der Lebenshaltung der Volksmassen sein, und das ist nur zu erreichen durch Steigerung der *Produktivität* der Industrie und durch Einflussnahme auf die *Richtung* der industriellen Tätigkeit, die sich in erster Linie auf Artikel des Massenkonsums zu beschränken hat. Ich kann das in diesem Rahmen nicht weiter ausführen; es genügt aber, wenn zusammenfassend ausgesprochen wird, wie meines Erachtens die Sätze des Programms, die sich auf die Industrie beziehen, formuliert werden müssen: „*Zwecks Erzielung möglichst grosser Produktivität und Wirtschaftlichkeit der Industrie und Steigerung der Produktion von Gegenständen des Massenkonsums sind die Firmen und Werke eines Industriezweiges zu einer Produktions- und Absatzgemeinschaft (Industriegemeinschaft) zu vereinigen und der Oberleitung einer Zentralkonzeption zu unterstellen, auf deren Willensbildung die Reichs- oder die Landesregierungen massgebenden Einfluss haben müssen.*“

Erst durch die Bildung solcher Produktions- und Absatzgemeinschaften ist das *Objekt* nicht der Kontrolle — das ist ein viel zu unpräziser Ausdruck —, sondern

der wirtschaftsorganisatorischen Betätigung des Reiches und der Länder geschaffen. In welcher Weise die Arbeiterschaft an dieser wirtschaftsorganisatorischen Tätigkeit zu beteiligen ist, müsste dann noch im Einzelfall bestimmt werden. Ein regional, nach Gebieten, aufgezogenes Rätssystem ist meines Erachtens nicht geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zu gewährleisten oder überhaupt industrieorganisatorisch günstig zu wirken. Nur ein nach Gewerbezweigen, fachlich, aufgebautes Gebilde kann diesem Zweck dienen.

Durch die soeben gegebene Formulierung der Punkte, die sich auf die Industrie beziehen, erübrigt sich meines Erachtens der Satz von der „Förderung der Produktionssteigerung“, der ja so allein für sich einen Gemeinplatz darstellt. Desgleichen könnte meines Erachtens auch der Satz von der „Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen“, der, wie mir scheint, fälschlicherweise in den Abschnitt über „Finanzen und Steuern“ hineingeraten ist, ebenfalls gestrichen werden, wodurch der gebotenen programmatischen Kürze Genüge getan wird. Die übrigen Sätze des wirtschaftspolitischen Abschnittes könnten dann so bestehen bleiben, wie sie gegeben sind.

Im übrigen ist es meines Erachtens höchste Zeit, dass wirtschaftsorganisatorische Fragen viel mehr in den Mittelpunkt der programmatischen Diskussion gerückt werden, und dass wir aus der Krise, in der sich meinem Empfinden nach der Sozialismus in wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht zurzeit befindet, möglichst bald auf einen Weg gelangen, der ein konkretes Ziel deutlich erkennen lässt. Die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise sollte hierzu ein übriges mal Veranlassung geben.

---

## DAS FORD-UNTERNEHMEN UND SEINE ARBEITER

Von FRANZ JOSEPH FURTWÄNGLER

In Detroit, im nordamerikanischen Unionstaate Michigan, liegen, an zwei Enden der hastig zum Wohnort von anderthalb Millionen Menschen aufgeschossenen Stadt, die Betriebe von River Rouge und Highland Park, die, etwas ungleich an Raumgröße und Arbeiterzahl, das Hauptunternehmen der Fordschen Automobilproduktion ausmachen. Ich habe auf meinen Reisen mit der Studienkommission der deutschen Gewerkschaften<sup>1)</sup> in Amerika nichts gesehen, was amerikanischer wäre als die Betriebe von Ford. Schon an Umfang und Produktionshöhe stellen sie, selbst in jenem Land der Superlative, eine Höchstleistung dar. Mit 107 000 bis 115 000 Arbeitern erzeugen sie etwa 53 Prozent aller in den Vereinigten Staaten produzierten Automobile, das waren allein im Jahre 1924 nicht weniger als zwei Millionen Wagen, wozu ausserdem noch eine Produktion von 83 000 Traktoren

<sup>1)</sup> In dem Berichte der Studienkommission deutscher Gewerkschaften, welcher demnächst im Verlage der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Buchform erscheinen wird, werden manche der hier angedeuteten allgemeinen Fragen des sozialen, industriellen und gewerkschaftlichen Lebens in Amerika, wie die Tarifverträge, Betriebsspionage, Unfallentschädigung usw., eingehend behandelt.

für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke kam. Zurzeit gehen täglich etwa 7000 fertige Automobile aus dem Betriebe, und es ist ein unvergleichliches Schauspiel, zu sehen, wie vom Ende eines einzigen Montagebandes alle drei Minuten ein fertiger Wagen wegfährt.

Das Ausmass dieser Werke ist amerikanisch gewaltig. Ebenso aber auch das Tempo ihrer Entwicklung. Im Jahre 1892 baute Ford, damals ein 28jähriger Mechaniker, sein erstes Automobil. Volle elf Jahre verwendete er in der Folge darauf, dieses Modell zu verbessern, und erst 1903 schritt er zu dessen fabrikmässiger Herstellung. In jenem Jahre brachte er 190 Wagen heraus. Es bedurfte weiterer fünf Jahre, um über langwierige, viel Geld kostende Versuche zu dem Wagentyp zu gelangen, der erstmals alle Merkmale der heutigen Fordwagen aufwies: grösste Einfachheit der Konstruktion, Massenherstellung und Austauschbarkeit jedes Einzelbestandteils, infolgedessen Billigkeit bei hoher Materialqualität. 1921 waren fünf Millionen dieser „standardisierten“ Fahrzeuge im Gebrauch, und drei Jahre später — Mitte 1924 — bereits zehn Millionen, d. h. mehr als die Hälfte aller in den Vereinigten Staaten befindlichen Autowagen, deren Zahl man auf 18 Millionen schätzt.

Die Standardisierung, die man gern als eine amerikanische Besonderheit anspricht, hat Ford mit höchster Folgerichtigkeit durchgeführt. Die Zähigkeit, mit welcher er den einmal ins Auge gefassten Typ eines brauchbaren und für grosse Volksmassen erschwinglichen Motorwagens im Laufe langer Jahre zur Vollendung zu bringen bestrebt war, zeigt, dass er tatsächlich so, wie er in seiner Lebensbeschreibung sagt, sein Geschäft als einen Dienst an der Öffentlichkeit und an der Käuferschaft auffasste. Er war einer der ersten von den weithin sichtbaren Gestalten der amerikanischen Wirtschaft, die diesen Gedanken der Dienstleistung, dem heute drüben unzweifelhaft schon grosse Bedeutung zukommt, ins Geschäftsleben trugen. Man spöttelt sehr zu Unrecht darüber, dass in Amerika zerbrochene und verwitterte Fordwagen an den Strassenrändern herumliegen wie anderswo verrostete Mausefallen und zertrampelte Stiefel. Bei dem millionenweisen Gebrauch jener Fahrzeuge beweist deren Massenverschleiss nichts gegen ihre Güte und Brauchbarkeit, sondern erhöht nur den Eindruck von ihrer grossen Rolle als allgemeines Verkehrsmittel. Das Fordauto ist so sehr auf die Besonderheiten des Landes und der Käufer zugeschnitten, dass es in manchen Situationen selbst den teuren Fabrikaten sich überlegen erweist. Im Mittelwesten, am Rande des Felsengebirges, wo noch die meisten Strassen weder gepflastert noch eingeworfen sind und bei längerem Regen beinahe knietiefe Radspuren erhalten, sind wir mit einem erstklassigen schweren Luxuswagen in der aufgeweichten Erde steckengeblieben, während die kleinen, leichten Fordwagen wie Kreuzspinnen über den gefurchten Boden krabbelten. Von einem solchen mussten wir uns schliesslich nach dem nächsten Dorfe bringen lassen. Darum besitzt auch fast jeder Farmer in den guten Landwirtschaftsstaaten ein Fordauto, und lebt er in grosser Dürftigkeit, so zeigt sich diese nach aussen nicht etwa daran, dass er ein solches nicht besitzt, sondern dass er es unter freiem Himmel zu stehen hat, weil die Garage zur Unterbringung fehlt. Gerade vom Farmerleben aus gesehen bedeutet die

Generalisierung und Popularisierung des Automobils durch Ford eine wirtschaftliche und soziale Tat. In den ausgedehnten, zum Teil sehr fruchtbaren Ländereien südlich vom Ohio und westlich des Mississippi, wo oft weit und breit keine Städte und Dörfer, dafür aber zahlreiche weit auseinanderliegende Einzelfarmen sind, hat erst die Verallgemeinerung des Automobilgebrauchs den Farmer zum Teilhaber an der Zivilisation des Landes werden lassen. Im Auto fährt er seine Kinder zur Schule, holt er Saatgut oder Fabrikware aus der Stadt, das Auto ermöglicht ihm den raschen Verkehr mit seinen Nachbarn von den umliegenden Farmen, den Ausbau und die bessere Nützung der genossenschaftlichen Einrichtungen. Man muss die Erzählungen und Schilderungen aus dem amerikanischen Farmerleben früherer, noch nicht allzu ferner Zeiten gelesen haben, um zu verstehen, welchen Wandel das Motorfahrzeug geschaffen hat. In den grossen Städten des Nordostens mag der Europäer die Heuschreckenschwärme der kleinen Fordschen Benzinkutschen als eine Landplage ansehen; im Landinnern, in den grossen Landwirtschaftsstaaten, sind sie eine Wohltat und eine Notwendigkeit.

Nicht nur das Rekordausmass der Fordschen Betriebe ist amerikanisch, sondern auch der Geist, der sie beherrscht, ihre technischen und organisatorischen Einrichtungen. Man hat oftmals im „laufenden Band“, im Conveyor und seiner durchgehenden Verwendung das besondere Wesensmerkmal der Fordbetriebe erblicken wollen. Dies ist, selbst wenn man zunächst rein von Gesichtspunkten der technischen Organisation urteilt, nicht richtig. Gewiss findet das „laufende Band“, welches das einzelne Arbeitsstück, den im Zusammenbau befindlichen Motor und schliesslich das zu montierende Automobil die Reihen der Arbeiter entlang befördert, deren jeder seinen arbeitsteiligen Handgriff ausführt, eine ausgiebige und fein durchdachte Anwendung in einer Weise, dass nicht nur das Heben, Tragen und Schleppen der Arbeitsstücke, sondern auch das Strecken, Bücken und Körperverrenken des Arbeiters bei der Ausführung seiner Teilarbeit fast völlig überflüssig gemacht wird. Aber man könnte darüber streiten, ob nicht in manchen Schlachthäusern, Versandgeschäften und auch Betrieben der Maschinenindustrie in Amerika diese Technik gerade so gut ausgebildet sei.

\*

In diesem Zusammenhange sei es mir gestattet, kurz von einem Unternehmen der amerikanischen Maschinenindustrie zu berichten, das wir in Milwaukee besuchten, und in welchem die Operationen der Bearbeitungsmaschinen und die Beförderung des Arbeitsstückes mit dem laufenden Bande in einer Weise durchgeführt und miteinander verknüpft sind, dass das Conveyorprinzip hinsichtlich der Rolle der beschäftigten Arbeiter in einen ganz anderen Effekt umschlägt. Es war dies eine Firma, die mit einem Personal von insgesamt 3600 Arbeitern und Bureauangestellten für eine Reihe grosser Automobilfabriken die fertigen Autorahmen liefert. Weil es sich um ein einziges Arbeitsstück handelt, so ist der Conveyorzyklus ausgebauter, geschlossener, einheitlicher als selbst bei Ford, wo die Vielheit der Bandkreisläufe den Einzelausbau zu solchem Grade der Vollendung bisher noch nicht erlaubt hat. Die genannte Firma erhält Auftragserien von 50 000 bis 80 000 Rahmen gleichen Musters, die sie in etwa 14 Tagen ausführt. Die ganze

Fabrik gleicht einem einzigen riesenhaften Automaten. Die gestapelten rohen Metallplatten werden selbsttätig unter die Presse gebracht, welche die U-förmigen Rahmenstücke ausstanzt. Diese bewegen sich dann ebenso automatisch durch die bearbeitende Maschinerie, welche die Stanzflächen mit Präzision zurechtschleift. Die etwa 200 Bohrungen an jedem Rahmen werden in gleicher Weise ausgeführt, die Nieten selbsttätig eingesteckt und schliesslich die vier Rahmenseiten gleichzeitig vernietet von elektrischen Maschinen, die wie grosse Vögel aussehen und mit den Schnäbeln die Nietenköpfe völlig lautlos pressen, alle vier in demselben Augenblick loslassen, sich auf einem Schienenwerke ein Stück rückwärts bewegen und dann das nächste Arbeitsstück erfassen. In gleicher Weise werden die Feder-scharniere eingienietet. Auf dem ganzen Wege, durch die automatische Anstreicherei bis ins Fertigwarenmagazin, wird das Arbeitsstück nur zwei- bis dreimal von Menschenhänden angefasst, die es in gleicher Ebene auf einen anderen Conveyor schieben. Die in diesen Prozess eingesetzten Arbeiter sind nicht mehr die Diener und Bediener des laufenden Bandes, sondern Maschinisten, die den Gang des Werkes überwachen, mit Hellhörigkeit jedes Nebengeräusch einer beschädigten oder mit Versagen drohenden Maschine ertauschen, diese der Reparaturwerkstätte zuführen und sofort eine neue dafür einsetzen. Denn in diesem Park von teils feststehender, teils beweglicher Apparatur werden Maschinen wie Bestandteile behandelt, eingesetzt und ausgewechselt. Die vier Feder-scharniere an den seitlichen, langen Rahmenstücken werden in einer einzigen karussellartigen Maschinerie aus einem rohen Gussstück geformt, gefräst, auf Präzision geschliffen und mit allen erforderlichen Bohrungen versehen, ohne ein einziges Mal gedreht oder umgestellt zu werden. Fünfzehn Operationen werden in einem einzigen Kreislauf ausgeführt, ohne dass das Arbeitsstück mehr als einmal in die Hand genommen zu werden braucht. Dutzende von Einzel-tätigkeiten, die der Fordsche Conveymann in ewiger Wiederholung vollbringt, macht hier eine Maschinerie. Und der Arbeiter steht technisch über ihr als Überwacher, nicht unter ihr als Diener und Bediener. Das letztere ist die Rolle des Fordschen Conveyorarbeiters. Und trotzdem ist der Fordbetrieb dem Wesen nach kein Gegensatz zu dem hier Geschilderten. Aber er ist diesem in sich geschlossenen, fast vollendeten Vorbilde kleineren Ausmasses gegenüber etwas Unfertiges, das auf breiterer Basis, mit einer Mehrheit von Produktionszirkeln, wie sie das kompliziertere Gesamtprodukt notwendig macht, derselben Perfektion zustrebt. Natürlich fordert es Jahre der Entwicklung und fabelhafte Geldsummen, um dem Fordschen Produktionskoloss mit seiner Vielheit von Fabrikationszweigen die Gestalt eines Automaten zu geben. Allein die Tendenz dazu ist vorhanden, und darum ist es interessant, den damit eintretenden Rollenwechsel der Belegschaft und den Wandel im Arbeiterschicksal an diesem Beispiel zu ermessen. Während man über das laufende Band und das Problem der Atomisierung der Arbeits- verrichtungen und deren psychologische Wirkung theoretisiert, verringert der Mechanisierungsprozess selber die Problematik, indem er immer mehr dieser mechanisierten Verrichtungen abermals der Maschine zuweist und die Aufgaben der „Maschinenmenschen“ (wenigstens einer grösseren Zahl derselben) wieder

vielseitiger, technisch souveräner gestaltet. Diesen Ausblick wollte ich nur andeuten in Verbindung mit dem Hinweis, dass nicht das laufende Band und die Arbeitsmechanisierung das besondere Kriterium Fordscher Betriebsmethode sind.

\*

Neben der schematisch-technischen Arbeitsökonomie gibt es jedoch noch eine andere, die bei Ford mehr als sonstwo durchgebildet ist. Es ist dies die unschematische geniale Art, wie jede einzelne Arbeitskraft und jedes Betriebspartikel mit planvoller Zweckmässigkeit ins Betriebsganze eingepasst werden. Es ist geradezu verblüffend, wie jeder Arbeiter, gleichsam als passierte er eine kunstvoll konstruierte Sortiermaschine, nach kurzer Zeit an die Tätigkeit gelangt, die seinen körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten entspricht. Ebenso erstaunlich ist es, wie Materialien, Werkzeuge und Arbeitsmittel jeder Art zur rechten Zeit und in richtiger Menge an die Stelle gelangen, die sie benötigt. Alles greift da ineinander wie das Räderwerk eines ungeheuerlich komplizierten Mechanismus. Und doch ist es kein toter Mechanismus, ja nicht einmal ein fein ausgeklügelter Plan, vielmehr ein Gebilde, das immerfort seine äussere Gestalt wechselt, in dem nichts erstarrt und nichts beständig ist als der alles beherrschende Wille zu höchster Zweckmässigkeit. Man lächelt drüben, wenn deutsche Theoretiker über „Fordismus“ und „weissen Sozialismus“ dozieren, als wäre es ein gelehrtes System. Man nehme das „laufende Band“ fort oder beliebig viele seiner eigens konstruierten arbeitsparenden Maschinen: der Fordbetrieb wird auch dann noch etwas Eigenes und Einziges sein. Darum gibt es auch keine „Geschäftsgeheimnisse“ im Rosshändlersinne. Weder Lohnlisten noch Zeichnungen werden dem Auge des Besuchers verborgen. Mit einigem Stolz sagen einem King Henrys Generale, von ihrem Unternehmen könne man ebensowenig etwas abklatschen wie von dem Gemälde eines Künstlers, dem Werk eines Autors. Dies bestätigten uns übrigens auch die intelligentesten unter den Fordarbeitern, welche wir sprachen. Alle stimmten darin überein, das Ganze sei etwas Organisches, gewachsen in der Temperatur eines einheitlichen, zielgerichteten Willens, eines weiterwirkenden bis ins kleinste sich auswirkenden Willens, nicht ein Schema oder papierner Plan.

Wie ist diese schemenlose, immer weiterwirkende, in jeder neuen Situation sich bewährende „Planwirtschaft“ möglich? Der Urquell des Erfolges, dem alle oder doch die meisten Vorteile des Unternehmens entspringen, scheint mir die Formation des Betriebspersonals und dessen Organisation an Haupt und Gliedern zu sein. Diese Armee mit ihren Offizieren gleicht dem Heere Napoleons. Ihr Chef ist, wie der Südromane, ein Parvenü, ein auf die Zinne der Macht erhobener Korporal, der sein Handwerk gelernt hat und von Grund auf versteht, ein Genie, wie jener, in der Behandlung von Menschen, Massen wie Individuen. Die Leute seines technischen Generalstabes sind ihm nach Wesen und Willen verwandt und nur nach diesen Gesichtspunkten von ihm ausgesucht, sind hervorgegangen aus einer natürlichen Tüchtigkeitsauslese, deren gerade Linie von keiner Bildungs- und Standesfarce durchkreuzt wird. Keine formalen Schulungsansprüche verengen die Basis dieser Auswahl, aber auch Absetzung und Degradierung im Unfähigkeits-

falle werden durch keinerlei Beamtenqualifikation verhindert. Durch das Medium dieser Auslese wirkt der Zielwille des Obersten weiter und verbreitet sich strahlenförmig bis in den hintersten Winkel der Unterabteilung.

Die Fordsche „Aufnahmekanzlei“, die höchste und allein massgebende Instanz für alle Einstellungen, Entlassungen und Versetzungen von Arbeitern, ist ein Musterstück von angewandter Menschenkenntnis. Bei der Einstellung von Arbeitern ist sie durch keine starr festgesetzte Altersgrenze gehemmt. In Zeiten starken Arbeiterbedarfs stellt sie wahllos ein und betätigt ihre Menschenkenntnis lediglich bei der Eingruppierung der Neulinge in den Betrieb. Dagegen trifft sie bei Überangebot von Arbeitern eine sorgsame Auswahl. In einem Betriebe, dessen Arbeiterschaft sich aus Dutzenden von Nationen rekrutiert, ist das keine leichte Aufgabe. Da sind Neger, Chinesen, Armenier, Türken, Griechen, Italiener, Polen, Tschechen, Russen, Skandinavier, Holländer, Deutsche, Briten in bunter Mischung. Unter den ungelerten Arbeitern sind besonders zahlreich die Neger, Polen und Italiener. Oft werden, namentlich bei den Farbigen, den Negern, Chinesen usw., Meister oder Vorarbeiter der gleichen Couleur mit der Auswahl der Einzustellenden betraut, da sie ihre Rassengenossen besser zu beurteilen wissen als der Weisse. Wegen einer belasteten Vergangenheit, z. B. wegen verbüßter Strafen, wird bei Ford kein Arbeitsuchender zurückgewiesen.

Eine rühmlich zu erwähnende Funktion der Aufnahmekanzlei besteht in ihrer Rolle als entscheidende Versetzungsstelle. Jeder Meister oder Vorgesetzte ist verpflichtet, dort jeden Arbeiter zu melden, der sich entweder zu einer besseren oder zu einer geringeren als seiner augenblicklichen Beschäftigung als geeignet erweist. Gleichzeitig ist aber jeder Arbeiter berechtigt, sich unmittelbar an die Kanzlei zu wenden und — mit oder ohne Begründung — seine Versetzung zu fordern. Begründet er seine Forderung damit, dass der Leiter seiner Abteilung sein Vorwärtskommen zu verhindern suche, so fällt, wenn es sich nachträglich als richtig erweist, auf diesen die Verantwortung. Auf solche Weise werden (wie uns nicht etwa die Leiter der Firma, sondern Arbeiter, die uns auf unseren Wunsch öfters in grösserer Zahl im Hotel besuchten, versicherten) Günstlingswirtschaft und Protektion so gut wie völlig unmöglich gemacht, so dass auch von dieser Seite her die Auslese kein Hindernis erfährt. Die Kanzlei ist eine über das Ganze gesetzte Stelle, die, weil ihr die Individuen unbekannt sind, völlig unpersönlich vorgeht.

Verhältnismässig einfach ist die Entlassung. Es gibt nur drei Entlassungsgründe: Diebstahl an Arbeitskollegen, wiederholte Trunkenheit und Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften<sup>2)</sup>. Materialdiebstahl an der Firma wird

<sup>2)</sup> Die Unfallverhütungsvorschriften werden neuerdings in Amerika mit besonderer Schärfe gehandhabt. Es wird Versäumtes nachgeholt. Grosse Inschriften und drastische Bilder von Unfallszenen mahnen in jeder Betriebsabteilung: „Safety first“ (Sicherheit vor allem). Diese Propaganda hat ihren Grund darin, dass das neue Unfall- und Hinterbliebenenentschädigungsgesetz, das jetzt in den meisten Bundesstaaten in Geltung ist, die Unternehmer schärfer als bisher zu Entschädigungsleistungen heranzieht. In den Fordfabriken muss der Arbeiter auch bei der geringsten Verletzung sich im „first aid hospital“, das im Highland Park aus fünf Ärzten und 60 Sanitätern besteht, melden, sei es auch nur, um ein Heftpflaster oder einen Jodklecks auf die Wunde zu erhalten. In ganzen Werkstätten wird — ein für uns ungewohnter Anblick — mit Handschuhen gearbeitet. So wurden die schweren Unfälle und Erkrankungen stark vermindert. Sie sind bei Ford, wie uns auch Arbeiter sagten, im Verhältnis eher geringer an Zahl als in anderen amerikanischen Fabriken.

bei der grossen Nachfrage nach Ersatzstücken zum Auto (75 Prozent der Fordarbeiter besitzen eigene Wagen) nicht in allen Fällen mit Entlassung bestraft. In solchen Fällen tritt dann meist die andere (die einzige im Betrieb übliche) Strafe, das „Ablegen“, in Wirkung. Unter Ablegen versteht man die Ausschliessung des Arbeiters aus dem Betriebe für die Dauer von drei bis vierzehn Tagen. Kein Arbeiter wird wegen Unfähigkeit entlassen, vielmehr wird er solange zurückversetzt, bis er sich an einer Arbeit befindet, die seinen Fähigkeiten entspricht. Dass solche Rückversetzte oftmals selber kündigen, versteht sich. In gleicher Weise werden auch Ingenieure, Werkmeister, Techniker im Falle der Unfähigkeit an den Conveyor oder an den Schraubstock befördert, wie es überhaupt weder in der Rangstellung noch in der Entlohnung zwischen Arbeitern der Werkstatt und „Angestellten“ eine so starre Abgrenzung und Schlichtung gibt, wie sie hierzulande traditionell üblich ist. Die Techniker bei Ford arbeiten in Tagelohn und erhalten als Maximum 1,25 Dollar, das ist etwa 12 Cent weniger als das Maximum der Werkzeugschlosser. Die Einkommen der Meister und Ingenieure zeigen, genau wie ihre Karriere im Betrieb, den lückenlosen Übergang von der Position des gelernten Arbeiters. Dagegen haben sie nach oben kaum eine Grenze. „Einkommensklassen“, „Dienstaltersklassen“ und ähnliches gibt es nicht, jede ermittelte Minderleistung eines Ingenieurs wird, ebenso wie beim Arbeiter in der Werkstatt, mit einer entsprechenden Reduktion des Gehalts beantwortet. Gegen Titel, „Diplome“ und andere Rangauszeichnungen ist man im Fordbetrieb von einer erstaunlichen Respektlosigkeit. Es gibt bei Ford ebensowenig „Oberingenieure“, wie es im übrigen Amerika „Oberlehrer“, „Oberkellner“ und „Oberpostsekretäre“ gibt. Das fast ausschliessliche Mittel zu dienstlicher Beförderung ist das laufende Band, die Erprobung mitgebrachten Wissens und Könnens im Bereiche praktischer Tätigkeit, ja, man erklärte uns bei Ford, der ausserhalb des eigenen Betriebes erworbenen Schulung hafte so viel Ballast an, dass sie oftmals eher ein Hemmnis denn ein Vorteil sei.

In den Fordwerken sind die leitende und die ausführende Belegschaft zu einer Einheit organisiert mit hervorragend sicherem Zusammenwirken. Der „general foreman“ oder Abteilungsmeister erhält von der Direktion sein Arbeitspensum zugeteilt. Letztere hat Sorge zu tragen für rechtzeitige und genügende Beschaffung von Material, Werkzeugen und Arbeitsmitteln jeglicher Art. Ebenso hat der Abteilungsmeister alle organisatorischen Voraussetzungen für den richtigen Produktionsgang in den Unterabteilungen seiner „foremen“ zu erfüllen. Diese wiederum sind dafür verantwortlich, dass jedem Arbeiter die erforderlichen Zeichnungen, Werkzeuge usw. stets zur rechten Zeit zur Verfügung stehen. Mehr als das bis zur Ermüdung besungene „laufende Band“ imponierte uns die Institution der „tool chasers“, zu deutsch „Werkzeugjäger“. Das sind Neger, junge Arbeiter oder andere Tagelöhner, deren Aufgabe darin besteht, immerfort ihre Abteilung zu durchstreifen, jedes beschädigte Werkzeug aufzugreifen und sofort Ersatz dafür zu beschaffen, wie auch Zeichnungen, Putzlappen usw. mit Promptheit zur Stelle zu bringen. Da gibt es kein Anstehen vor den Schaltern der Werkzeugausgaben und kein Laufen nach Zeichnungen mit Empfangscheinen, die

erst vom Meister unterschrieben werden müssen, wie in so vielen unserer Fabrikbetriebe.

Man redet oft von einem amerikanischen „Arbeitstempo“, und manche wollen es so hinstellen, als wäre der erhöhte Arbeitseffekt auf eine grössere Regsamkeit des amerikanischen gegenüber dem deutschen Arbeiter zurückzuführen. Wie sinnlos eine derartige Darstellung ist, geht schon daraus hervor, dass die Deutschen in allen industriellen Unternehmen der Vereinigten Staaten zu den besten und geschätztesten Arbeitern gehören und in solchen leitende Stellungen in einer ausserordentlich hohen Verhältniszahl einnehmen. Gerade bei Ford fanden wir sehr viele deutsche Meister und Betriebsleiter, dagegen sind in den niederen Beschäftigungsarten am laufenden Bande verhältnismässig wenig Deutsche, und diese sind meist erst kurze Zeit im Betrieb und befinden sich im Stadium der Auslese und im Übergang zu qualifizierter Arbeit. Die Deutschen bei Ford haben uns denn auch unsere eigene Wahrnehmung durchweg als richtig bestätigt, nämlich dass erhöhter Arbeitseffekt fast durchweg die Folge einer Arbeitsorganisation ist, die Zeitvergeudung und Umständlichkeiten erspart. Das angeführte Beispiel der „tool chasers“ ist nur eines von vielen. Interessant zu beobachten ist die Fixheit, mit der die „straw bosses“ oder Strohmeister, die in der Belegschaftsgliederung zwischen den Foremen und den Arbeitern stehen und gegebenenfalls selbst am Bande mitarbeiten, Sorge tragen für die Ausfüllung jeder Lücke, die am laufenden Bande entsteht, wenn ein Arbeiter, sei es auch nur für eine Minute, sich entfernt. Dies konnten wir im River-Rouge-Betrieb beobachten zu der Vormittagsstunde, als der Erfrischungswagen angefahren kam und die Arbeiter der Reihe nach den Conveyor verliessen, um sich Milch, Apfelsinen u. dgl. vom Wagen zu holen. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, zu glauben, dass das laufende Band den Arbeiter in einer quälenden Weise an die Arbeitsstelle kette. Wenn er aus irgendeinem Grunde das Band verlässt, so ist für ihn Ersatz da in der Person des Hilfsmeisters oder irgendwelcher Hilfsarbeiter. Solange allerdings der Arbeiter an seiner Arbeitsstelle steht, muss er mit seiner Arbeitsleistung das Tempo des Bandes einhalten. Und dieses Tempo kann freilich zum Tyrannen der Arbeiter werden, braucht es aber nicht, und hängt völlig davon ab, wieweit die Arbeiter gewillt sind, sich Missbrauch gefallen zu lassen. Von den vielen Abteilungen, die wir im Laufe mehrerer Tage ganz nach unserer eigenen Wahl besuchten und ziemlich eingehend besichtigten, sind uns nur zwei Stellen durch ein uns zu hoch erscheinendes Arbeitstempo aufgefallen, doch bin ich überzeugt, dass kein Grossbetrieb in Deutschland ist, wo es solche Stellen nicht auch gäbe. Dabei ist zu bedenken, dass die vielsprachige unorganisierte Arbeiterschaft am Fordschen Conveyor gegen Missbräuche weniger gewaffnet ist als eine in ihrem Stamm einheitliche und disziplinierte Arbeiterklasse. Gelegentlich, wenngleich nicht allzu häufig, verschaffen sich auch diese Arbeiter eine Art der „Mitbestimmung“ des Conveyortempos. Man erzählte uns, wie es vorkomme, dass sie den Lauf des Bandes durch knüppelförmige Realinjurien gegen den verantwortlichen Meister regulieren, wohl die einzig mögliche Form des Interessenkampfes für Arbeiter ohne gewerkschaftliche Organisation.

Eher als das „Arbeitstempo“ berührt — gegenüber anderen Fabriken in irgendeinem Lande — die Betriebsdichte unangenehm, die räumliche Zusammenpressung von Menschen und von Maschinen. Dies wurde von deutschen Besuchern der Fordwerke schon öfter hervorgehoben. Uns fiel es überall, aber namentlich an bestimmten Stellen der Motorenmontage auf, wo zuweilen fünf bis sechs Mann auf Rippenfühlung dicht beisammen arbeiten. Wegen des unabsehbaren Wachstums seines Unternehmens praktiziert Ford eine äusserste Raumökonomie. Deshalb bestehen auch keine Speiserräume für die Arbeiter. Die Kantinen und Restaurants befinden sich am Grenzgebiet des Werkes, jedoch auf dessen Territorium, sind in fremdem Betriebe und werden von Ford konzessioniert. Um die Arbeiter zum Besuche anzureizen, und um sich auch der Firma gefällig zu erweisen, geben sie bei jeder Zeche einen Besucherschein aus, der numeriert ist. Jede soundso vielte Tausendzahl trägt einen Lotteriegewinn, und zwar jedesmal ein Fordauto. Eine echt amerikanische Reklame.

Dagegen hat Ford in seinen Werken sehr gute Konsumverkaufsstellen, die nicht nur Lebensmittel, sondern auch Kleider, Schuhe und Gebrauchsartikel so ziemlich jeder denkbaren Art wesentlich billiger als andere Geschäfte an die Arbeiter des Betriebes vertreiben. Masseneinkauf und Selbstversorgung von der Quelle (wie sie Ford ja auch bei den Rohstoffen des Betriebes: Kohle, Eisen, Gummi usw., pflegt), Transport auf eigenen Wagen und Eisenbahnstrecken ermöglichen diesen billigen Verkauf ohne Schaden. Einen Geldgewinn erzielt die Firma hierbei nicht. Das ist auch die übereinstimmende Meinung der Arbeiter, die wir sprachen. Wohl aber hat dieser Konsumbetrieb einen Effekt, dem auch andere, noch zu erwähnende Einrichtungen dienen: Er übt eine gewisse Anziehungskraft auf die Arbeiter, verbindet sie enger mit dem Betriebe und verhütet einen zu grossen Wechsel in der Belegschaft. Man muss sich nämlich gegenwärtig halten, dass die vielen „ungelernten“ Arbeiter des Betriebes, welche die erdrückende Mehrheit der gesamten Belegschaft ausmachen — denn nirgends ist die Handarbeit in so einfache Tätigkeiten zerlegt wie bei Ford —, durchaus nicht alle unqualifiziert sind, es zum mindesten nicht immer bleiben. Es bedarf schon einiger Wochen, vielleicht auch Monate des Einexerzierens, bis irgendein beliebiger Arbeiter sich die Fordsche Arbeitsweise in dem Grade angeeignet hat, dass der volle erzielbare Nutzeffekt herauskommt und der Arbeiter oder die Arbeiterin möglichst wenig Material und Werkzeug verdirbt und imstande ist, bei guter Ausführung der Arbeit auch das Tempo einzuhalten. Je zahlreicher der Arbeiterwechsel, desto geringer das Arbeitsergebnis, denn der Neuankommende ist — sehr zum Unterschied vom gelernten Schlosser und Werkzeugmacher, der nirgends „neu“ ist — zunächst Rekrut. Die Verringerung der Fluktuation ist ein Grundgedanke, aus dem sich manche der Fordschen Einrichtungen erklären lassen. Zu einem Teil vielleicht auch die Lohnhöhe.

Die übrigen Automobilfabriken von Detroit zahlen einen durchschnittlichen Tagelohn von 4,80 bis 5 Dollar. Ford zahlt im Durchschnitt etwa 6,60 bis 6,80 Dollar. Dieser sehr bedeutende Unterschied kommt in der Hauptsache seinen ungelerten Arbeitern zugute. Während der Durchschnittslohn für ungelerte

Arbeiter in der übrigen Automobilindustrie noch nicht ganz 4,20 Dollar beträgt, zahlt Ford sogar als Mindestlohn 5 Dollar. Diesen erhält jeder Tagelöhner und Werkstattkehrer. Wer am laufenden Bande arbeitet, erhält in der Regel zwei Monate nach seiner Einstellung 6 Dollar. Die Löhne der gelernten Arbeiter, der Werkzeugmacher, Maschinenschlosser usw., sind dagegen nicht so sehr viel höher als in der übrigen Automobilindustrie und stehen nur wenig über den Mindestlöhnen der gewerkschaftlichen Tarife. Der tarifliche Stundenlohn gelernter Arbeiter der Maschinenindustrie liegt in den grossen Industriestädten zwischen 0,90 und 1,10 Dollar. Viele verdienen über diesen Mindestlohn, so dass man einen tatsächlichen Durchschnittslohn in den gewerkschaftlich organisierten Betrieben der genannten Art von etwa 1,05 Dollar annehmen kann. Bei Ford dürfte 1,10 bis 1,15 Dollar der durchschnittliche Stundenlohn seiner Werkzeug- und Maschinenschlosser sein. Der Höchstlohn derselben ist 1,37 Dollar, der auch von einzelnen Arbeitern in organisierten Betrieben erreicht wird. Wir schlossen aus diesen Vergleichen, dass die verhältnismässig hohe Entlohnung der Ungelernten hauptsächlich zum Ziel hat, eine zu grosse Abwanderung dieser Leute, die nach unseren Begriffen nicht Ungelernte, sondern im besten Sinn „Angelernte“ sind, zu verhüten. Es scheint, dass dies Ziel nach und nach erreicht wird, denn man sagte uns in Detroit an verschiedenen Stellen, dass die Fordarbeiter in zunehmendem Masse sesshaft zu werden beginnen.

Den wesentlich höheren Löhnen, welche Ford zahlt, entspricht auch, verglichen mit den anderen Automobilfabriken, eine höhere Produktion pro Arbeiter. Man schätzt die Fordsche Mehrproduktion pro Arbeiter auf etwa 40 Prozent. Von diesen 40 Prozent gesteigerter Produktion werden von guten Kennern des Unternehmens etwa 10 bis höchstens 15 Prozent einer besseren Maschinerie zugeschrieben, dagegen wird der weitaus grössere Rest von 25 bis 30 Prozent auf das Konto der gründlich durchdachten und durchgeführten Arbeitsorganisation gesetzt.

Unterscheidet sich das Unternehmen von Ford den anderen, namentlich den unorganisierten Betrieben gegenüber durch höhere Löhne, so noch mehr durch die Stetigkeit, mit der sie in guten und schlechten Zeiten gezahlt werden. Natürlich gestatten schon die Grösse des Unternehmens und die fabelhafte Höhe des Umsatzes einen gewissen Konjunkturausgleich. Noch wichtiger aber für diese Stetigkeit als die blossе Umsatzhöhe sind andere Faktoren. Im Bezug seiner Rohmaterialien ist Ford Selbstversorger in weitem Umfange, besonders hinsichtlich der wichtigsten Rohstoffe, Kohle und Eisen. Er besitzt Kohlengruben im Staate Kentucky, die er in eigenem Betriebe ausbeutet, desgleichen Eisenhütten im Staate Westvirginien. Für die Holzbelieferung hat er gleichfalls eigene Wälder in Michigan. Auch die Glaserzeugung und andere Produktionszweige betreibt er von der Rohstoffgewinnung an, weshalb man in Amerika von den „Ford-Industrien“ als einer Vielheit redet. Andere Fabrikunternehmen müssen sich die Rohstoffe als Spekulationsobjekt erwerben, sind dadurch der Börse und den Spekulanten tributpflichtig und arbeiten folglich unter viel unstetere und schwankenderen Bedingungen als Ford. Wo dieser ausnahmsweise genötigt ist, gewisse Rohstoffe

zu kaufen, erwirbt er sie in grossen Massen und deshalb günstiger als andere. „Er kennt den vernünftigen Preis und zahlt nur diesen“, sagte uns in Detroit ein kundiger Geschäftsmann. Andere Fabrikanten unterliegen ferner beim Bezug von Material wie bei der Beförderung des fertigen Produktes der Diktatur der Eisenbahngesellschaften, die in Amerika privat sind, und über deren Geschäftsgebaren einige dreissig Börsianer entscheiden. Von diesen ist Henry Ford ebenfalls unabhängig. Er fährt seine Kohlen und sein Eisen über Strecken von mehr als dem Durchmesser unseres Vaterlandes auf eigenen Eisensträngen und in eigenen Zügen zur Stelle der Verarbeitung. Auch in geldlicher Beziehung ist er losgelöst von den Geschäftemachern der New Yorker Wall Street, die er in einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift, „The Dearborn Independent“, scharf bekämpft.

Neben den höheren und stetigeren Löhnen hat Ford noch eine Reihe anderer Institutionen, um seine Arbeiter beim Unternehmen zu halten. Die bei ihm investierten Spareinlagen der Arbeiter verzinst er zu einem Mindestsatz von 6 Prozent und zahlt zeitweise bis zu 14 Prozent. Eine solche Einrichtung hat in Amerika eine ganz andere Bedeutung als in Deutschland, da dort bei den verhältnismässig hohen Löhnen der Sparbetätigung des Arbeiters eine ganz andere Rolle zukommt, die geradezu einen sozialen Faktor darstellt, während sie in unserer Arbeiterschaft heute kaum noch in einem erwünschenswerten Umfange möglich ist. An Stelle irgendeiner sozialen Fürsorge besteht bei der Firma Ford eine Darlehnskasse für Arbeiter, die durch Krankheit u. dgl. in Not gerieten. Daneben unterhält man eine Stelle für unentgeltliche Rechtsauskunft. Das Krankenhaus dagegen, das Ford unterhält, beruht nicht auf dem charitativen Gedanken, sondern fordert vom Patienten Bezahlung, nur dass es, wie die Verkaufsstellen, ohne Gewinn betrieben wird. Das gleiche Prinzip waltet in der berühmten, auch von Ford in seiner Lebensbeschreibung erwähnten Invalidenabteilung seines Betriebes im Highlandpark. Wir wunderten uns über die freimütige Art wie der uns begleitende Ingenieur sagte, dass keiner der dort beschäftigten Invaliden einen Gnadensold beziehe, vielmehr auf seine besondere Art, im übrigen wie jeder andere Arbeiter, sein Geld verdiene. Ich sah dort Blinde, welche elektrische Sicherungen zusammenbauten, deren Bestandteile ihnen in verschiedenen Rinnen automatisch in Reichweite zugeleitet werden; Leute mit im Kriege zerschossenen Rippen, die, in einer Art eigens hergestellter Lehnstühle sitzend, nur die Finger bewegten, um eine elektrisch betriebene Nähmaschine zu bedienen. Bei Besichtigung der Fordschen Gewerbeschule erhielt ich dieselbe Aufklärung. Da sind jeweils 720 Lehrlinge, deren Ausbildung je eine Woche in Schulunterricht, die folgende Woche in Werkstattarbeit besteht, und die, gleichgültig in welchem Lebensalter sie beginnt, mit dem achtzehnten Jahre ihr Ende findet. Der Verdienst der Jungen ist verschieden hoch, doch verdient jeder seinen Lebensunterhalt. Trotzdem erforderte der ganze Schulbetrieb im verflochtenen Jahr samt den gezahlten Löhnen nur den geringen Zuschuss von 5000 Dollar, da der Lehrling nur Dinge herstellt, die im Betriebe Verwendung finden, so dass im Durchschnitt der ganze Schulbetrieb sich annähernd selbst unterhält. Jeder der

ausgebildeten Lehrlinge hat Anspruch auf eine Stellung in den Fordschen Werken, doch ist er zur Annahme einer solchen nicht verpflichtet.

Ein weiteres Moment, das viele Arbeiter am Betriebe festhält, ist die unter amerikanischen Arbeitern und kleinen Leuten weitverbreitete Gepflogenheit, sich ihr Automobil abzahlungsweise zu kaufen, wobei die Firma Ford natürlich ganz besondere Erleichterungen bietet.

Schliesslich sei noch ein Wort über das Verhältnis des Fordschen Unternehmens zu den Gewerkschaften gesagt. Der deutsche Gewerkschafter, der von Ford reden hört, denkt zuvörderst an den Unternehmer, der es sich selbst als einen besonderen Erfolg ankreidet, jederzeit ohne die Einmischung der „unions“ gearbeitet und jedes Verhandeln mit ihnen abgelehnt zu haben. Auch ich bin mit dieser Idee nach Amerika gefahren und war sehr erstaunt, von prominenten amerikanischen Gewerkschaftsführern eine viel günstigere Meinung über Ford und seine Betriebe zu hören, als ich sie von vornherein hatte. Erst einige später erworbene Vertrautheit mit den industriellen und sozialen Verhältnissen in Amerika hat mir das zunächst Unbegreifliche verständlich erscheinen lassen.

Kapitalistische Arbeitgeber, welche die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung als Institution lieben, gibt es natürlich auch in Amerika nicht. Der gewerkschaftliche Kampf um die Arbeitsbedingungen ist dort nicht minder zäh und hartnäckig als in Europa. Doch ist es den amerikanischen Gewerkschaften gelungen, in vielen Betrieben ihre Bedingungen durchzusetzen. In diesen gewerkschaftlich organisierten Unternehmungen, die man dort „union shops“ nennt, ist der Achtstundentag, in vielen die 44- und sogar 42-Stunden-Woche durchgeführt, es gibt einen tariflichen Mindestlohn, Schutzbestimmungen, Lehrlingsreglements und anderes, ähnlich wie in solchen Betrieben bei uns. Die unorganisierten Betriebe arbeiten fast alle über acht, zumeist neun Stunden, haben fast durchweg geringere Löhne und in der Regel keinerlei besonderen Arbeiterschutz. Henry Ford dagegen ist einen Mittelweg gegangen, indem er die Gewerkschaften von seinem Unternehmen fernhielt, gleichzeitig aber in seinen Betrieben deren Forderungen erfüllte. Beachtlicherweise ist bei Ford der Achtstundentag durchgeführt. Sein Unternehmen steht damit unter den unorganisierten vereinzelt da. Die Löhne seiner gelernten Arbeiter hat er ebenfalls den „union wages“, den Gewerkschaftslöhnen, angepasst. Sie mögen bei ihm verschiedentlich sogar etwas höher sein als der entsprechende gewerkschaftliche Tariflohn, doch ist dieser selbst bei einer geringen Überbietung für ihn der Massstab, so dass es nur formell richtig ist, wenn er in seinem Buche sagt, er setze die Löhne ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften fest. Bei seinen ungelernten Arbeitern geht er wesentlich über die Löhne auch in den organisierten Betrieben hinaus. Die Möglichkeit und die Notwendigkeit dieser Massnahme wurden vorhergehend dargelegt.

Weil wesentliche Teile der gewerkschaftlichen Forderungen in den Ford-Werken erfüllt sind, die Verhandlung mit den Gewerkschaften aber abgelehnt wird, so macht die Fernhaltung der Organisation aus den Werkstätten keine besondere Schwierigkeit, um so weniger, als das ungelernete Arbeiterelement aus den verschiedensten Rassen und Nationalitäten besteht, von denen einer des

anderen Sprache nicht versteht. In den Schlosserwerkstätten und Werkzeugmachereien dagegen und überhaupt unter den gelernten Arbeitern der Ford-Werke sind sehr wohl Organisierte vorhanden. Denn Ford lehnt es zwar ab, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, sieht aber keinen Entlassungsgrund darin, wenn Arbeiter Mitglieder einer gewerkschaftlichen Organisation sind, wirft auch für die Bekämpfung der Gewerkschaften keine Gelder aus. Darin unterscheidet er sich wiederum von den anderen Inhabern unorganisierter Betriebe, die fast durchweg die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen aktiv betreiben. In den grossen Stahlwerken in Bethlehem z. B. haben uns Arbeiter wiederholt gesagt, dass ihre Firma grosse Summen für die Fernhaltung und Niederringung der Gewerkschaften ausgibt, und dies öffentlich bekannt sei. Ähnliches hörten wir in vielen anderen grossen Unternehmen. Viele von ihnen bedienen sich der Betriebsespionage durch Spitzel und spezielle Detektive. Dieses in Amerika weitverbreitete Bespitzelungs- und Belauschungssystem ist eine Praxis, die schon in den Südstaaten zur Zeit der Negersklaverei zur Verhütung von Aufständen gepflogen wurde und, wie ich glaube, von dort auf den modernen Industriebetrieb überkommen ist. Möglich scheint dies nur — und wir haben es auch nur gefunden — in denjenigen Unternehmen, deren Arbeiterschaft aus vielen Menschenrassen besteht und verschiedene Sprachen redet, viel fluktuirt, und wo einer den anderen nicht kennt. Auch Ford hat eine geheime Polizei zur Betriebsüberwachung, wenn er sie auch nicht so speziell und ausdrücklich wie andere Unternehmer zur Ausfindigmachung etwaiger Organisationszugehörigkeit seiner Arbeiter anwendet. Seine „service men“, die nur an einer Marke erkenntlich sind, die sie an der Innenseite ihres Rockes tragen, waren das Objekt unseres besonderen Widerwillens. Vertrauenswürdige organisierte Arbeiter klärten uns indessen auf, dass dies in fast allen anderen unorganisierten Betrieben noch schlimmer sei. Ein Schutz dagegen sei nur das Eindringen der Solidarität durch die gewerkschaftliche Organisation, und diese wiederum sei nur möglich, wo die Arbeiterschaft nach Sprache und Kultur einigermassen homogen sei. Der Kern des amerikanischen Gewerkschaftertums sei eben immer noch das britische und deutsche Element. Diese würden, wo sie in entscheidender Zahl in einem Betrieb vertreten sind, sich solches Überwachungswesen niemals gefallen lassen.

Wenn erst mehrere Jahre lang die jetzige Einwanderungsabdämmung bestehen wird, die sich namentlich gegen den Zustrom aus Süd- und Osteuropa richtet, werden die jetzt vorhandenen vielsprachigen Nationalitäten sich wenigstens der Sprache nach dem alten germanischen Element angeglichen haben. Diese „Bevölkerungsaufwertung“ bedeutet aber in Amerika gleichzeitig eine gewaltige Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung. Und Henry Ford wird dann nicht der letzte sein, dieses Faktum anzuerkennen. Wir fragten eine leitende Persönlichkeit seines Betriebes, ob Ford, wenn er eines Tages in Berlin ein Zweiggeschäft aufmachen sollte, beabsichtigt, ohne oder gegen die Gewerkschaften zu arbeiten. Die Antwort war bezeichnend: „Ich glaube nicht, dass Ford versuchen würde, sich einer so generalisierten Bewegung wie den deutschen Gewerkschaften entgegenzustellen.“

# Rundschau der Arbeit

SOZIALPOLITISCHE CHRONIK.

Franz Spliedt.

## Soziale Belastung.

Die Wirtschaftskrise hat den Streit um das Mass sozialer Fürsorge und um Lohn und Arbeitszeit unendlich verschärft. Sowohl in den Geschäftsberichten von Einzelunternehmen wie in den Darstellungen der Unternehmerorganisationen wird die derzeitige Wirtschaftslage nicht zuletzt aus einer „unerträglich überspannten Soziallast“ erklärt. Die im Dezember 1925 erschienene *Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie* „zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ berechnet den deutschen Sozialetat (Beiträge für die Sozialversicherung plus Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und Erwerbslosenfürsorge) für das Jahr 1925 auf rund 2,7 Milliarden Mark. Sie erklärt: „Die gegenwärtige Belastung mit Sozialabgaben ist für unsere geschwächte, schwer ringende Wirtschaft nicht tragbar. Es bedarf keiner besonderen Begründung, dass ein Betrag von 2,7 Milliarden Mark jährlicher Soziallasten im *krassen Gegensatz* zu dem Wert unserer Produktion steht.“ Verlangt wird, dass unsere Sozialpolitik „mit den verengten Lebensräumen der Wirtschaft und ihren zahlreichen anderen Lasten in Einklang gebracht“ werde, wenn nicht der Zeitpunkt kommen soll, „an dem die soziale Fürsorge zum Schaden für alle Beteiligten in ihrer Existenz bedroht wird“. Die Anfang Februar 1926 veröffentlichte *Denkschrift der freien Gewerkschaften* „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ setzt sich mit der Unternehmerauffassung über das Mass der Sozialpolitik auseinander: „Die höhere Zahl und der verschlechterte Gesundheitszustand der Versicherten sowie der gesunkene Geldwert bewirken, dass die „Lasten“ der Sozialfürsorge heute verhältnismässig nicht schwerer sind als 1913. Der einzelne Versicherte ist dem realen Wert der Sozialleistung nach heute im wesentlichen nicht besser gestellt als in der Vorkriegszeit.“ Erinnert wird daran, dass seit 1913 die sozialen Leistungen in *allen*

Kulturländern ausgebaut wurden, und dass die Sozialversicherung nicht eine Belastung der Volkswirtschaft darstelle, sondern eine „*volkswirtschaftlich notwendige Pflege*“ der Arbeitskraft. Die vom Reichsverband erhobene Forderung, den Sozialetat in regelmässigen Zeitabschnitten der jeweiligen Wirtschaftslage anzupassen, wird abgelehnt als unvereinbar mit der stetigen Organisation dieser Fürsorge und mit dem Versicherungsprinzip. Die Versicherungsleistungen müssen von Konjunkturen unabhängig gestaltet werden. Gefordert wird der weitere Ausbau der Sozialversicherung, insbesondere des Arbeitslosenschutzes.

Der Streit über die absolute Höhe des deutschen Sozialetats ist durch die am 5. Dezember vom *Reichsarbeitsminister* dem Reichstag übergebene *Denkschrift über die Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge 1924/25\**) wesentlich geklärt worden. Nach der Denkschrift betrug der Aufwand für die Sozialversicherung einschliesslich der Reichszuschüsse (in Millionen Mark)

1923	1924	1925
1431	2016	2343

Hinzutreten die Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge, die für das Jahr 1925 auf rund 230 Millionen Mark geschätzt wurden, die allerdings infolge der im Dezember stark ansteigenden Arbeitslosigkeit um etwa 15 Millionen Mark diese Schätzung übersteigen. Das Jahr 1925 verlangte damit etwa 2,6 Milliarden Mark gegenüber 1,4 Milliarden Mark im Jahre 1913. Es ist nicht möglich, die für den Sozialpolitiker äusserst wichtige Denkschrift an dieser Stelle eingehend zu skizzieren. Die erheblichste Aufwendung erfordert die *Krankenversicherung*, nämlich 1913 etwa 590 Millionen Mark und 1924 etwa 1128 Millionen Mark (für 1925 ist mangels anderer Anhaltspunkte der gleiche Betrag wie 1924 eingesetzt, jedoch wahrscheinlich zu gering). Wichtig ist, dass die Zahl der Versicherten erheblich stieg: 1913 14,4 Millionen Versicherter, 1922 und 1923 je 20 Millionen, 1924 etwa 19 Millionen. Der durch Kriegs- und Nachkriegswirkungen

\*) Reichsarbeitsblatt 1925, Nr. 47, S. 546.

geschwächte Gesundheitsstand führte zu stärkerer Inanspruchnahme der Kassen. — Die nächsthöchsten Aufwendungen verlangt die *Invalidenversicherung*: nämlich 1913 416,5 Millionen Mark (wovon 67,5 Millionen Mark durch Zinsertrag der Rücklagen gedeckt wurden, die durch die Inflation später fortfielen), 1924 460 Millionen Mark, 1925 680 Millionen Mark. Die Zahl der Rentenempfänger ist durch frühere Invalidisierung (65 Jahre) und durch Aufnahme der Witwen und Waisen von Kriegsteilnehmern fast verdreifacht:

	1913	1925
Invaliden .....	1 030 000	1 600 000
Witwen .....	12 000	200 000
Waisen .....	40 000	1 300 000

Die Zahl der in der Invalidenversicherung Versicherten wird auf 16 bis 17 Millionen Personen geschätzt. Da eine genaue Aufrechnung der Versicherten nicht stattfindet, ist man leider hinsichtlich des erfassten *Personenkreises* auf Schätzungen angewiesen und hier lässt die Denkschrift eine sehr wichtige Frage offen. 1924 wurden 612 Millionen Beitragswochen vereinnahmt (Verkauf der Beitragsmarken), während das Jahr 1913 814 Millionen (also 212 Millionen mehr) Beitragswochen aufbrachte. Wohl ist das Reichsgebiet seither verkleinert, Angestellte, die *früher* zugleich für die Invalidenversicherung beitragspflichtig waren, steuern heute *nur* in die Angestelltenversicherung (etwa 1,3 bis 1,4 Millionen Versicherte), ausserdem ist die erheblich stärkere Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1913 in Rechnung zu stellen. Aber trotz allem ist der Rückgang um 212 Millionen Beitragswochen, vor allem verglichen mit dem starken Ansteigen der Krankenversicherten, zunächst *unerklärlich*. — Die *Angestelltenversicherung* verlangte 1913 138 Millionen Mark, 1924 129,5 und 1925 181,5 Millionen Mark *Beitrag*. Die *Ausgaben* sind erheblich geringer (1924 nur 30 Millionen Mark), weil im Hinblick auf die schnell steigende Leistungsverpflichtung dieser Versicherung (monatlich rund 1600 neue Renten) Beiträge erhoben werden, die für die nächsten Jahre eine Ausgleichsreserve gestatten. — Die

*Unfallversicherung* umfasst 24,3 Millionen Versicherte (einschliessl. Kleinunternehmer und Landwirte). Der Aufwand ist von 228 Millionen Mark für 1913 auf 150,4 Millionen Mark für 1924 und 191,6 Millionen Mark für 1925 gesunken. Für 1926 ist eine durch die Neuordnung der Unfallversicherung, in geringer Masse auch durch die neuerliche Einbeziehung einer Reihe von Gewerbekrankheiten, eine Steigerung des Aufwandes zu erwarten. — In der *knappschaftlichen Pensionsversicherung* stiegen die Beiträge von 58 Millionen Mark in 1913 auf 148 Millionen Mark in 1924, resp. 157 Millionen Mark in 1925. Über diese Versicherung ist an anderer Stelle noch einiges zu sagen.

So wertvoll die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums schon allein im Hinblick auf den heftigen Streit über die absolute Höhe des deutschen Sozialesatzes ist, weil sie endlich dem oft beliebten Spiel mit unsinnig hohen Zahlen ein Ende macht, so bedingt lässt sie ein klares Bild für 1926 zu. Zwei Faktoren: Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung, hängen unmittelbar in Einnahmen und Ausgaben vom Arbeitsmarkt ab. Die übrigen Versicherungseinrichtungen mindestens mittelbar von der Einnahmeseite her, weil sich bei dem zurzeit unvermeidlichen Umlageverfahren in Krisenzeiten die Kostendeckung auf weniger Beitragszahler mit steigendem Beitrag konzentriert. Die Krankenkassen sind z. B. infolge der Krise so stark durch eine erhöhte Krankenzahl belastet, dass viele Kassen in ernste Finanzschwierigkeiten gerieten und sich durch Beitragserhöhung sanieren müssen.

#### Arbeitsmarkt.

Der *Arbeitsmarkt* hat sich weiter verschlechtert. Zahl der durch

	Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten	Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden (Prozent der Mitglieder) Vollerwerbsl. Kurzarb.
1925 1. 11.	363 919	5,8 12,4
1. 12.	673 315	10,7 16
1926 1. 1.	1 498 681	18,9 18,6
15. 1.	1 767 215	— —
1. 2.	2 030 792	21,8 22,8
15. 2.	2 058 853	— —
1. 3.	2 056 807	— —

Von je 100 Kurzarbeitern arbeiteten Ende Januar verkürzt: bis 8 Stunden: 21,7, 9 bis 16 Stunden: 31,4, 17 bis 24 Stunden: 34,2 und 25 Stunden und mehr: 12,7.

Die Februarzahl blieb stabil, so dass der Höhepunkt anscheinend erreicht ist. Aber vergeblich sucht man nach Merkzeichen einer Besserung des Arbeitsmarktes. Das seit Wochen offene Wetter liess eine grössere Entspannung erwarten, besonders durch Aufnahme der baugewerblichen und gewisser Saisonarbeiten. Es zeigt sich jedoch, dass in anderen Wirtschaftszweigen die Krise noch zunimmt. Dieses gilt insbesondere für den Bergbau. Noch immer ist das Stilllegen von Zechen nicht zum Abschluss gelangt. Ausserordentlich böse sieht es in der oberschlesischen Montanindustrie aus, wo demnächst umfangreiche Stilllegungen zu erwarten sind. Die Entlassung von Angestellten nahm teils noch stark zu. Andererseits bieten sich einige lichtere Ausblicke. Die Ausfuhr ist dem Werte nach in den letzten Monaten nur ganz gering gesunken, während die Einfuhr stark sank, so dass sich für Januar eine aktive Handelsbilanz mit 88 Millionen Mark ergab. Das Sinken der Einfuhr ist zugleich natürlich auch Ausfluss der Krise. Zu gewissen Hoffnungen berechtigt das Steigen der Aktienkurse und der Spareinlagen. Eines schält sich immer klarer heraus: Deutschland wird noch auf lange Zeit hinaus mit ausserordentlich hohen Arbeitslosenziffern rechnen müssen.

#### *Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.*

Um eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen, erklärte sich die Regierung Ende November zur *verstärkten Förderung der Notstandsarbeiten* bereit. Neben den Zuschuss aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge (das Einfache bis Anderthalbfache der ersparten Unterstützung) kann ein Darlehn aus Reichs- und Landesmitteln bis zum Vier- bis Fünffachen der ersparten Unterstützung treten. Die Verzinsung kann bis auf 4 Prozent gesenkt werden bei zehnjähriger Tilgungsfrist und ein bis zwei Freijahren. Diese Erleichterungen haben

die Notstandsarbeiten vermehrt. Jedoch waren am 15. Februar beschäftigt bei Notstandsarbeiten erst 87 014 Erwerbslose. — Zur beschleunigten Inangriffnahme von *Arbeiten* sind der *Reichsbahn* 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Über die Hergabe weiterer 50 Millionen Mark wird noch verhandelt. — Der Reichsarbeitsminister kündigte ein grosses *Wohnungsbauprogramm* an, zu dessen Finanzierung grössere in- oder auch ausländische Kredite herangezogen werden sollten. Dieses Projekt hat in weiten Kreisen Ablehnung erfahren, weil angeblich die Investierung erheblicher Kredite im Wohnungsbau *gefährlich* sei. Die an sich geringen zur Verfügung stehenden Kredite sollen der Wirtschaft einzig zu *produktiven* Zwecken zugeführt werden. Die Gewerkschaften haben sich unter Ablehnung dieser Anschauung sehr stark für das Projekt eingesetzt. Zurzeit schweben noch die Verhandlungen. Dem Vernehmen nach hat der Reichsarbeitsminister den Plan, Auslandskredite für den Wohnungsbau flüssig zu machen, inzwischen aufgegeben. — Daneben wird eine Reihe *wirtschaftspolitischer Massnahmen* zur Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes lebhaft diskutiert. Stark diskutiert wird die Durchführung einer Exportversicherung, besonders im Hinblick auf das russische Geschäft. Für letzteres sollten 300 Millionen Mark in Form einer Kreditversicherung bereitgestellt werden. Die Verhandlungen sind jedoch Anfang März ins Stocken gekommen.

#### *Arbeitsnachweis.*

Die Not *älterer Angestellter* veranlasste, dass der RWR. eine Reihe von Hilfsmassnahmen vorschlug, darunter eine allen Betrieben mit mehr als fünf Angestellten zuffallende *Meldepflicht* offener Stellen. — Die SPD.-Fraktion hat im Reichstag beantragt, dass auch alle gewerblichen Betriebe verpflichtet werden, offene Arbeitsstellen dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden.

#### *Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.*

Die Erwerbslosenunterstützung wurde durch den starken Druck der Gewerk-

schaften und der Arbeiterparteien im Parlament erhöht. Zunächst vom 14. Dezember an um 20 Prozent für alle Hauptunterstützungsempfänger und 10 Prozent für die Familienzuschläge. Weiter gehende Forderungen wurden im Reichstag abgelehnt. Am 20. Februar beschloss dieser, die Unterstützung alleinstehender Lediger zu erhöhen (bis zum Alter von 21 Jahren um 20 Prozent, über 21 Jahre um 10 Proz.). Im übrigen tritt die Erhöhung der Unterstützung aller übrigen Erwerbslosen um 10 Prozent erst nach einer *achtwöchigen* Unterstützungsfrist ein. Familienzuschläge wurden nicht erhöht. — Zugleich musste die Regierung dem starken Druck nachgeben und eine (allerdings unbefriedigende und verklausulierte) *Kurzarbeiterunterstützung* ab 1. März einführen. Diese beiden letzten Massnahmen sind jedoch bis zum 1. Mai *befristet*. Bezüglich der Kurzarbeiterunterstützung gab die Regierung zu erkennen, dass ihre Wiedereinführung nur als schnell vorübergehende *Notmassnahme* gelten könne, und dass sie keineswegs beabsichtige, die Kurzarbeiterunterstützung in das Arbeitslosenversicherungsgesetz aufzunehmen. Mit der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung hob der Reichsarbeitsminister vom 1. März an die sogenannte *Werksbeurlaubtenunterstützung* auf, so dass künftig bei längerem Aussetzen der Arbeitnehmer seine Entlassung nehmen muss, um in den Genuss der Erwerbslosenunterstützung zu kommen. Diese Massnahme hat in den Industrien mit starker Werksbeurlaubung viel Unwillen hervorgerufen. Die kurze Befristung der zuletzt beschlossenen Verbesserungen zwingt dazu, die Debatten über die Unterstützung der Erwerbslosen bereits jetzt wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaften verlangen eine grundsätzliche Änderung der Berechnungsmethode durch *sofortige Einführung* einer nach Lohnhöhe *gestaffelten* Unterstützung (wie im Versicherungsentwurf vorgesehen) und Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung.

Der seit langem geführte Kampf, auch den höher bezahlten Angestellten der Erwerbslosenfürsorge zu unterstellen (bisher

nur Angestellte mit einem Gehalt bis zu 2700 Mk. jährlich) war endlich erfolgreich. Mit dem 1. Januar 1926 sind Angestellte bis zu einem Gehalt von 6000 Mk. jährlich beitragspflichtig und fürsorgeberechtigt. Der Beitrag wird in diesem Falle jedoch nur von einem Einkommen von 2700 Mark berechnet.

#### *Kostenaufbringung.*

Die sprunghaft steigenden Kosten der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge führten zur Bildung einer das ganze Reich umfassenden einheitlichen *Beitragsgemeinschaft*, einer seit langem von den Gewerkschaften erhobenen Forderung. Der Beitrag ist vom 1. Februar an auf 3 Proz. des Lohnes für alle Beitragspflichtigen festgesetzt. Ein Drittel dieses Beitrages ist für den *Reichsausgleich* bestimmt. In diesen fließen auch etwaige Überschüsse einzelner Bezirke. Da fast alle Bezirke durch grosse Erwerbslosigkeit belastet sind, und diese ohnehin den Höchstbeitrag einfordern müssen, hat diese Verordnung im Augenblick keinen praktischen Wert, wohl aber in der Zeit sich bessernder Konjunktur. Zurzeit stehen einem Gesamtaufwand für die *unterstützende* Erwerbslosenfürsorge (ohne Notstandsarbeiterdarlehn) von etwa 120 Millionen Mark im Monat etwa 40 Millionen Mark Beitragseinnahmen gegenüber.

#### *Arbeitslosenversicherung.*

Angesichts der grossen Schwierigkeiten, die aus dem derzeitigen System der Erwerbslosenfürsorge fließen, wird die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung immer dringlicher. Bereits im Herbst wurde dem Reichswirtschaftsrat der Entwurf des Gesetzes zur Begutachtung vorgelegt. Die Beratungen haben (nach fünf Monaten) noch nicht begonnen, weil die Regierung bis zur Stunde noch nicht die *Begründung* des Entwurfs vorlegte. Wenn auch das sprunghafte Steigen der Erwerbslosigkeit seit dem Herbst die Begründung einzelner Abschnitte des Entwurfs (Lastenverteilung, Kostendeckung, Organisationsaufbau usw.) immer wieder umwarf, so konnte trotzdem die Begründung längst vorliegen. Andererseits

konnte der RWR, sehr wohl auch ohne Begründung eine seit Jahren diskutierte Frage beraten. Die ersten Verhandlungen im RWR, sind nunmehr auf Mitte März angesetzt. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich erneut mit der dringenden Forderung an die Regierung gewandt, die Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung zu beschleunigen.

Inzwischen nehmen die *Körperschaften* Stellung zum Entwurf. Die *freien Gewerkschaften* haben ihre Forderungen, das Resultat gemeinsamer Beratungen zwischen ADGB. und AfA-Bund, in ihren Bundesorganen publiziert. Die *Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände* kam mit einem (bisher sorglich geheimgehaltenen) Gegenentwurf heraus, desgleichen der *Deutsche Städtetag*. Die Vereinigung versucht eine Arbeitslosenversicherung zu *hintertreiben*, oder ihr doch den Charakter einer Versicherung zu nehmen. Auch künftig soll *kein* Rechtsanspruch auf Unterstützung gewährt werden, sondern nur der „*Bedürftige*“ soll Unterstützung erhalten. Die *Leistungen* sollen ganz tief gehalten werden. Eine einheitliche Kostendeckung wird abgelehnt. Die *Verwaltung* soll praktisch unter weitester Beschränkung der Vertreter der Versicherten und ihrer Arbeitgeber den *Länderregierungen* obliegen, und die Arbeitslosenversicherung zur Staatsaufgabe werden. Die Kosten sollen gedrittelt von Versicherten, Arbeitgebern und öffentlicher Hand getragen werden. Der Entwurf führt seine arbeiterfeindliche Tendenz im einzelnen konsequent durch. (Streikklausel — Pflichtarbeit — Beseitigung der Sicherung der Tariflöhne usw.)

Der Entwurf des *Deutschen Städtetages* entspringt den besonderen Interessen der Gemeinden an der Arbeitslosenversicherung. Im Gegensatz zum Arbeitgeberentwurf will er die Versicherungsleistung genügend weit ausgebaut wissen. Der Rechtsanspruch soll gewährleistet sein. Auch soll eine Kurzarbeiterunterstützung eingefügt werden. Die Gemeinden glauben, eine nach dem Regierungsentwurf aufgebaute Versicherung dränge ihren Einfluss zu stark zurück, daher

basiert ihr Entwurf auf der grundsätzlich anderen *Organisationform*. Der Schwerpunkt der Versicherung soll in die *untere* Instanz, die *örtliche*, rechtsfähige Arbeitslosenkasse, gelegt werden. Für dieses Ziel bietet der Städtetag die Beteiligung der Gemeinden an der Kostentragung mit dem bisherigen Neuntel. Zu den Vorschlägen, besonders zu jenen bezüglich der Ausgestaltung der Leistung, leitet ihn nicht zuletzt sein grosses Interesse hinsichtlich der wohlfahrtspflegerischen gemeindlichen Pflichten aufgaben, die durch eine weitgehende Arbeitslosenversicherung eingeschränkt werden.

#### *Arbeitszeit.*

Die *englische* Regierung hat die deutsche, französische, italienische und belgische Regierung zu einer gemeinsamen Aussprache über die Voraussetzungen einer *Ratifikation des Washingtoner Abkommens* eingeladen. Nachdem diese Einladung von den beteiligten Regierungen akzeptiert wurde, wird die Konferenz als Fortsetzung der Berner Besprechungen Mitte März in London tagen. Die deutsche Regierung hat Anfang März dem Rechtsausschuss den Referentenentwurf zu einem *Arbeitsschutzgesetz* vorgelegt. Es sollen *Betriebsgefahren, Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Ladenschluss und Arbeitsaufsicht* in einem einheitlichen Gesetz geregelt werden. — Am 19. Januar stimmte der RWR, mit einigen Abänderungen dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über Einsetzung eines *Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft* zu. Aufgabe dieses Ausschusses ist, insbesondere auch eingehende Untersuchungen anzustellen über die Auswirkungen der *Arbeitszeit* auf den Produktionseffekt. Der Entwurf liegt zurzeit dem Reichstag vor. Es ist damit zu rechnen, dass im Frühling eine allgemeine Wirtschaftsenquete begonnen wird, die für die heiss umstrittene Frage der Arbeitszeit bedeutungsvoll sein wird.

#### *Seelenteversicherung.*

Im Reichstag kündigte der Arbeitsminister die baldige Einbringung eines Gesetzent-

wurfs über die Einbeziehung der *Seeleute* in die *Krankenversicherung* an. Nachdem seit mehr als 20 Jahren die Seeleute eine Krankenversicherung analog der der übrigen Arbeiterschaft fordern, unterbreitete im April 1922 der deutsche Seefahrtsausschuss der Reichsregierung einen diesbezüglichen Entwurf. Seither ist nichts Entscheidendes in dieser Angelegenheit getan. Hoffentlich folgt der Ankündigung des Reichsarbeitsministers nunmehr auch bald die Tat.

### *Knappschaft.*

Der Reichswirtschaftsrat hat Anfang Januar abschliessend Stellung zur *Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes* genommen. Die Leistungen der Knappschaft und die verhältnismässig hohen Beiträge sind seit langem ein besonderer Angriffspunkt der Unternehmer in ihrem Kampf gegen die Sozialpolitik. Durch die Krise des Bergbaus sank die Zahl der Knappschaftsversicherten von 1 100 000 auf 617 000, während zugleich die Zahl der Pensionäre schnell wuchs. Die Schwierigkeiten will der Regierungsentwurf überwinden durch Erschwerung der Altersrente (erst vom 55. Lebensjahre an nach 30 Dienstjahren, statt wie bisher vom 50. Jahre und nach 25 Dienstjahren). Die Altersrente soll auf 60 Prozent der Invalidenrente herabgesetzt und die nebeneinander bezogenen Renten gegenseitig aufgerechnet werden. Soweit sie im Gesamtbetrag den Durchschnittslohn oder das Gehalt des Versicherten übersteigen, sollen sie ruhen. Die monatelangen Verhandlungen im RWR führten nicht zur Einigung mit den Arbeitgebervertretern. Nur mit den Stimmen der Abteilung 3 konnte ein Gutachten zustande kommen, das u. a. eine Hilfe aus Reichsmitteln für die früher eingetretenen Renten- und Anwartschaftskosten forderte, und sich für eine billige Kürzung der Altersrente ausspricht. Beim Zusammentreffen mehrerer Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung soll nur der Teil der knappschaftlichen Rente ruhen, der 90 Prozent des Arbeitseinkommens übersteigt. Der Gesetzentwurf liegt zurzeit dem Reichstag vor.

### *DAS ARBEITSLOSENPROBLEM DER ANGESTELLTEN.* Fritz Schröder.

Die grosse Arbeitslosigkeit unter den Angestellten ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Angestellten vom typischen kapitalistischen Arbeitsschicksal erfasst sind. Für die kaufmännischen Angestellten bedeutet das gleichzeitig eine Berufstragödie. Die letzten Schleier der Romantik zerflattern; aus dem ehemaligen universalen Kaufmann ist ein Teilarbeiter geworden, dessen Arbeit immer mehr zergliedert und durch die Maschine ersetzt wird.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, diesen Prozess einmal in all seinen Einzelheiten zur Darstellung zu bringen und zu zeigen, wie die kaufmännische Bureauorganisation sich von Grund auf geändert hat und noch immer in einem fortlaufenden Wandel begriffen ist, welche Veränderungen sich daraus in Zusammensetzung und Tätigkeit der Angestellten bis weit in die Schicht der leitenden Angestellten ergeben. Dieser Proletarisierungsprozess als unausbleibliche Konsequenz fortschreitender kapitalistischer Arbeitsteilung gibt dem Arbeitslosenproblem der Angestellten eine besondere Prägung. Die Erkenntnis dieses Zusammenhanges muss zu einer Stärkung der Einheitsfront von Arbeitern und Angestellten führen, wird doch immer sichtbarer, wie gerade diese Einheitsfront die Voraussetzung für die Überwindung dieses kapitalistischen Arbeitsschicksals ist.

Noch kurz vor dem Kriege existierte für die Angestellten ein Arbeitslosenproblem im Grunde genommen nicht. Völlig unfassbar wäre aber insbesondere der Gedanke gewesen, dass Angestellte, die Jahrzehnte oder ein Leben lang im Dienste einer Firma gestanden haben, jemals hätten arbeitslos werden können. Und doch hat die kurze Zeitspanne eines Jahrzehnts diesen grundlegenden Wandel hervorgerufen.

Aus zwei Ursachenreihen resultiert die gewaltige Arbeitslosigkeit unter den Angestellten. In der Kriegszeit entfalteten die Militärbehörden und Kriegswirtschafts-

organisationen eine grosse Nachfrage nach Angestellten zur Erledigung ihrer Verwaltungsaufgaben. Eine erhebliche Arbeitslosigkeit unter den Angestellten musste somit die unausbleibliche Folge im Verlaufe der Demobilisierung sein, wenn Handel und Industrie infolge ausbleibender günstiger Wirtschaftsentwicklung nicht aufnahmefähig sein würden. Aus den verschiedensten Gründen trat dieser Zustand nicht ein. Einstellungszwang der Kriegsteilnehmer, Einführung des Achtstundentages, weitgehender Kündigungsschutz durch Einführung von Kurzarbeit, bevor Entlassungen zulässig waren, verhinderten eine grössere Arbeitslosigkeit. Als wirksamste Gegentendenz erwies sich dann die Inflation. Der Verwaltungsapparat nahm immer grösseren Umfang an. Typisch dafür ist die Entwicklung im Bankgewerbe, das bei verminderter ökonomischer Funktion zur Bewältigung der Verwaltungsaufgaben das Mehrfache an Personal gegenüber der Vorkriegszeit benötigte.

Mit der Stabilisierung der deutschen Währung musste aus diesen rein äusseren Gründen eine erhebliche Arbeitslosigkeit unter den Angestellten eintreten. Sie war um so unausbleiblicher, da der ökonomische Liberalismus mehr denn je die Köpfe benebelte, von der berühmten Freiheit der Wirtschaft alles Heil erwartet wurde und bei der politischen und ökonomischen Kräftegruppierung keine Möglichkeit bestand, durch planvolle Wirtschaftsgestaltung und Umgruppierung von Arbeitskräften die Entwicklung aufzuhalten. Künstlich verschärft wurde die Situation durch den gleichzeitigen Abbau sozialpolitischer Schutzgesetze. Die Arbeitszeit wurde in erheblichem Umfange verlängert, teilweise weit über die übliche Arbeitsdauer der Vorkriegszeit. Dazukommt ein beispielloses Überstundenunwesen, dem nicht ausreichend entgegengetreten wird, weil es insbesondere an dem notwendigen Ausbau der Gewerbeaufsicht zur Überwachung des Angestellten-schutzes mangelt.

Zu diesen äusseren Gründen der Arbeitslosigkeit unter den Angestellten treten die

eingangs skizzierten Veränderungen in der Bureauorganisation, die darin gipfeln, menschliche Arbeitsleistung durch die Maschine zu ersetzen. Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte haben sich hier beispiellose Wandlungen vollzogen. Man braucht nur an die Schreib-, Rechen-, Adressier-, Buchhaltungs-, Statistik-, Stenographie-maschinen, Vervielfältiger, die Brieffertig-maschinen, Fernschreiber usw. denken. Es ist noch nicht so lange her, dass der Korrespondent eines kaufmännischen Unternehmens eine gewichtige Persönlichkeit war, der seinen Brief mit der Hand schrieb. Die Kunst des Schreibens galt noch was. Heute arbeitet man nicht nur an der weiteren Vervollkommnung der Schreibmaschine, durch Einführung und Vervollkommnung der Diktiermaschine wird auch die stenographische Aufnahme überflüssig gemacht. Die Einführung von Buchhaltungsmaschinen und ihre Vervollkommnung bedeutet aller Voraussicht nach eine weitere Revolutionierung in der kaufmännischen Bureauorganisation und Überflüssigmachung von Buchhaltern in erheblichem Umfange. In der Zeitschrift „Betrieb und Organisation“ vom August 1925 schreibt Dr. Paul Gerster, Direktor der Deutschen Revisions-Gesellschaft Treuhand A.-G., Dozent an der Handelshochschule Berlin, dazu folgendes: „Die Benutzung von Buchhaltungsmaschinen verlangt aber, und darauf sei mit allem Nachdruck hingewiesen, eine völlig neue *Vororganisation* und eventuell auch *Umorganisation* des *Buchhaltungsbetriebes* selbst. Es ist keineswegs angängig, dass man etwa die bisherigen Kontokorrentführer einfach an die Maschine setzt; sondern an die Maschine darf nur eine, wenn auch buchhalterisch geschulte, aber in allererster Linie maschinell geübte Kraft, am besten eine weibliche Schreibkraft verwendet werden.“

Die gleiche Wirkung hat auch die Einführung neuer Arbeitsmethoden. Ein Beispiel dazu aus den letzten Tagen. Der Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium be-

richtet über die Wirkung neuer Arbeitsmethoden beim Scheckamt Berlin wie folgt:

„Jeder Arbeitsplatz ist wie bisher doppelt besetzt (Buchhalter und Gegenbuchhalter). Dagegen werden nicht mehr die Hundertgruppen für sich bearbeitet und abgeschlossen, die Listen und Streifen kommen somit in Fortfall. Alle zu einem Arbeitsplatz gehörigen Hundertgruppen werden, auch wenn sie nicht laufend sind, in gemeinsame Listen und Streifen eingetippt. Mussten bisher an jedem Arbeitsplatz soviel Abschlüsse gemacht werden, wie Hundertgruppen vorhanden waren, so kommt jetzt nur ein Abschluss in Frage. In dieser neuen Arbeitsmethode liegt die Hauptersparnis an Arbeitskräften, die in Berlin zur Entlassung von rund 180 Kräften geführt hat.“

Es kann meines Erachtens keinem Zweifel unterliegen, dass in dieser Entwicklung die entscheidenden Probleme für die Arbeitslosigkeit der Angestellten zu suchen sind. Das immer wieder auftauchende Schlagwort von der ungenügenden Qualifikation der arbeitslosen Angestellten erfährt auch von dieser Seite aus eine interessante Beleuchtung. Die Einführung von Bureaumaschinen ersetzt nicht niedrigere mechanische Bureauarbeiten, sondern in steigendem Masse Qualitätsarbeit. Hier dürfte der tiefere Grund für die auffallende Erscheinung zu suchen sein, dass nach der Erhebung über die Arbeitslosigkeit der Angestellten unter 55 978 von der Stellenlosigkeit betroffenen kaufmännischen und Bureauangestellten 24 028 sich in leitender oder gehobener Stellung befunden haben. Auch diese Erhebung zeigt, wie unbegründet das Schlagwort von der ungenügenden Qualifikation der arbeitslosen Angestellten ist.

Aus der Erkenntnis des hier dargestellten Zusammenhanges zwischen kaufmännischer Bureauorganisation und Arbeitslosigkeit unter den Angestellten ergeben sich nicht zuletzt bedeutsame Folgerungen für eine ergänzende Berufsausbildung und Berufsumschulung. Hier werden auch die ent-

scheidenden Zusammenhänge mit dem Gesamtproblem der Berufsausbildung sichtbar. Es würde zu weit führen, bei dieser Gelegenheit darauf näher einzugehen. Im Grunde genommen hat diese Entwicklung auch zu jenen Erscheinungen geführt, die man als Krise der kaufmännischen Berufsausbildung bezeichnen könnte. Die entscheidenden Auseinandersetzungen werden bei dem angekündigten Berufsausbildungsgesetz zu führen sein, und es wird sich dann auch zeigen, dass eine reichsgesetzliche Neuregelung des Berufsschulwesens im Rahmen einer umfassenden Reform des gesamten Schulwesens ebenfalls nicht länger aufschiebbar ist.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich in den letzten Monaten, ausgehend von der Notlage der älteren Angestellten, in langwierigen Beratungen mit dem Arbeitslosenproblem der Angestellten auseinandergesetzt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist sehr mager ausgefallen. Es besteht in einer Meldepflicht aller offenen Stellen, die für eine Besetzung mit versicherungspflichtigen Angestellten in Betracht kommen. Bei der Stellenvermittlung sollen vorzugsweise geeignete ältere Angestellte und Versorger von Familienangehörigen vorgeschlagen werden. Von einem Benutzungszwang ist keine Rede. Es handelt sich also um einen äusserst bescheidenen Fortschritt auf dem Wege zu einer richtigen Arbeitsmarktorganisation. So unentbehrlich eine umfassende, sozial funktionierende Arbeitsmarktorganisation ist, so notwendig ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen, weitgehender Kündigungsschutz, Einführung von Abkehlgeldern und ähnliche sozialpolitische Schutzmassnahmen sind, ihre restlose Verwirklichung vermag dennoch das Arbeitslosenproblem der Angestellten nicht vollkommen zu lösen. Verschärft wird das Arbeitslosenproblem der Angestellten im kapitalistischen Wirtschaftssystem aus mancherlei Gründen. Und die Bedeutung aller Untersuchung wird darin liegen, dass sich die Angestellten dieser Einsicht immer weniger verschliessen werden.

## KONSUMGENOSSENSCHAFTLICHE FÖRSORGE-EINRICHTUNGEN.

August Kasch.

Eine Seite der konsumgenossenschaftlichen Betätigung, deren Umfang und Bedeutung in weiteren Kreisen so gut wie gar nicht bekannt ist und gewürdigt wird, ist die Fürsorge für alt und arbeitsunfähig gewordene Mitarbeiter und für Witwen und Waisen solcher. Das ist um so verwunderlicher und bedauerlicher, als die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine für diesen Zweck ins Leben gerufenen Einrichtungen bereits 20 Jahre bestehen und in vielen Fällen ausserordentlich segensreich gewirkt haben.

Schon vor der Gründung des Zentralverbandes, gleich nach den Kreuznacher Vorgängen, bezeichnete das offizielle Organ der Konsumgenossenschaften es als deren Aufgabe, für diejenigen, die ihre Lebenskräfte in den Dienst der Bewegung stellten, im Falle der Erwerbsunfähigkeit einzutreten und sie und ihre Angehörigen vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege zu bewahren. Der konstituierende Genossenschaftstag in Dresden 1903 veranlasste denn auch bereits eine Enquete, auf Grund deren mit Hilfe anerkannter Versicherungstechniker der Plan einer Unterstützungskasse ausgearbeitet wurde. Der nächste Genossenschaftstag (Hamburg 1904) beauftragte einen engeren Ausschuss mit weiteren Vorarbeiten, deren Ergebnis, nachdem auch die Gewerkschaften der Lagerhalter, Handlungsgehilfen, Bäcker und Transportarbeiter sich zur Sache geäußert hatten, dem dritten Genossenschaftstag (Stuttgart 1905) unterbreitet wurde und Annahme fand. Die erste Generalversammlung der Unterstützungskasse fand im Juni 1906 in Stettin statt; bereits im ersten Geschäftsjahre traten ihr 84 Genossenschaften mit 1688 Versicherten bei. Im Jahre 1914 waren es bereits 241 Genossenschaften mit 918 Versicherten und im Jahre 1924 nicht weniger als 277 Genossenschaften mit 14 397 Versicherten. Der Name wurde inzwischen in „Pensions-

kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“ umgewandelt.

Über Aufbau und Leistungen der Kasse sei bemerkt:

Die Mitgliedschaft können erwerben:

a) Genossenschaften, genossenschaftliche Vereinigungen und Gesellschaften, die dem Zentralverband angehören,

b) deren gegen Lohn oder Gehalt im Hauptberufe dauernd beschäftigte Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen, sofern sie das 21. Lebensjahr vollendet und 50 Jahre nicht überschritten haben und ein einwandfreies Gesundheitsattest beibringen.

Bei den Genossenschaften ist Voraussetzung, dass alle ihre unter b bezeichneten Beschäftigten, sofern sie nicht einer anderen gleichwertigen Kasse angehören, ihren Beitritt erklären, bei den Beschäftigten, dass ihr Arbeitgeber der Kasse beiträgt. Abgelehnt werden, mit Ausnahme von Kriegsteilnehmern, Personen, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 25 Prozent beschränkt ist. Diese können nur aufgenommen werden unter gewisser Beschränkung der Ansprüche. Bei den Arbeitgebern kann von der angeführten Voraussetzung nur durch Verwaltungsratsbeschluss in bestimmten Fällen eine Ausnahme gemacht werden; alle verpflichten sich, nur Personen zu beschäftigen, die sich bereit erklären, Mitglieder der Kasse zu werden. Die Mitgliedschaft einer Vereinigung erlischt nur bei Liquidation oder Ausschluss bzw. durch Auflösung der Kasse, die der aufgenommenen Personen durch Tod, Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei einer angeschlossenen Vereinigung oder bei deren Liquidation oder Ausschliessung, durch Ausschluss oder freiwilligen Austritt. Wer binnen drei Monaten in einer anderen angeschlossenen Vereinigung in Arbeit tritt, kann Mitglied bleiben, ebenso, wer nach fünfjähriger Mitgliedschaft die beiderseitigen Beiträge fortzahlt. Letzterer kann auch die Mitgliedschaft bis zur Dauer von drei Jahren ruhen lassen.

Der jährliche Beitrag für jeden Versicherten beträgt 8 Prozent des in Anrech-

nung zu bringenden, im Vorjahre tatsächlich verdienten, auf hundert Reichsmark nach oben abgerundeten Jahresgehalts oder -lohns. Davon zahlt 4 Prozent die Vereinigung, 4 Prozent der Versicherte. Höchste Versicherungsgrenze für ein Jahreseinkommen ist der doppelte Wochenlohn eines Buchdruckers in der höchsten Ortsklasse in der letzten vollen Woche des abgelaufenen Jahres, multipliziert mit 52 und auf 100 Reichsmark nach oben abgerundet. Wer nach 15jähriger Mitgliedschaft aus dem Dienst einer angeschlossenen Genossenschaft ausscheidet, kann sich freiwillig mit der Hälfte des bisher beitragspflichtigen Gehalts (Beitrag 8 Prozent) weiterversichern, wer nach 20jähriger Mitgliedschaft ausscheidet, gegen Zahlung von jährlich 20 Prozent der von beiden Teilen zusammen gezahlten Beiträge.

Die zu leistende *Invaliden-* und *Altersrente* wird berechnet nach der Zahl der vollen Monate, für die Beiträge geleistet wurden, und nach dem zuletzt versicherten Einkommen, wenn es nicht in einem Missverhältnis zu dem versicherten Einkommen der letzten fünf Jahre steht, in welchem Falle der Vorstand ein Durchschnittseinkommen festsetzt. Berechnet werden nach fünfjähriger Beitragsleistung 20 Prozent, für jedes weitere Jahr 2 Prozent, also nach 10 Jahren 30 Prozent, für jedes dann folgende Jahr 1 Prozent bis zu einem nach 40jähriger Beitragsleistung erreichten Höchstsatzes von 60 Prozent.

*Invalidenrente* wird nach fünfjähriger Mitgliedschaft gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit nach ärztlicher Bescheinigung um mindestens 50 Prozent vermindert ist. Mit Vollendung des 65. Lebensjahres wird die *Invaliden-* in eine *Altersrente* umgewandelt. *Altersrente* wird nach Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. 40jähriger Mitgliedschaft bei Aufgabe der vollen Erwerbstätigkeit ohne Anrechnung staatlicher oder privater *Altersrente* gewährt.

Die *Witwen-* und *Waisenrente* bemisst sich nach der Höhe der *Altersrente*, die dem Verstorbenen zugekommen wäre, wenn

er in den Genuss der Rente getreten wäre, oder die er tatsächlich erhalten hat. Die *Witwenrente* beträgt die Hälfte der Rente des Ehemanns, die *Waisenrente* (Erziehungsgeld) für jedes Kind ein Zwölftel der Rente des Ehemanns, im Höchstoffalle jedoch ein Viertel, so dass also *Witwen-* und *Waisenrente* zusammen im Höchstoffalle drei Viertel der Rente des Ehemanns oder Vaters ausmachen. Das Erziehungsgeld wird bis zum 1. April des Jahres gewährt, in dem die Waise das 18. Lebensjahr vollendet. Beim Tode einer Witwe wird die *Waisenrente* verdoppelt, darf aber insgesamt drei Viertel der *Altersrente* des Vaters nicht übersteigen. Eine sich verheiratende Witwe erhält das Dreifache der von ihr persönlich bezogenen Jahresrente als Abfindung; die *Waisenrente* wird dadurch nicht berührt.

Ein Mitglied, das aus der Kasse ausscheidet, erhält den von ihm persönlich eingezahlten Kassenbeitrag unverkürzt, aber unverzinst zurück. Der Sitz der Kasse ist in Hamburg. Die Kasse hat dank dem Entgegenkommen ihrer genossenschaftlichen Hypothekenschuldner nach Beendigung der Inflation im Gegensatz zu fast allen anderen Kassen ihre Leistungen auch den alten Rentnern gegenüber wieder auf die volle Höhe gebracht. Dadurch war sie in der erfreulichen Lage, vielen Bedrängten hochwillkommene Hilfe zu leisten und ihre Lebenslage erträglich zu gestalten. Über den Umfang der Kasse möge die Jahresabrechnung 1924 Auskunft geben: Der Vermögensvortrag aus dem Vorjahre betrug 949 396,47 Mark, an Beiträgen gingen ein 2 109 739,95 Mark, an Zinsen und Gewinn aus Vermögensanlagen 183 428,59 Mark, durch Umlagen und Zuwendungen 23 742,23 Mark, durch Mehraufwertung angelegter Vermögen 1 273 199,68 Mark, so dass sich ein Gesamtbetrag von 4 515 764,69 Mark ergab, von welchem ein Vermögensvortrag von 4 198 607,82 Mark verblieb, nachdem abgegangen waren: für *Invalidenrenten* 50 945,50 Mark, *Witwenrenten* 99 665,50 Mark, *Waisenrenten* 10 149,55 Mark, *Alters-*

renten 70 266,50 Mark, Kriegsinvaliden-, -witwen- und -waisenrenten 13 149,45 Mark, zurückgezahlte Beiträge 43 235,33 Mark, Verwaltungskosten 29 744,94 Mark.

Die volle Wirkung der Kasse tritt natürlich erst allmählich in die Erscheinung. Die Zahl der Rentenansprüche steigt jedoch schon jetzt ansehnlich. Das Jahr 1925 hat einen erheblichen Zuwachs gebracht. Rechnet man hinzu, dass die Genossenschaftszentralen und eine Anzahl grosser Konsumvereine noch Hauspensionskassen (Zuschusskassen) errichtet haben, die eine erhebliche Erhöhung der Renten schon nach kürzerer Dienstdauer und eine Steigerung der Höchstgrenze bis zu 75 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes oder Gehaltes bringen, so muss man zu dem Schluss kommen, dass die Konsumgenossenschaftsbewegung hier ein vorbildliches soziales Werk geschaffen hat, dessen Erhaltung durch Stärkung der genossenschaftlichen Organisationen sich jeder angelegen lassen sein sollte.

### SCHRIFTENÜBERSICHT.

*Stielers Handatlas.* 10. Auflage. Hundertjahrausgabe. Von Grund auf neu bearbeitet unter Leitung von Prof. Dr. Hermann Haack. Justus Perthes, 1925, Gotha.

Stielers Handatlas ist zum erstenmal in den Jahren 1817 bis 1823 erschienen. Er umfasste in der ersten Auflage 50 Karten. Im Laufe des Jahrhunderts, das seit der ersten Veröffentlichung vergangen ist, hat dieser Atlas, insbesondere seit der Berufung des berühmten Geographen August Petermann im Jahre 1854, in jeder neuen Bearbeitung eine technische Vervollkommnung erfahren. Die Sorgfalt, die auf die stetige Verfeinerung der Darstellungsart verwandt worden ist, hat dem „Stieler“ Weltruf eingetragen. Nicht nur in Deutschland steht er unter den Atlanten an erster Stelle, in der ganzen wissenschaftlichen Welt des In- und Auslandes gilt er als ein Meisterwerk der Kartographie.

Die zehnte Neubearbeitung, die der altangesehene Verlag Ende des vergangenen

Jahres nach fünfzehnjähriger Vorarbeit als Hundertjahrausgabe erscheinen liess, ist der grossen Tradition würdig. Sie umfasst 254 Haupt- und Nebenkarten in Kupferstich. Gegenüber der neunten Auflage weist die Jubiläumsausgabe bedeutende Vorzüge auf. Das gesamte mitteleuropäische Gebiet ist durch Neuzeichnung von 16 Blatt einheitlich in grossem Massstab (1 : 925 000) zur Darstellung gelangt. Ausserdem sind weitere 14 Karten aus allen Erdteilen neu gestochen, andere aus der früheren Auflage übernommenen gründlich neu bearbeitet worden. Die Flüsse erscheinen zum erstenmal in blauem Druck und heben sich dadurch vom Verkehrsnetz deutlich ab. Insbesondere die Gebirgskarten, z. B. die Blätter 16 bis 18, auf denen die Alpen zur Darstellung kommen, sind von einer Plastik, die schwerlich übertroffen werden kann.

Ein Register von 315 Seiten ermöglicht dem Benutzer die rasche Feststellung, ob sich der gesuchte Name im Atlas befindet. Die Erklärungen bei jedem Namen sind so zweckmässig angeordnet, dass jeder Name auch auf den Karten, die mit Ortsangaben übersät sind, leicht gefunden werden kann.

Für die Redaktionen wie für die volkswirtschaftlichen Abteilungen der grossen Verbände, für gewerkschaftliche Bildungsstätten, insbesondere für die Wirtschaftsschulen, wäre die Anschaffung dieses Werkes zweifellos sehr zu empfehlen.

*Lothar Erdmann.*

Götz Briefs: *Das gewerbliche Proletariat.* Grundriss der Sozialökonomik, Abteilung 9, Teil 1. I. C. B. Mohr, Tübingen 1925.

Der Anfang der vorliegenden Schrift, die leider nur als Teil eines Sammelbandes im Rahmen des „Grundrisses für Sozialökonomik“ erschienen ist, ist den Lesern dieser Zeitschrift bereits bekannt. Die einleitenden Kapitel: „Die Grundlagen des proletarischen Verhältnisses in der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung des Kapitalismus“ und „Der Begriff des Proletariats“, sind im dritten Heft des ersten Jahrgangs dieser Zeitschrift unter dem Titel „Begriff und Wesen des Proletariats“ erschienen.

In sechs weiteren Kapiteln behandelt der Freiburger Nationalökonom die Dogmengeschichte des Begriffes Proletariat, die proletarische Bewusstseinsbildung, die Herkunft des Proletariats, sein Lebensschicksal, seine Expansion und Differenzierung. Zum Schluss beschäftigt er sich mit den Lösungsentwürfen des proletarischen Problems.

Die Schrift ist eine durch begriffliche Schärfe und Sachlichkeit gleichermaßen ausgezeichnete, tiefdringende Einführung in die allgemeinen Probleme der modernen Arbeiterbewegung. Briefs ist Katholik und steht dem Teil der Arbeiterbewegung nahe, „der unter den Einwirkungen traditioneller Weltanschauungen, Staats- und Gesellschaftsanschauungen steht“, das heisst den christlichen Gewerkschaften. Die Objektivität seiner systematischen und geschichtlichen Analyse wird durch diese Einstellung in keiner Weise beeinträchtigt. Es wäre zu wünschen, dass die Schrift auch in den Kreisen der freien Gewerkschaften Lesefände trotz der manchmal allzu schwierigen Sprache. Briefs versteht es in hohem Masse, die Wahrung seiner persönlichen Überzeugung mit der Würdigung abweichender Ansichten zu vereinen, auch in dem Kapitel „Lösungsentwürfe des proletarischen Problems“, in dem aus naheliegenden Gründen seine persönliche Stellungnahme am nachdrücklichsten hervortritt. Während das Werk von Sombart über den „Proletarischen Sozialismus“, vor allem im ersten Band, den Charakter eines Pamphletes nicht verleugnet und daher in den Händen von Leuten, die sich nie mit den Gründen und Zielen der sozialen Bewegung befasst haben, nur Unheil stiften, Missverstehen und Gehässigkeit nur vermehren kann, ist dieses Buch geeignet, bei den Gebildeten aus bürgerlichen Kreisen Verständnis für das proletarische Schicksal und die proletarische Bewegung, insbesondere das Wirken der Gewerkschaften zu erschliessen.

Briefs ist kein Sozialist, aber er ist doch ein scharfer Kritiker der „individualistisch-liberalen Volkswirtschaftspolitik“. Gesellschaftliche Wirtschaft, so sagt er in einer

anderen Schrift, ist „keine private Angelegenheit“; „die Wirtschaft ist nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie ist Unterlage des einzelmenschlichen Lebens, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und der Macht des Staates, in weiterer Hinsicht der Gesittung und Kultur, die fast immer irgendwie an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden sind“; daher bedarf die Volkswirtschaftspolitik „der Einordnung und Angleichung innerhalb des Gesamtsystems des Handelns“. In der vorliegenden Schrift ist dieser kritische Standpunkt gegenüber dem wirtschaftlichen Individualismus vielleicht noch vertieft worden durch eine Kritik des bürgerlichen Ethos und der bürgerlichen Gesellschaftsidee, die „kein allgemeines Ethos und keine allgemeine Idee sein können“. In diesem Zusammenhang kommt Briefs auch auf die geistigen Zusammenhänge zwischen den „bürgerlichen“ Lebensanschauungen und dem „bürgerlichen“ Materialismus mit dem marxistischen Sozialismus zu sprechen, die von den deutschen Sozialisten wie von ihren Kritikern (z. B. Sombart) viel zu wenig beachtet zu werden pflegen.

Briefs lehnt die Auffassung ab, wonach proletarischer Geist und proletarischer Sozialismus identisch seien mit „sozialistischem (insbesondere marxistischem) Geist und sozialistischer Bewegung“. Briefs vertritt demgegenüber die Anschauung, „dass es letzten Endes *individuelle* Bedingungen sind, die dem Sozialistischerwerden des Proletariats vorangehen“. Er präzisiert das Problem in folgender Wendung: „Unter welchen Bedingungen hat der Kapitalismus jene Lebenslage und Geistesverfassung, auf die das Proletariat mit der sozialistischen Idee und Bewegung reagiert?“ Die „individuelle Tatsachenanalyse“ ergibt, dass der Sozialismus, mindestens der marxistische Sozialismus, „einerseits nicht gemeinproletarisch“ ist, „andererseits über das Proletariat hinausgreifen“ kann. Die Tatsache des Bestehens der christlichen Arbeiterbewegung, ferner der asozialistischen Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten bezeugen die Richtigkeit dieser Ansicht.

Allerdings werden in diesem Zusammenhang Marxismus und Sozialismus zu sehr als identische Begriffe behandelt. Andernfalls wäre folgende Bemerkung von Briefs kaum zu erklären: „Die ganze innere Geschichte der freien Gewerkschaften ist allenfalls die Geschichte der Anpassung marxistisch - sozialistischer Ideen an die Erfordernisse gewerkschaftlicher Politik, keinesfalls die Geschichte der Anpassung gewerkschaftlicher Gesichtspunkte an den Sozialismus.“ Die Gleichsetzung von Marxismus und Sozialismus nimmt dem Begriff des Sozialismus seine Elastizität. Die Lebenskraft einer grossen historischen Idee, die ja nicht nur in den Köpfen genialer Theoretiker lebt, sondern als treibende Kraft in der gesellschaftlichen Entwicklung wirksam ist, erweist sich gerade in der schöpferischen, wandlungsfähigen Energie, mit der sie immer wieder die Verkrustungen der Formeln und Schlagworte durchbricht, in denen sie jeweils zu erstarren droht. Die freien Gewerkschaften sind nicht weniger sozialistisch als am Beginn ihrer Entwicklung, aber an Stelle des bloss übernommenen, rein programmatischen Sozialismus entwickelt sich organisch aus ihrer Praxis ihr *eigener Sozialismus*. Es kann sein, dass sich in diesem Sozialismus Wandlungen verorten, die eine Selbstentfremdung der ursprünglichen Idee zu sein scheinen. Aber wenn ein Strom seine Richtung verändert, wenn er Nebenflüsse aufnimmt, wenn sein Tempo im Mittellauf ein anderes wird als im Quellgebiet, so bleibt er doch trotz aller Veränderungen derselbe Fluss, solange die mannigfaltigen Kräfte seines Ursprunges nicht versiegen. Davon aber kann keine Rede sein. Der Kampf gegen das freie Verfügungsrecht des Kapitals über die sachlichen Produktionsmittel wie über die lebendige Arbeitskraft; der Kampf gegen die Fremdbestimmtheit der „Richtung, der Technik und Organisation wie des Ertrages der Produktion“; der Kampf um ein Mass wirtschaftlicher Freiheit, das einer Aufhebung der „Proletarität“ praktisch gleichkommt, das heisst die schädigenden Wirkungen des

Lohnsystems nach Möglichkeit beseitigt; damit im Zusammenhang die Erfüllung der gerade von Briefs scharf hervorgehobenen volkswirtschaftlichen Funktion der Gewerkschaften, „*durch Lohnpolitik die Konsumkraft der Arbeiter aufrechtzuerhalten oder zu steigern*“, mit der Wirkung, dass sich der unternehmerische Kostendruck gegen die Kosten für sachlichen Aufwand wendet“, das heisst *die Verwirklichung der „Proportionalität zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft innerhalb des volkswirtschaftlichen Prozesses“* — das ist die in ihrer Tendenz und Wirkung sozialistische Praxis der Gewerkschaften. Bei den freien Gewerkschaften bewusst und programmatisch, bei den anderen Richtungen zwangsläufig, ob sie wollen oder nicht. Sozialistisch insofern, als die Einschränkung des Verfügungsrechts über den Ertrag der Produktion bereits eine bedeutsame Änderung der privatkapitalistischen Ordnung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet. Briefs hebt selbst hervor, dass der (meines Erachtens angebliche) logische Gegensatz von Sozialismus und Sozialreform über die sachlichen Beziehungen beider nicht hinwegtäuschen dürfe, die sich im Zuge ihrer Verwirklichung entfalten. Eine weit genug „vorgetriebene Sozialreform“ wird „auch gewisse Seiten der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung umwandeln oder erweichen“. Eben auf diese Umwandlung, die längst begonnen hat und nur zielbewusst fortgeführt werden soll, wollen die Gewerkschaften hinaus. Es kommt nicht auf den Namen an, Sozialreform oder Sozialismus, wenn nur eine wirksame Änderung der Wirtschaftsverfassung durchgesetzt wird. Die Gewerkschaftspolitik drängt proportional der organisatorischen Macht, die die Verbände zu entwickeln, über die Lohn- und Arbeitszeitpolitik hinaus zu immer umfassenderer Teilnahme an der Wirtschaftspolitik wie an der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, eine Entwicklung, der sich auch die christlichen Gewerkschaften weder entziehen können noch zu entziehen wagen. Den freien Gewerkschaften ist erst im Lauf ihrer jahrzehntelangen

Wirksamkeit die Grösse und Schwierigkeit ihrer Aufgabe klar geworden. Dementsprechend sind sie gezwungen, nach immer neuen Wegen zu ihrer Durchführung zu suchen. Diese Wege führen über die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinaus in der Richtung auf eine demokratisch geleitete Gemeinwirtschaft. Sie wollen die Gemeinwirtschaft vorbereiten, um auch über das „Was“ und das „Wie“ der Produktion mitbestimmen zu können. Sie glauben, dass nur dann eine dauernde Lösung des proletarischen Problems möglich ist. In diesem Sinne kann man doch von einer „Anpassung gewerkschaftlicher Gesichtspunkte an den Sozialismus“ reden, nämlich von zielbewusster Erweiterung der Wirksamkeit der Gewerkschaften über ihre Funktionen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hinaus: die Gewerkschaften, sagt Briefs, haben „die innere Tendenz, das gesellschaftliche Kapitalsystem abzuschwächen in der Richtung eines gesellschaftlichen Arbeitssystems, zunächst durch ‚Entmarktung‘ der Arbeit“. Mit anderen Worten: Sie gehören zwei Wirtschaftsordnungen an, der bestehenden, aus der sie hervorgegangen sind, und einer künftigen, die sie vorbereiten. Das erstrebte gesellschaftliche Arbeitssystem wird relativ sozialistisch sein. So liegt im Zuge des gewerkschaftlichen Gedankens selbst eine Tendenz zum Sozialismus; dem werden sich auch die christlichen Gewerkschaften anpassen müssen. Dieser Sozialismus erwächst organisch aus der in ihrer ganzen Tiefe erfassten gewerkschaftlichen Praxis.

*Lothar Erdmann.*

Dr. Dr. Berger: *Arbeitsmarktpolitik*. Berlin 1926. Sammlung Göschen. 150 Seiten. In Leinen gebunden 1,50 Mk.

Verfasser und Verlag haben sich ein wirkliches Verdienst erworben. Dr. Dr. Berger, bestens bekannt durch seine sozialpolitischen Arbeiten und als Sachbearbeiter im Reichsarbeitsministerium aufs innigste mit dem Fragenkomplex vertraut, hat den kühnen, durchaus gelungenen Versuch unternommen, in einem kleinen Göschen-Büchlein das weite Gebiet der „Arbeitsmarktpolitik“,

Historisches Werden, Aufgaben, Probleme und praktische Massnahmen, systematisch darzustellen. In gedrängter Kürze und doch gemeinverständlich flüssig, den Nichtfachmann belehrend und auch dem Fachmann eine längst erwünschte Zusammenfassung bietend, zeigt das Buch, nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung, die nationalen und internationalen Probleme des Arbeitsmarktes in den Nachkriegsjahren. Berger arbeitet geschickt die Entwicklungslinie der Arbeitsmarktpolitik heraus, den „Weg vom Gelegentlichen und teilweise Zufälligen zum Systematischen, vom Vereinzelteten zum Umfassenden, von der Zelle zum Organismus“. Der Hauptteil des Buches ist den praktischen Massnahmen gewidmet. Arbeitsvermittlung — Berufsberatung — Arbeitsbeschaffung — Wanderungspolitik — Entlassungsschutz — Erwerbslosenfürsorge — Arbeitslosenversicherung usw. Das Buch führt ein in die zurzeit geltenden Vorschriften und zeigt die oft heiss umstrittenen Fragen. — Es verdient weiteste Verbreitung. Nicht nur unter den Personen, die amtlich oder als Körperschaftsvertreter mit den Fragen des Arbeitsmarktes befasst sind, sondern auch unter der Arbeiterschaft, die leider heute den Dingen oft nur zu fremd gegenübersteht. Der billige Preis — 1,50 Mk. für das leinengebundene Buch — ermöglicht die weiteste Verbreitung. Vor allem sollte es in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. *Spl.*

Hendryk de Man: *Zur Psychologie des Sozialismus*. Verlag Eugen Diederichs, Jena 1926.

Die vorliegende Schrift gehört in die Reihe der Bücher, die sich mit der Krise des Sozialismus bzw. der sozialistischen Bewegung befassen. Sein besonderer Charakter und seine besondere Bedeutung liegen darin, dass der Verfasser aus der marxistisch bestimmten sozialistischen Bewegung kommt und sich auch heute noch durchaus als Sozialist fühlt; dass er aber dabei seine marxistische Vergangenheit desavouiert.

Die Art der Darstellung bekundet auf jeder Seite den Willen des Verfassers, die sozialistische Bewegung an seiner Auseinander-

setzung zu beteiligen. Es ist mehr als fraglich, ob er das in der von ihm gewünschten Weise erreicht. Das Buch ist unter den heutigen Verhältnissen schon deshalb schwer zugänglich, weil es zu umfangreich und damit zu teuer ist. Nur sehr wenige Arbeiter, ja nur verhältnismässig wenig „gebildete“ Genossen werden es sich erwerben können. Dazu kommt dann aber, dass die entscheidenden kritischen Parteien, die den ersten Teil des Buches ausmachen, es geradezu darauf anlegen, dem proletarisch-sozialistischen Leser Schwierigkeiten zu bereiten. Nicht nur, dass hier sehr viel Material hineingearbeitet ist, das durchaus nicht zu voller Klarheit gebracht wurde, so dass es den Leser eher beschwert als befreit. Vor allen Dingen ist die Art, wie die Auseinandersetzung mit dem „Marxismus“ durchgeführt wird, denkbar unglücklich. Der Verfasser stellt gelegentlich ausdrücklich fest, dass „Marxismus“ nicht zu verwechseln sei mit der Lehre von Karl Marx. Er legt damit selbst die Möglichkeit nahe, das, was als „Marxismus“ umläuft, von der recht und tief gefassten Lehre Marx' her zu kritisieren bzw. umzubilden. Dass es sich dabei heute nicht mehr um orthodoxe Interpretationen, sondern um selbständige, die Wandlung der Verhältnisse ernst nehmende Weiterbildung handelt, versteht sich in allen sozialdemokratischen Kreisen von selbst. Und auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus legt die Man ja ausdrücklich keinen Wert. Statt dieser sich von selbst anbietenden Möglichkeit wählt die Man aber die Methode, dass er alle marxistischen Positionen noch mehr vereinseitigt, als sie durch die Eigenart der geschichtlichen Entwicklung ohnehin vereinseitigt wurden, um diese unmöglichen Einseitigkeiten dann mit Schwung ad absurdum zu führen. Abgesehen von der sachlichen Fragwürdigkeit einer solchen Methode, muss dies Vorgehen auch unter psychologischen Gesichtspunkten bedauert werden, weil in geistig nicht voll durchgebildeten Kreisen (namentlich der heutigen Jugend) ohnehin die Manier in Gunst steht, mit solchen kritischen Haltungen zu kokettieren.

Gerade dieser Jugend darf man daher nur mit der strengsten und tiefsten Sachlichkeit dienen, die den behandelten Stoff womöglich ernster nimmt, als er sich selbst genommen wissen will. Dabei muss noch einmal unterstrichen werden, dass die Verzettlung in psychologische Einzelerwägungen der grandiosen Strenge und Geschlossenheit des marxistischen Denkens nichts entgegenzusetzen vermag, so dass auch das positive Bedürfnis des Lesers nach Klarheit sich in keiner Weise befriedigt findet. Rein auf das Material gesehen, ist allerdings zweifellos eine Reihe bedeutungsvoller Ansätze vorhanden.

Ganz anders steht es mit dem zweiten Teil, der unter dem Titel „Der Sozialismus als Wille“ die eigentliche Psychologie der sozialistischen Bewegung bietet. Hier sind namentlich die Abschnitte 8 und 9 („Der soziale Minderwertigkeitskomplex der Arbeiterschaft“ und „Ausbeutung, Unterdrückung und Arbeitsunlust“) weitgehend ausgezeichnet. Es ist mir in der neueren Literatur keine Stelle bekannt, wo in ähnlich umfassender und feinsinniger Weise die psychische Lage des Arbeiters im heutigen Arbeitsprozess analysiert und erfasst ist. Und auch die produktiven Konsequenzen, die daraus gezogen werden, sind wirklich bedeutsam und förderlich. Hier ist gesehen und erwiesen, dass die Gestalt der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse im wesentlichen eine Frage der wirklich wirkenden Motive ist, und dass eine produktive Umwandlung der Verhältnisse nur insoweit möglich wird, als die Motive sich vertiefen bzw. veredeln lassen. Wenn dann in den beiden letzten Kapiteln dieses Teils („Gleichheitsstreben und Demokratie“ und „Solidarität, Eschatologie, religiöse Symbolik“) versucht wird, diese Motive in eine allgemeine Darstellung einzubetten bzw. in einer grundsätzlichen Einstellung zur Welt zu verwurzeln, so wird auch dabei gewiss wieder viel Wertvolles gesagt. Auf der anderen Seite wird aber wieder eine Reihe von Erscheinungen nicht ernst genug genommen, die zwar meiner Überzeugung

nach nicht durch den Marxismus bedingt sind, aber mit innerer Notwendigkeit sich in der marxistischen Ideologie ausdrücken. Man kann natürlich den Begriff der Demokratie so vertiefen, dass er gleichsam unanfechtbar wird. Ein Psychologe von der Feinfühligkeit de Mans sollte aber gerade hier stärker von der Wirklichkeit als vom Wunschbilde aus denken. Ganz in der gleichen Linie liegt es, wenn ich meine, dass das Problem des geistigen Ausdrucks für den drängenden Massenwillen nicht tief genug gefasst wurde. Mindestens hat es mich nicht überzeugt, dass die eschatologische Spannung bleiben und in einem zeitlichen eschatologischen Schema symbolischen Ausdruck finden kann, auch wenn das Wesen der sozialistischen Bewegung in der gegenwärtigen Arbeit an der Gestalt der Gesellschaft erblickt wird. Ich möchte meinen, dass hier ein rein psychologischer Begriff von Religion und Religiosität vorliegt, der den Erscheinungen, die hier auf dem Spiele stehen, nicht wirklich gerecht wird.

Sehr viel allgemeiner zugänglich und gleichsam unproblematischer sind die beiden letzten Teile, die „Der Sozialismus als Vorstellung“ und „Der Sozialismus als vorgestellter Wille“ betitelt sind. In allen Kapiteln dieser beiden Teile wird von den verschiedensten Seiten aus der Nachweis versucht, dass die sozialistische Bewegung nur lebendig bleiben oder wieder voll lebendig werden kann, wenn in ihr seelisch-geistige Motive und Kräfte so stark werden, dass sie ihre Hauptarbeit in den konkreten Gestaltungsfragen der unmittelbaren Gegenwart leisten kann, ohne fürchten zu müssen, in Gesinnungslosigkeit und ziellosem Opportunismus zu versinken. Ob es taktisch und sachlich richtig ist, dabei die „Intelligenz“ und den „Intelligenzlersozialismus“ so stark in den Vordergrund zu schieben, lasse ich dahingestellt. So durchaus ich davon überzeugt bin, dass die sozialistische Bewegung in immer erhöhtem Masse reife Erkenntnis- und Geisteskräfte dringend braucht, so aufrichtig wünschte ich, dass es für Akademiker keinen anderen

Zugang zur sozialistischen Bewegung gäbe als den der wirklichen Vertrauensverbindung mit der Handarbeiterschaft. Dass dabei empfindungsgemäss für den Handarbeiter immer noch genug akademische Last zu tragen bleibt, versteht sich von selbst. Und so sehr man wünschen möchte, dass es anders wäre, so sehr muss man diesen Zustand als wirklich anerkennen und sollte sich hüten, die Ursachen in erster Linie im Marxismus zu suchen, sondern<sup>er</sup> sich bemühen, die wahren Ursachen, die in der intellektualistischen Entleerung der bürgerlichen Kultur liegen, aufzuspüren.

Ebenso kann auch das interessante Kapitel „Proletarische Kultur oder Verbürgerlichung“ nicht recht befriedigen. Natürlich ist gar nicht zu leugnen, dass sich die grosse Masse der Arbeiterschaft in ihrem Wünschen und Hoffen an der bürgerlichen Kultur orientiert. Aber damit ist doch lediglich eine Not aufgezeigt. Natürlich ist es Unsinn, von einer kommenden „proletarischen Kultur“ zu reden. Marx erwartet ganz ausdrücklich das Werden einer wahren und echten Kultur für die klassenlose Gesellschaft und nicht für das Proletariat, das gesellschaftlicher Bestandteil einer kulturarmen und kulturzerstörerischen Zeit ist. (Vorgeschichte!) Aber das kann doch nicht den Blick davor verschliessen, dass der vorhandene bürgerliche Geistes- und Kulturbesitz niemanden mehr wirklich beglücken, erheben und begeistern kann, weder Bürger noch Proletarier, weder Akademiker noch Arbeiter. Dass wir also in kultureller Hinsicht mehr oder weniger alle Proletarier, Entrechtete und Enterbte sind und wenig mehr haben als unsere Sehnsucht nach neuer Schöpfung und neuer Gestalt. Das kann in keiner Weise bedeuten, dass man sich für „Proletkult“ und ähnliche Scherze erwärmt; das muss aber bedeuten, dass man das Problem des kulturellen Werdens überhaupt im Zusammenhang mit dem Problem der kulturellen Beteiligung der Arbeiterschaft in seine wahre prinzipielle Tiefe denkt, wo die Begriffe Gemeinde und Gemeinschaft nicht als Ausflüchte erscheinen, sondern als die

wieder zu erringenden Voraussetzungen eines lebendigen Kulturgehaltes.

Sehr viel Interessantes und Gutes bietet die Behandlung der internationalen Frage in dem Kapitel „Vom Kosmopolitismus zum Sozialpatriotismus“. Es ist ausserordentlich zu begrüssen, dass der Verfasser bei aller Anerkennung der realen Wandlung, die sich hier im Bewusstsein der Arbeiterschaft aller Länder vollzieht, doch keineswegs der Psychose verfällt, sondern mit der Vertiefung des nationalen Bewusstseins erst recht die Aufgabe einer internationalen Verständigung und Zusammenarbeit der Völker gestellt sieht. Jeder Frontsoldat wird dem Verfasser dankbar sein für das offene Wort: „Was ich dem Kriege — und mir selber — nicht vergessen kann, das ist die wahnsinnige Tragik eines Schicksals, das Menschen dazu verdammt, die Fehler des eigenen Urteils durch die Umwandlung ihrer besten Motive in ihre schlechtesten Taten zu büssen — aus Menschenliebe ein Menschenmörder, aus Begeisterung für eine Weltidee ein Mitschuldiger an der Zerstörung dieser Idee zu werden.“

Hoffentlich ist aus dieser Besprechung deutlich geworden, dass das Buch sehr lesenswert ist. Wer sich über alle Hindernisse hinweg an es heranmacht, wird sich zwar manchmal geärgert, aber nicht enttäuscht finden.

*Menicke.*

Wl. Woytinsky: „*Die Welt in Zahlen.*“ Zweites Buch: Die Arbeit. Rudolf Mosse, Buchverlag, Berlin. 376 Seiten. Preis 25 Mk.

Die freudige Anerkennung, die vor einem Vierteljahr der 1. Band des grossangelegten Werkes an dieser Stelle fand (1925, S. 588), kann auch der jetzt vorliegende 2. Band für sich in Anspruch nehmen. In Gewerkschaftskreisen wird er besonders willkommen sein, da er in neun Abschnitten das weiterstreute Zahlenmaterial sammelt, sichtet und kritisch beleuchtet, das sich auf die Grösse und Zusammensetzung der Arbeiterklasse, Frauen- und Kinderarbeit, Arbeiterverbände, Tarifverträge, Arbeitslohn, Arbeitszeit, Streiks und Aussperrungen, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherung bezieht.

Das Buch greift also in das ursprüngliche Gebiet der Gewerkschaftsbewegung ein und wird sich daher an dieser Stelle eine eingehendere Prüfung gefallen lassen müssen. Es ist ein Fehler, auf Seite 114 die freien Gewerkschaften als sozialdemokratische zu bezeichnen, und zudem ein Widerspruch gegen die vorhergehende Seite, wo von einer kommunistischen Opposition innerhalb der Gewerkschaften gesprochen wird. Der Rückgang des Mitgliederbestandes des ADGB. von 1920 auf 1921 erklärt sich nicht „durch den Austritt des Angestelltenverbandes aus dem ADGB.“, sondern aus dem vereinbarten Übertritt vom ADGB. zum AfA-Bund. Unverständlich ist auf Tafel 9 die Bezeichnung der wirtschaftsfriedlichen Verbände als „Verbände der sozialist. Welt“. Schwerwiegender ist die recht willkürliche Abgrenzung des Begriffs „Proletariat“ (S. 2). Den zünftigen Statistiker wird die „Methode der Analogie“ (S. 62) bedenklich stimmen. Wollte man sie auf Woytinskys Buch anwenden, so müsste man den Schluss ziehen, dass ihm ausser den bereits erwähnten Flüchtigkeiten noch eine stattliche Anzahl anderer unterlaufen sind.

Diese Feststellungen sollen jedoch die Freude an dem grosszügigen Buch nicht stören. Seiner ganzen Anlage nach ist es nicht darauf berechnet, über den neuesten Stand der Entwicklung Aufschluss zu geben. Für diesen Zweck wäre das gebotene Zahlenmaterial etwas zu alt. Der deutsche Gewerkschafter weiss z. B., dass die Freie Arbeiter-Union (Gelsenkirchen) kürzlich in den Bergarbeiter-Verband aufgegangen ist (S. 116). Das Buch will vielmehr Tendenzen, Entwicklungslinien aufspüren, den Verlauf in den einzelnen Ländern aufzeigen und vergleichende Querschnitte bieten. Diese Absicht ist in vollem Masse gelungen. Wie es uns vorliegt, kann es unbedenklich als das Hohe Lied der gewerkschaftlichen Arbeit bezeichnet werden. In den Kämpfen und Sorgen des Alltags verliert sich leider der Überblick, und man ist leicht geneigt, das bisher Erreichte zu vergessen oder wenigstens zu gering einzuschätzen. Wer aber

Woytinskys Buch auch nur flüchtig durchblättert, wird mit Genugtuung sein Auge über die farbigen Darstellungen gleiten lassen, die so anschaulich über die Erfolge in der Lohn- und Arbeitspolitik der letzten Jahrzehnte zu berichten wissen. Es tut gut, einmal Rückschau über das zu halten, was bisher geleistet worden ist, um Mut und Kraft für die Zukunft daraus zu schöpfen.

Es ist bedauerlich, dass der hohe Preis des Buches vielen, denen man es wünschen möchte, die Anschaffung verwehren wird. Um so mehr sollten sich Bibliotheken, Verbände, Ortsausschüsse usw. bemühen, die nötigen Mittel für den Erwerb des Buches freizumachen.

*Dr. Hans Arons.*

Dr. Otto Suhr: *Die Welt der Wirtschaft vom Standort des Arbeiters*. Eine Einführung in das Verständnis des kapitalistischen Wirtschaftsgebäudes und eine Anleitung zur Beobachtung des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Verlag: „Gewerkschafts-Archiv“, Jena 1926. 191 Seiten. Gebunden 7 Mk., broschiert 5,50 Mk.

Der Untertitel erklärt den Zweck der vorliegenden Arbeit zur Genüge. Auf anerkannte Literatur gestützt, umreißt der Verfasser in leichtverständlichen und gediegenen Ausführungen das Bild des modernen Wirtschaftslebens. Die Darstellung wird durch gut gewählte Skizzen in anregender Weise veranschaulicht.

Für eine belehrende Darstellung gibt es meiner Ansicht nach nur *einen* Standpunkt: den des objektiven Wissenschaftlers. Der Verfasser ist leider, allerdings sehr selten, in einen schon im Titel angedeuteten Fehler verfallen. Er steigt gelegentlich auf den vermeintlichen Standpunkt seiner Leser hinab, statt den Leser auf wissenschaftliche Höhe zu heben. Er sei an die Worte von Karl Marx erinnert: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozess auffasst, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Ge-

schöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch objektiv über sie erheben mag.“

*Dr. Hans Arons.*

Dr. Oskar Stillich: *Ausbeutungssysteme*. Heft 2 der Schriftensammlung und Lehrbeihilfe. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule. 78 Seiten. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis broschiert 1,20 Mk.

Der Inhalt des vorliegenden Heftes hält nicht, was der Titel verspricht. Letzterer weist auf eine theoretisch fundierte Arbeit hin. Da aber der Verfasser nur die eine Seite der Ausbeutung behandeln will, nämlich die Lage der Ausgebeuteten, beraubt er sich selbst der Möglichkeit, die Zusammenhänge zu erörtern. Im Gegensatz zur streng ökonomischen Auffassung der Marxisten betrachtet er die Ausbeutung in erster Linie unter *moralischem* Gesichtspunkte. Daher zerflattert der Inhalt in eine lyrische Verherrlichung des Pazifismus und andere sentimentale Schilderungen. — Ob die Berliner Gewerkschaftsschule gut daran getan hat, das Büchlein in ihre Obhut zu nehmen, erscheint mir zweifelhaft.

*Dr. Hans Arons.*

Friedrich Giovanoli: *Die Maifeierbewegung*. Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen. (Sozialwissenschaftliche Abhandlungen I.) Karlsruhe 1925. G. Braun. 140 Seiten. 4,50 Mk.

Diese ausserordentlich wertvolle Arbeit versucht der im Jahre 1889 auf dem Pariser Kongress der sozialistischen Internationale beschlossenen Maifeierbewegung in ihrer ideellen Auswirkung in der internationalen Arbeiterbewegung, sowie in ihrer soziologischen und sozialpsychologischen Bedeutung nachzugehen. Der erste Teil der Untersuchung befasst sich mit der Vorgeschichte und dem Ursprung der Maifeier und der Rolle, die sie auf den internationalen Arbeiterkongressen gespielt hat. Die Maifeierbewegung geht von der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten gegen Ende der achtziger Jahre aus, eingeleitet durch die Forderung nach dem Achtstundentag durch die „Federation of Organised Trade and

Labour Unions“. Es wurde bestimmt, von einem gewissen Tage an nicht mehr länger als acht Stunden zu arbeiten. Durch den direkten wirtschaftlichen Kampf wollte man erreichen, was von den politischen Gewalten vergebens gefordert worden war. Als Datum wurde der 1. Mai 1886 gewählt. Dass die Wahl gerade auf den 1. Mai fiel, entsprang rein praktischen Erwägungen; der 1. Mai war bekannt unter dem Namen „Mowing Day“ und hatte den Charakter eines Übersiedlungstages. Mit der öffentlichen Vorausbestimmung dieses Datums sollte offenbar den Unternehmern Gelegenheit geboten werden, ihre Verhältnisse (Vertragsabschliessung, Lieferung usw.) zu regeln und vom 1. Mai 1886 an den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, da sonst mit gewerkschaftlichen Mitteln versucht würde, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Der zweite Teil des Buches zeigt die Auswirkung der Maifeier in der Arbeiterbewegung, namentlich die Stellungnahme des Unternehmertums zu ihr. Dieses musste sehr bald erkennen, dass die Bewegung mehr als einen bloss demonstrativen Charakter hatte, der Kampf gegen die „kapitalistische Unternehmerideologie“; es soll ein Tag aus eigener Kraft sein, mit selbstherrlicher Machtbefugnis greift die unterdrückte und ausgebeutete Klasse in die Geschicke ein. Die Unternehmerschaft rüstet sofort zur Abwehr, gründet Unternehmerorganisationen, wie z. B. den Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, dessen ausschliesslicher Zweck die Bekämpfung der Maifeier sein sollte; die Folge waren Aussperrungen, aber auch das deutliche Hervortreten des Klassenverhältnisses, der Zusammenschluss der Arbeiter in noch engerer Form. Überall gibt der Verfasser hier ein genaues statistisches Material unter Verwendung aller erreichbaren literarischen Quellen.

Den Hauptwert des Buches sehen wir aber in der feinsinnigen psychologischen und soziologischen Analyse des Maifeiergedankens. Das ihn stigmatisierende Moment liegt in der Internationalität der Maifeierbewegung, in dem Manifest von 1890: „Proletarier aller

Länder, vereinigt euch.“ So sehr auch internationale Kongresse und internationale Gewerkschaftsverbände Brennpunkte der internationalen Bewegung sind, erst in der Maifeierbewegung, an diesem Tag fühlt sich der klassenbewusste Arbeiter über alle Grenzen der Nationen und über alle Schranken der inneren Gegensätze einzelner Organisationen und Richtungen hinweg, als Glied ein und derselben Bewegung mit den gleichen Aspirationen und einem Endziel. Der internationale Gedanke in der Maifeier ist aber auch gleichbedeutend mit der Idee der Völkerverbrüderung, mit dem „Krieg dem Kriege“, Maifest und Weltfriede sind identische Begriffe. In der Maifeierbewegung offenbart sich aber auch die Massenbewegung als solche; hier ist es nicht die heterogene Partei, die manifestiert, an diesem Tage marschiert die klassenbewusste, proletarische Masse selbst auf, befreit von den Hemmungen und Grenzen der Partei. Eine Demonstration der Masse für die Masse, eine Demonstration der Unentbehrlichkeit der proletarischen Klasse, vor der jede individuelle Einstellung erstricht: „Einer von uns, das ist nicht viel, nur ein zerstörtes Menschenleben, nur ein Stück Welt, das im rasenden Spiel der Maschinen, Fabriken und Schützengräben zertrümmert wurde, zerfetzt und zerbrochen... aber wir alle sind Gott.“

Dr. Paul Plaut (Berlin).

Als *Beihette* zum *Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung* (Verlag Chemie, Leipzig) erschienen einige populärhygienische Beiträge, die aus erster Quelle stammen und in den Kreisen der hygienisch interessierten Arbeitnehmerschaft grössere Beachtung finden sollten. In Heft 1 behandeln Ministerialdirektor Professor *Dietrich* (Berlin), Prof. *Chajes* (Berlin), Syndikus Dr. *Meesmann* (Mainz) und Gewerberat Dr. *Bender* „Die Belehrung der Arbeitnehmerschaft über die Berufsgefahren und ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung derselben“ von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Ein ausserordentlich wichtiges Thema, nachdem man endlich eingesehen hat — auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite —, dass ohne

die Mitwirkung der Arbeiterschaft selbst eine erfolgreiche Berufs- und Gewerbehygiene nicht zu betreiben ist. Freilich dürfen sie dann nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sondern müssen selbsttätig eingreifen. Im 2. Heft behandeln der bekannte Gewerbehygieniker Geheimrat *K. B. Lehmann* (Würzburg), Regierungsrat Dr. *Engel* (Berlin) vom Reichsgesundheitsamt und der Gewerberat *Wenzel* (Berlin) in besonderen Abschnitten das Thema „Der Staub in der Industrie, seine Bedeutung für die Gesundheit der Arbeiter und die neueren Fortschritte auf dem Gebiet seiner Verhütung und Bekämpfung“. Auf dieses gewerbehygienisch besonders bedeutungsvolle Gebiet — es sei nur erinnert an die Beziehung zwischen Staubeinatmung und Tuberkulose — soll bei späterer Gelegenheit noch besonders eingegangen werden. Im gleichen Verlag erschien sodann eine Spezialuntersuchung des Augenarztes Dr. *O. Thies* (Dessau) über „Die Verätzungen des Auges in der chemischen Industrie“. Die Säure-, Laugen-, Kalk-, Ammoniakverätzungen werden besprochen und an Hand instruktiver Abbildungen besonders erläutert. Jedermann, der die Verhältnisse der beruflichen Arbeit in der Industrie kennt, weiss, dass das Spezialgebiet der Gewerbeerkrankungen eine praktisch grosse Rolle spielt, dass die Unfallverhütung hier noch vieles leisten, im Fall einer eingetretenen Verletzung aber die rechtzeitige Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe noch manchen schweren Schaden unserer edelsten Sinnesorgane verhindern kann.

*G. Wolff (Berlin).*

*Ungarisches Wirtschaftsjahrbuch.* 1. Jahrgang 1925. Herausgegeben von Dr. Gustav

Gratz. Verlagsbuchhandlung Reimar Hobbing, Berlin 1925. 274 Seiten.

In 25 Kapiteln wird eine Schilderung der heutigen Wirtschaftsverhältnisse des Landes gegeben. Als Mitarbeiter sind fast ausnahmslos hohe Beamte der einzelnen Verwaltungszweige gewonnen worden. Es mussten daher, wie es im Vorwort trübselig heisst, „polemische Erörterungen und die Darlegung von individuellen Ansichten, die mit der herrschenden Ansicht in Widerspruch stehen würden“, vermieden werden. Denn in Ungarn ist das freie Wort verboten. Die Darstellungen sind daher mit Vorsicht aufzunehmen.

*Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich.* Herausgegeben von der Reichsarbeitsverwaltung. 30. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Verlag des Reichsarbeitsblatts (Reimar Hobbing), Berlin SW 61. 190 Seiten. Preis 10 Mk.

Das Heft bringt ausser den bekannten Zusammenstellungen über Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände aller Art und Richtungen zum ersten Male eine Reihe lehrreicher Schaubilder, die den Aufbau der verschiedenen Zentralorganisationen verdeutlichen sollen. Den Darstellungen fehlt jedoch bisher noch die Übersichtlichkeit. Die Aufzählung der Unternehmerverbände ist zurzeit von besonderem Interesse. Weist doch die Zersplitterung in kleinste Berufsgruppen (z. B. Vereinigung Deutscher Verbandmittelhersteller, Vg. Deutscher Verbandwattfabrikanten, Verband Deutscher Waffefabriken) auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Aufstellung eines Zolltarifs und bei Handelsvertragsverhandlungen zu überwinden sind.

*Dr. Hans Arons.*